

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: halbjährlich 3,50 M., monatlich 1,10 M., wochentlich 20 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Interflons-Gebühr
Betragt für die sechsgepaltenen Kolonngelte oder deren Stamm 10 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (steigende) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengröße und Schließstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 1. Juli 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die nationale Politik und die Judenfrage in Rußland.

Ein oberflächlicher Beobachter des russischen Lebens könnte der Meinung sein, daß der russischen Nationalität in Rußland große Gefahren von den nichtrussischen Nationalitäten drohen. Namentlich von den Juden. Diesmal waren es nicht die berühmtesten nationalen Felden des „Estrussentums“, sondern eine Gruppe angesehener liberal-demokratischer Schriftsteller, die mit ausgesprochen antisemitischen und zentralistischen Tendenzen auftraten. Zuerst Herr Tschirifoff, ein bekannter demokratischer Romanist, Dramaturg und Publizist, der im Jahre 1903, nach dem ersten Rischinewer Pogrom ein erschütterndes Drama über die Judenverfolgungen geschrieben hat. Von der Pleweschew Regierung wurde das Werk in Rußland verboten und so Herr Tschirifoff in seinen materiellen Interessen geschädigt und einigermassen zum „russischen Märtyrer für das Judentum“ gemacht. Im Jahre 1909, durch ein abfälliges Urteil eines russisch-jüdischen Schriftstellers über sein neues Drama gereizt, schrieb Herr Tschirifoff einen ziemlich antisemitischen Artikel über die Juden. Diesem Edlen folgten eine ganze Reihe „demokratischer“ Schriftsteller mit Herrn Peter Struve an der Spitze. Letzterer stellte die Theorie auf, daß, da alle nichtrussischen Nationalitäten in Rußland einigermassen organisiert und politisch jede für sich als kompaktes Ganzes handelt, es Zeit wäre, daß auch die russische Nationalität als kompaktes Ganzes den Fremdlingen ihr „eigenliches nationales Gesicht“ zeigt. In welchem Sinne dies zu verstehen sei, sagt Herr Struve nicht deutlich und klar genug. Zur Interpretation und Ergänzung des Gedankens des Meisters stellte Herr Wassily Golubeff (auch ein Demokrat von den Kadetten und ebenso wie Struve Renegat der sozialistischen Partei) die Theorie auf, daß in jedem modernen Staate die Bevölkerung sich aus verschiedenen ethnographischen Gruppen zusammensetzt, daß aber nur eine einzige nationale Gruppe „machthabend“ sein kann, daß nur deren Interessen im Vordergrund des Volkslebens und der Staatspolitik stehen müssen. Die Theorien der Struve-Golubeff wurden, wie erwähnt, von einer ganzen Reihe liberaler Schriftsteller unterstützt. Daß der „Kowojew Brestja“ und Konsorten dieses Auftretens der „so angelegenen“ liberalen Schriftsteller und „sogar ehemaliger Sozialisten“ (eben „ehemaliger“, d. h. Renegaten) die größte Freude bereitete, ist selbstverständlich.

Von praktischen Maßregeln zur Durchführung ihrer Theorien sprachen Struve, Golubeff u. Co. nicht. Das sollten die „Kowojew Brestja“ und die Estrussen besorgen. Auch der Regierung war das Auftreten der Struve-Golubeff-Tschirifoff usw. sehr willkommen. Das Stolypinsche Ausnahmeregiment kann ja nur durch „rettende Taten“ gerechtfertigt werden. Mit der „Ausrottung“ der Revolution und Abwesenheit eines äußeren Feindes könnte es scheinen, daß das Vaterland von niemanden mehr bedroht sei. Kein! Das Vaterland bildet eine einzige Nationalität, die allein „machthabend“ sein muß, deren Interessen allen im Vordergrund des Volkslebens und der Staatspolitik stehen müssen. Diese wird aber von den „organisierten“ und „politisch kompakt“ auftretenden „fremden“ Nationalitäten bedroht. Es gibt also noch Feinde, denen man das „nationale Gesicht“ der allein machthabenden Nationalität zeigen müsse. Ob sich die Herren Struve und Konsorten der praktischen Konsequenzen ihres Auftretens bewußt waren, mag dahingestellt werden. Daß aber die Stolypinsche Regierung Kapital daraus zu schlagen verstand, wird jetzt niemand bestreiten können. Ausgenommen die Stolypinsche Regierung allein. Denn außer ihr ist die sogenannte „nationale“ Politik der letzten Zeit für niemanden von Nutzen gewesen. Vergebens würde man in der Anebelung Finnlands, in dem Anebelungsentwurf zur Lokalverwaltung in den polnischen Provinzen, wie in den neuen bestialischen Verfolgungen der Juden nach irgendwelchen tiefen politischen oder wirtschaftlichen Gründen suchen. Nur indirekt können sich die Agrarier und die von einem Teile der Oktoberisten vertretenen Großindustriellen der Hoffnung oder vielmehr der Illusion hingeben: wir unterstützen die Regierung in der nur für sie allein vorteilhaften nationalen Politik, sie wird uns schon dafür zur Kompensation wirtschaftliche, vielleicht auch politische Konzessionen machen müssen. Ob die Bourgeoisie, durch die Unterstützung ihrer rettenden Politik gefährkt, zu politischen Konzessionen an irgendeine Klasse geneigt sein wird, ist sehr zweifelhaft. Zu wirtschaftlichen Konzessionen schon, aber die politische Macht will die Bürokratie unbeschränkt in ihren eigenen Händen behalten, solange es eben geht. Und „gehen“ wird es zweifellos, bis zum neuen Ausbruch der Massenrevolution. Die Hoffnung auf indirektes Erzielen von politischen Konzessionen durch Unterstützung der finnischen Politik der Anebelung und Verfolgung aller nicht-russischen Nationalitäten erscheint somit völlig grundlos. Die Nachteile dieser sinnlosen Taktik der agrarisch-großindustriellen Mehrheit der Reichsduma zeigen sich schon jetzt. In erster Linie in der Forderung ihrer eigenen Parteien.

Nach all ihren Klasseninteressen stehen die Großgrundbesitzer und Großindustriellen aus den Ostsee- und polnischen Provinzen dem rechten Flügel der Oktoberisten am nächsten.

Die Deutschen von der Ostsee mit Baron Meyendorff an der Spitze sind einfach in die oktoberistische Partei eingetreten; die Polen bilden mit den Oktoberisten eine Art unoffizieller Konföderation. Ein Deutscher aus den Ostseeprovinzen oder ein Pole kann doch unmöglich, welches seine Klasseninteressen auch sein mögen, prinzipiell für die Verfolgung irgendeiner Nationalität eintreten. Deshalb stimmten die Deutschen und Polen gegen die Oktoberistenmehrheit in der finnischen Frage. Baron Meyendorff hat sogar eine wirklich vortreffliche Rede über „Gleichberechtigung aller Nationalitäten“ gehalten. Nicht so schön redete der Herr Baron, als er die Notwendigkeit befürwortete, sozialdemokratische Deputierte im Widerspruch zu allen Befehlen und zur Geschäftsordnung der Duma selbst an Ausnahmegerichte auszuliefern. Deshalb stimmten die Deutschen auch so energisch gegen die nationalitistischen Tendenzen des Entwurfes zur Sozialverwaltung in den polnischen Provinzen. Deshalb mühten schließlich die Deutschen und Polen auch gegen die Judenverfolgungen zu protestieren. Zu Hause kann der baltische Baron oder polnische Landmagnat recht antisemitisch sein. In der Reichsduma muß er gegen die Verfolgungen aller Nationalitäten aufstreten. So erklärt sich denn auch das Wunder, warum die vor einigen Wochen in der Duma eingebrachte Petition betreffend die Aufhebung der Niederlassungsbeschränkungen für die Juden so viele Unterschriften gefunden hat. Sie ist nämlich von 166 Reichsdumaabgeordneten unterschrieben: außer der Opposition (von den Kadetten bis zur Sozialdemokratie einschließlich) ist die Petition von sämtlichen Polen, Deutschen und von manchen Unabhängigen und sogar Rechtsstehenden unterschrieben worden, darunter von 40 Oktoberisten (die Deutschen miteingerechnet). Es gibt also in der Oktoberistenpartei auch Leute, die weitblickend genug sind, um die wirtschaftlichen Nachteile der Judenverfolgungen zu verstehen, oder die durch „humanes Auftreten“ das Ansehen der Partei zu heben bestrebt sind. Nach der Bergewaltigung Finnlands!

Die Petition bildet einen Ergänzungsantrag zu dem von der Regierung in der Duma eingebrachten Habeascorpus-Projekt. Im Regierungsprojekt heißt es: „Kein Einwohner kann in seinem Rechte beschränkt werden, sich in einem beliebigen Orte niederzulassen oder den Ort seiner Ansässigkeit zu wechseln, mit Ausnahme der Fälle, die in dem Gesetze ausdrücklich festgesetzt sind.“ Gegen diesen Punkt protestiert die Petition vom moralischen, wirtschaftlichen und verschiedenen anderen Standpunkten und will ihn durch folgenden ersetzt sehen: „Alle in der geltenden Gesetzgebung existierenden Beschränkungen der Juden in der Wahl des Ortes ihrer Ansässigkeit oder im Wechsel des früheren Niederlassungsortes werden hiermit abgeschafft.“

In der geltenden Gesetzgebung gibt es zwar noch viele andere Beschränkungen der Juden (konfessionelle und bürgerliche), die Petenten aber haben nur diesen einen Punkt herausgegriffen, da diese Beschränkung für den Handel überhaupt in Rußland nachteilig ist.

Trotz dieser Einseitigkeit der Petition ist sie von sämtlichen sozialdemokratischen Abgeordneten unterschrieben. Keine andere könnte vorläufig zustande kommen. Bei den Beratungen aber werden unsere Genossen die Abschaffung sämtlicher Beschränkungen für die Juden mit Nachdruck verlangen.

Übrigens ist voranzuziehen, daß der Antrag in seiner jetzigen kategorischen Form keine Mehrheit in der Duma finden wird, daß er höchstens für die reicheren jüdischen Kaufmannsschichten Verwirklichung finden wird.

Noch ein Braunschweiger Wahlrechtsprozeß.

Am Montag und Dienstag wurde in Braunschweig vor dem Schwurgericht gegen den Genossen Lingenauer verhandelt, der sich nach der Ansicht der Staatsanwaltschaft bei den Wahlrechtsdemonstrationen des 26. Januar nicht weniger als vier gefährlicher Delikte schuldig gemacht haben sollte. Die Anklage lautete groblich auf Körperverletzung, Widerstand gegen die Staatsgewalt, Zusammenrottung und Aufruhr.

Am 26. Januar veranstalteten die Braunschweiger Arbeiter vor dem Ministerium eine große Wahlrechtsdemonstration, bei der die Polizei blindwütig auf alles einhieb, was ihr vor die Klinge kam. Die Demonstration war kurz vor 6 Uhr, am 8 1/2 Uhr waren mehrere Versammlungen einberufen worden. Bald nach 8 Uhr fand der übliche Zapfenstreich zu Kaiser Wilhelm II. Geburtstag statt, zu dem sich eine große Anzahl Gasser am Hagenmarkt eingefunden hatte. Neben diesen sah man auch noch Polizisten mit gezogenen Säbeln. Von der einen Seite wurde gepöflet und gerufen, und plötzlich schürmten die Polizisten unter dem Kommando des Oberwachmeisters Steinmann gegen das Publikum los. Ohne weiteres wurde mit dem Säbel dreingehauen, wobei ein Teilnehmer erheblich verletzt wurde. Der Angeklagte Lingenauer war auf dem Wege zur Versammlung und stand an der Ecke der Wenden- und Kaiserlebensstraße. Plötzlich stürzte der Oberwachmeister Steinmann auf ihn zu und schlug ohne weiteres mit dem Säbel auf ihn ein. Nachdem er einige Schläge erhalten hatte, wurde Lingenauer die Gesichtseite doch zu hant. Er, der sonst so ruhige kleine Mann, wehrte die weiteren Schläge mit dem linken

Arme ab und stieß den großen, dicken und starken Polizisten mit der rechten Hand zurück. Beide gerieten auf den Fahrweg, wo der Polizist rücklings zu Boden stürzte und Lingenauer von einem anderen Polizisten mit dem Säbel niedergeschlagen wurde. L raffte sich wieder auf und lief davon, verfolgt von dem Kriminalbeamten Schaare, der ihm mit dem lauten Ruf „Haltet den Mörder!“ nachließ und ihn verhaftete. Lingenauer wurde dann vier Monate in Untersuchungshaft gehalten.

Die Verhandlung, in der die Genossen Dr. Jasper, Braunschweig und Dr. Rosenfeld-Berlin die Verteidigung führen, wurde nach Erledigung der Personalien mit der bezeichnenden Frage des Vorsitzenden an den Angeklagten eröffnet: „Gehören Sie der sozialdemokratischen Partei an?“ Genosse Lingenauer erwiderte: „Was hat denn diese Frage mit der Anklage zu tun?“, worauf der Vorsitzende kurz entgegnete: „Das zu beurteilen ist unsere Sache!“ Genosse Lingenauer erklärte darauf: „Ja, ich gehöre der Partei an“. Er schilderte dann den Vorgang vom 26. Januar und erzählte, wie er auf der Polizeiwache von dem Polizisten Schaare in gemeiner Weise mißhandelt worden sei. Schaare habe ohne weiteres mit dem Handstock auf ihn eingeschlagen, als er die Wache betrat. Als Lingenauer sich das verbat, habe Schaare den Revolver gezogen und gesagt: „Gund, jetzt noch einen Ton und ich schieße Dich nieder!“ Dann habe Schaare weiter auf ihn mit dem Stock eingeschlagen, so daß er von der einen Ecke in die andere getaumelt sei. Man habe ihn dann in eine Zelle gebracht und ihm eine Decke zum Zudecken für die Nacht gegeben. Kurze Zeit darauf aber sei ein anderer Mann erschienen und habe befohlen, ihm die Decke wegzunehmen. (Im Januar) 2. habe sich darauf bei dem Landgerichtsrat Dammköhler — bekannt als Schaars Richter aus früheren Prozessen gegen organisierte Arbeiter und gegen unsere Presse — wegen der Mißhandlungen beschwert. Der habe geantwortet, es sei schade, daß er keine höhere Böhne bekommen habe. — Dammköhler als „un-“ erklärt, davon nichts zu wissen. Auf die Frage des Verteidigers Rosenfeld hält der Zeuge es für möglich, daß L. sich bei ihm über die Mißhandlungen beschwert habe, er habe vielleicht auch gesagt, wer sich in Demonstrationen begibt, läuft Gefahr, blaue Bohnen zu bekommen. Lingenauer liebt bei seiner Behauptung.

Am zweiten Verhandlungstage werden die Zeugenvernehmungen fortgesetzt. Die Polizisten Schaare und Beddies befreiten Lingenauer auf der Polizeiwache mißhandelt zu haben. Schaare will auch nicht die Drohung ausgestoßen haben. Auf die Frage des Rechtsanwalts Dr. Rosenfeld gibt er allerdings die Möglichkeit zu, den Revolver herausgezogen und auf den Tisch gelegt zu haben. — Eine eigenartige Rolle spielte der Redakteur Kirchhoff von der nationalliberalen „Landeszeitung“. Hiehend wußte er alle den Angeklagten belastenden Momente vorzutragen, daß er aber selbst mit dem Polizeisäbel geschlagen wurde, machte erst die Verteidigung durch Fragen herausholen. Von mehreren Zeugen wird bestätigt, daß der Oberwachmeister auf den Angeklagten eingehauen hat, und daß er erst dann von Lingenauer zurückgedrängt wurde. Kein einziger Zeuge kann bezeugen, daß L. den Polizisten geschlagen oder niedergestochen hat.

Zwischen dem Vorsitzenden und den Verteidigern kam es wiederholt zu Zusammenstößen, weil den Verteidigern Fragen an von Polizisten mißhandelte Zeugen durch einen Gerichtsbeschluss einfach unmöglich gemacht wurden. Interessant ist noch die Befragung des Oberwachmeisters Steinmann, daß die Dienstankunft der Polizisten folgende Gründe zum Waffengebrauch enthalte: 1. wenn die Polizisten tätlich bedroht werden; 2. wenn eine Menschenmenge nach dreimaliger Aufforderung nicht auseinandergeht, und 3. wenn die Polizei es mit Anarchisten zu tun hat.

Der Staatsanwalt suchte dem Angeklagten besonders darauf einen Strich zu drehen, daß er Funktionär der sozialdemokratischen Partei sei, als solcher von der Demonstration gewußt und deshalb den Aufstand veranlaßt, also auch gemeinschaftlichen Widerstand gegen die Staatsgewalt geleistet habe.

Den Geschworenen wurden nicht weniger als neun Fragen vorgelegt, die auf qualifizierten Aufruhr, einfachen Aufruhr, qualifizierten Aufruhr, einfachen Aufruhr, Widerstand gegen die Staatsgewalt, schwere Körperverletzung und einfache Körperverletzung lauteten.

Der Staatsanwalt gab die Anklage wegen qualifizierten und einfachen Aufruhrs preis, wollte aber alle übrigen Schuldfragen bejaht wissen. Wegen der Erregung und bisherigen Unbehaltlichkeit des Angeklagten gestand er ihm mildernde Umstände zu.

Die Verteidiger forderten die Verneinung sämtlicher Schuldfragen und machten darauf aufmerksam, daß die Vernehmung der Frage nach qualifiziertem Aufruhr die Verurteilung eines bisher gänzlich unbefragten Mannes, der lediglich in Rotweber gehandelt habe, zu Zuchthausstrafe nach sich ziehen würde.

Die Geschworenen verneinten schließlich die Schuldfragen bis auf eine, sie sprachen den Angeklagten nur der einfachen Körperverletzung schuldig. Der Gerichtshof erkannte daher auf eine Gefängnisstrafe von 14 Tagen, die durch die Untersuchungshaft (vier Monate) für verbüßt gilt.

So haben also die Staatsanwaltschaft und die Braunschweiger Polizei eine eklatante Niederlage erlitten. Der Versuch, das gewalttätige Vorgehen der Braunschweiger Polizei bei den Wahlrechtsdemonstrationen durch die Verurteilung eines schwerverbrechens zu rechtfertigen, ist total mißlungen. Genosse Lingenauer aber hat seine vier Monate Untersuchungshaft weg!

Außerordentlicher Kongreß der belgischen Sozialdemokratie.

Brüssel, 28. Juni. (Eig. Ver.)

Die sozialen Reformen.

Der zweite Verhandlungstag war der Beratung jener sozialen Reformen gewidmet, die die belgische Arbeiterklasse seit Jahren auf das dringendste fordert und mit denen sich auch die Kongresse der letzten Jahre teilweise beschäftigt haben. Auch die gestrige Resolution hat, soweit es sich um die parlamentarische Seite handelt, auf die Reformen Bezug genommen.

Den Vortritt führte Genosse Bertrand. Als erster Punkt stand die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit zur Verhandlung. Der belgischen Kammer liegen seit Jahren zwei Gesetzentwürfe vor, einer vom Genossen Bertrand, der andere von Helleputte, der von diesem eingebracht wurde, als er noch nicht Minister war. Als solcher hat er aber von der einstigen Demokratie noch nichts sehen lassen. Die Opposition gegen dieses Projekt droht indes nicht bloß von liberaler, sondern ebenso von sozialistischer Seite. Die soziale Reformarbeit, zu der das Parlament endlich gedrängt werden wird, wird dann freilich zeigen, was in der sterilen Periode schon verborgen blieb: daß das Parlament nicht aus „Merikalen“ und „Anti-Merikalen“ schlechweg zusammengesetzt ist. Die wirtschaftlichen Fragen, insbesondere die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit, werden mit der politischen Abstimmungsformel: Rechte gegen Linke, abgestimmt werden.

In dieser Perspektive steht auch der erste Redner, Genosse Mens, die parlamentarische Abwicklung der Frage. Sie wird den Problemen abgeben, sagt er, der die ökonomischen Gegensätze zwischen der sozialistischen und der liberalen Demokratie deutlich machen wird. Für die Bergarbeiter haben die Liberalen noch sentimentale Gründe aufgebracht, aber die allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit wird an ihren kapitalistischen Interessen scheitern. Was die Sozialdemokratie wieder glücklich zum Klassenkampf zurückführen wird.

Gen. Legendre führt an, daß zur Lösung des Problems wichtiger noch als die parlamentarische Seite die Tatsache mächtiger Arbeiterorganisationen sei. — Man solle nicht für den zehnständigen Kampf kämpfen, sondern für die Vereinigung des acht- und neunständigen Arbeitstages durch die Macht der Organisationen.

Decamps (Angestellter des Gostwirtsgebetes) beschäftigt sich in einer interessanten Darstellung der wirtschaftlichen und moralischen Verhältnisse der Arbeiter- und Fabrikantenangehörigen mit diesen, für die er einen speziellen geschichtlichen Schluß verlangt. Viele arbeiten 18 Stunden. Er verweist auf die ungesunden Arbeitsverhältnisse z. B. der Gefährlichen, die in Kellern arbeiten. Decamps wendet sich auch gegen das degradierende Feingeldwesen, das gesetzlich abgeschafft werden soll.

Sanders (Kloster, Flandern) spricht über die Verhältnisse in Flandern, wo infolge der Krise Hunderte von Arbeitern nur drei bis vier Stunden arbeiten und deren Löhne sich um die Hälfte verringert haben.

Wistain will eine Massenpetition zugunsten der Verkürzung der Arbeitszeit, wogegen Departhe dafür eintritt, daß jede Gewerkschaft, jede Arbeiterorganisation eine Abstimmung vornimmt und dem Parlament übermittelt.

Bauters teilt mit, daß die sozialistische Kammerfraktion im Einvernehmen mit der Gewerkschaftskommission bereits Fragebogen an die Gewerkschaften geschickt hat, die aber noch nicht zurückgekommen sind. Diese und das Enquete-material müßten veröffentlicht werden. Die parlamentarische Aktion müßte sich auf eine große Bewegung von außen stützen. Auf diese Weise seien auch die Bergarbeiter zu ihrem Sieg gekommen. Enquêtes in den verschiedenen Fabriken sind notwendig, damit die Mißbräuche durch das Enquete-material klar aufgezeigt werden, wie das bei den Bergarbeitern der Fall war. Auch De Vroemde hält nicht viel von einer Massenpetition und beschränkt den Vorschlag Wisters und die Sammlung von Material über die Verhältnisse in den verschiedenen Industrien. Die Reichhaltigkeit muß aber reichen und die öffentliche Meinung aufgerüttelt werden. Auch noch ein anderer Redner spricht für die Spezialpetitionen durch die Gewerkschaften.

Im Sinne dieser Ausführungen wird eine Tagesordnung Winters angenommen, ferner eine Tagesordnung Mens, die den Generalrat und die sozialistischen Deputierten beauftragt, das Notwendige zu veranlassen, damit das Parlament noch in der nächsten Session (1910—1911) die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit auf Grund des Vertranensprojekts in Verhandlung nimmt. Regionale Manifestationen sollen diese Aktion in der Kammer unterstützen.

Die Frage der Arbeiterpensionen, zu denen das Projekt Denis vorliegt, erzielte keine endgültige Lösung durch den Kongreß, da über die Frage der Arbeiterbeiträge für die Alterspensionen gegensätzliche Meinungen vorhanden sind. Zudem war die Teilnehmerzahl am zweiten Kongreßtage, da die Delegierten an ihrem ersten, schon sehr gelicht, so daß Genosse Baet mit auf die schwerwiegende Frage und auch auf diesen Umstand, die Diskussion im Generalrat weiterzuführen zu den Sitzungen, die öffentlich sein werden, auch die Verfasser der verschiedenen Projekte als Mitarbeiter zu laden.

Der Kongreß diskutiert noch den Punkt: Abschaffung des § 810 des Strafgesetzes, der von den Behörden zur Erdrosselung der gewerkschaftlichen Freiheit in rückwärtsgegangener Weise benutzt wird und den Regierung und Gerichte als brutale Waffe gegen die Kämpfer der Arbeiterbewegung anzuwenden. Es wird eine entsprechende Resolution angenommen, um die Unterdrückung dieses Paragraphen vorzubereiten.

Der Chefredakteur des „Peuple“, Deputierter Winters, erstattet den Bericht über das Parteiblatt, dessen Auflage in einem Jahre um 1500 Exemplare zugenommen hat. Eine Nebenausgabe, das „Eco du Peuple“, hat dagegen seine Auflage vermindert.

Eine Tagesordnung Quysmans wird angenommen, die den Bericht zur Kenntnis nimmt und die Gruppen zur finanziellen und moralischen Unterstützung der sozialistischen Presse auffordert.

ParteiSekretär Raes teilt auf eine Beschwerde hin mit, daß die Tagesordnung des internationalen Kongresses zu Kopenhagen in einer erweiterten öffentlichen Versammlung des Generalrates besprochen werden wird, wo die gewerkschaftlichen und regionalen Föderationen vertreten sein werden.

Delinne äußert noch den Wunsch, daß bei der Konstituierung der Delegierten für den Kopenhagener Kongreß auch die Minorität entsprechend vertreten sei. — Damit ist die Tagesordnung erledigt und der außerordentliche Kongreß wird vom Vorsitzenden geschlossen.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 30. Juni 1910.

Die Homogenität ist gewahrt.

Daß der als rechtsnationalliberal bezeichnete Herr Venze sich dem konservativen Regiment ganz gut anpassen werde, darüber konnte von vornherein niemand, der die Geschichte der aus dem Bürgertum genommenen deutschen Minister kennt, im Zweifel sein. Herr Venze hat aber nicht nur die Präzedenzfälle, er hat auch seine Vergangenheit für sich, die seine Eignung für das Ministerium Bethmann-Hollweg-Dallwitz beweist. Auf der Tagung des Vereins für Sozialpolitik im Jahre 1907 zu Magdeburg erklärte Herr Dr. Venze zur Frage des Wahlrechts in der Gemeinde:

Wenn mir als praktischem Verwaltungsbeamten die Frage vorgelegt wird, welches Wahlrecht für die Stadtverordnetenwahlen ich für das Beste halte, so kann meine Antwort nur so lauten: das Wahlrecht, welches allen Kreisen der Bevölkerung es ermöglicht, in die Stadtverordnetenversammlung hineinzukommen. Die Kommunalverwaltung hat die Mitarbeit aller Kreise absolut notwendig. ... Von

diesem Postulat aus muß ich aber unbedingt zu einer Ablehnung des Reichstagswahlrechts für die Stadtverordnetenversammlung kommen, denn die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf die Gemeinden würde zur Folge haben, daß nur eine oder wenige Schichten der Bevölkerung überhaupt noch in das Stadtparlament hineinkommen. Es würden dieselben, ja oft noch heftigere Wahlkämpfe wie bei der Reichstagswahl entbrennen, und dieselben unerfreulichen Begleiterscheinungen zutage treten, daß die Gegner verunglimpft werden und den Wählern das Votum vom Himmel versprochen wird. Die unabweisbare Folge würde aber sein, daß die stärkste Partei alle Siege besiegt und dadurch alle anderen Schichten und Kreise der Bevölkerung von der Mitarbeit ausschließt. Dieses Wahlrecht würde deshalb geradezu sozial wirken, denn nach meiner Auffassung ist sozial doch nur das Wahlrecht, welches die Gesamtheit der Gesellschaft umfaßt und alle, nicht nur bestimmte Kreise, in das Parlament bringt. Ein Ausschluß weiterer Kreise von der Mitarbeit widerspricht der sozialen Gerechtigkeit.

Herr Venze wird nach diesen Anschauungen sicherlich wegen der neuen preussischen Wahlrechtsvorlage mit den Herren Bethmann und Dallwitz nicht in ernsteren Konflikte geraten. Die Homogenität ist gewahrt.

Um so bezeichnender ist es, daß jetzt plötzlich die national-liberale Presse geneigt ist, alles, was sie anlässlich der Ernennung der Dallwitz und Schorlemer über einseitiges Konserwativen Regiment und gewollte Verwässerung des Liberalismus gesagt hat, um des Dr. Venze wegen zurückzunehmen.

Die „Nationalliberale Korrespondenz“, die vor einigen Tagen noch in grimmiger Opposition gegen den blauschwarzen Kanzler machte, ist mit einem Male zu der Erläuterung gelangt, daß der Reichskanzler die schwere politische Gefahr, die darin (in der Einseitigkeit der Zusammensetzung der Ministeriums) liegt, allmählich einzieht. Das beweise die Berufung des Oberbürgermeisters Dr. Venze zum Finanzminister. Und wörtlich fährt die Korrespondenz dann fort: „Es liegt uns selbstverständlich fern, Herrn Dr. Venze als nationalliberalen Parteigänger anzusprechen, dazu sind wir nach keiner Richtung hin berechtigt, aber wir erkennen an, daß er ein Mann der mittleren Linie ist, und daß er aus einem Willen herkommt, das ein durchaus anderes ist als das sonst übliche des konservativen höheren Verwaltungsbeamten.“

Diese Erläuterung der offiziellen Parteikorrespondenz des Nationalliberalismus ist indes nicht bloß das Ergebnis der Neubesehung des Finanzministeriums. Tüchtig dazu mitgeholfen hat auch eine Äußerung aus den Kreisen der rheinisch-westfälischen Großindustriellen, die in der „Post“ und „Magdeburger Zeitung“ erschien. Darin erklären diese gewichtigen Herren, daß ihnen die vermeintliche Absicht eines großen Teils der Nationalliberalen, die Wahlkampagne in der Opposition zu führen, durchaus nicht paßt. Und sofort lenkt die „National. Korrespondenz“, die erst vor einigen Tagen die geharnischte Abgabe an den Kanzler brachte, ein und sieht den Herrn v. Bethmann-Hollweg dem deutschen Liberalismus den Konzeptionsstulzen Dr. Venze spendieren!

Der bescheidene Liberalismus.

In einem Teil der Presse macht sich das Bestreben bemerkbar, dem neuen Minister des Innern das Erbe des starren Reaktionärs abzulösen. Auch eine Dessauer Zeitschrift der „Magdeburger Zeitung“ verfolgt diese Tendenz. Sie gerade zeigt jedoch mit wünschenswerter Deutlichkeit, daß es lediglich die bescheidenen Ansprüche des Liberalismus sind, die es erlauben, die dunkelblaue Parteifärbung des Herrn v. Dallwitz für hellblau zu erklären. Die Zeitschrift begründet nämlich ihr Urteil folgendermaßen:

„Herr v. Dallwitz war in erster Linie ein ganz vortrefflicher Diplomat, der wohl wußte, daß sich dem Liberalismus entgegenstemmen gefährlich wird in dem Augenblicke, wo man voraussehen kann, daß er großen Anhang hinter sich hat. In solchen Augenblicken, wo das ganz besonders stark zutage trat, war Herr v. Dallwitz klug genug, durch keine Jugendsünden sich dem Liberalismus entgegenkommend zu zeigen.“

Also wenn er mußte, hat Herr v. Dallwitz dem Liberalismus „keine Jugendsünden“ gemacht. Und also ist er kein starrer Reaktionär. O du braver, geuligamer deutscher Liberalismus!

Eine nationalliberale Kriegserklärung.

Der sächsische nationalliberale Reichstagsabgeordnete Dr. Weber veröffentlicht in der „Tägl. Rundschau“ einen langen Artikel gegen die Unterstützung von Sozialdemokraten bei den Wahlen. Auf welchem niedrigen Niveau dieser Gehartikel steht, dafür nur ein Beispiel. Herr Weber schreibt:

Wenn wir nach Frankreich oder nach Australien hinüberblicken, Ländern, in denen die Sozialdemokratie eine Machtstellung und eine Einwirkung auf die Regierung hat, wie in keinem andern Staat der Erde, so muß nicht allein aus politischer, sondern auch aus nationaler Erwägung heraus jeden Liberalen ein Grausen ergreifen, an der Kräftigung einer Partei und ihrer Angehörigen mitzuwirken, die in Frankreich eine Korruption ganzer Kreise des Volkes und in Australien eine Verwilderung der Kultur herbeigeführt hat, wie sie schlimmer kaum Spanien unter seiner sterilen Herrschaft aufweist.“

Herrn Weber einen Verleumdung zu nennen, weil er die Sozialdemokratie für die kapitalistische Korruption verantwortlich macht, wäre wahrscheinlich zu hart; der Herr Bankdirektor bezieht seine politische Bildung offenbar ausschließlich aus der Reichsverbandskorrespondenz. Immerhin ist es erstaunlich, daß ein Reichstagsabgeordneter nicht einmal weiß, daß in Frankreich die Sozialdemokratie in schärfster Opposition zur Regierung steht und einen ununterbrochenen Kampf gegen jede Art der Korruption führt, deren Hauptträger in Frankreich wie anderswo die Kollegen des Herrn Weber von der haute finance und der Geschäftspolitik — von Ausschichtspraktikern sprach wohl einmal Graf Oriola? — noch stets gewesen sind. Auch könnte eigentlich Herr Weber wissen, daß in Australien die Sozialdemokratie bis nun noch eine kleine und politisch einflußlose Gruppe ist, die Arbeiterpartei aber, die erst bei den letzten Wahlen zur Macht gelangt ist, nicht sozialdemokratisch ist. Die „Verwilderung der Kultur“ ist wohl in den Augen dieses Nationalliberalen der fortgeschrittenen Stand der Sozialreform und des öffentlichen Bildungswesens, was man sich zu merken haben wird.

Das dumme Geschimpfe würde weiter keine Beachtung verdienen, wenn es nicht zeigte, daß die nationalliberalen Führer — und Herr Weber steht durchaus nicht auf dem rechten Flügel seiner Partei — entschlossen sind, bei den Wahlen jeden schwarz-blauen Reaktionär der Sozialdemokratie, „dem größten Feind im Reiche“, vorzuziehen. Herr Weber sagt:

„Es ist grundsätzlich, den Satz aufzustellen, daß ein Liberaler im Falle einer Stichwahl gegenüber einem Konservativen einen Sozialdemokraten wählen dürfte, ja müsse.“

Herr Weber fürchtet, „daß ein großer Teil der liberalen Wähler, der sich einmal daran gewöhnt hat, mit Zustimmung der Führer der Partei einen Sozialdemokraten zu wählen

und einen solchen als den kleineren Feind gegenüber einem bürgerlichen Kandidaten zu betrachten, für den Liberalismus verloren ist.“

Mag sein. Aber wir sind sicher, daß diese Verluste durch die Stichwahlstatistik Herrn Webers noch werden vergrößert werden. Im übrigen hat die Kampfanzeige — abgesehen von der gefälligen Unanständigkeit, mit der sie erfolgt, — für die Sozialdemokratie wirklich nichts Ueberraschendes. Wir haben Nationalliberale nie anders eingeschätzt. Uns „graust“ schon lange.

Die verheerende Finanzreform.

Dem kürzlich erschienenen Berichte der Dresdener Handelskammer ist folgendes über die schlimmen Folgen der Reichsfinanzreform zu entnehmen:

„Durch die Reichsfinanzreform wurden zahlreiche Gewerbebezweige schwer beeinträchtigt und betroffen. Zunächst wirkte die Unsicherheit über die Art und Höhe der neuen Steuern auf die mit einer Belastung bedrohten Gewerbebezweige lähmend. Die schließlich zur Annahme gelangten Steuererlässe erwiesen sich als eine schwere, einseitige Belastung von Industrie, Handel und Verkehr. Im Handelskammerbezirk hielten besonders die Brau- und Tabakindustrie, die Spiritus verbrauchenden Industrien, die Gärtnereindustrie und der Zwischen- und Kleinhandel, dem die Aufgabe zufiel, die mit den höheren Verbrauchsabgaben belasteten Waren abzusetzen, unter den neuen Steuern zu leiden. Vor dem Inkrafttreten der Steuern setzte eine außerordentlich starke Nachfrage ein, der trotz Anspannung aller Kräfte nicht genügt werden konnte. Mit dem Tage des Inkrafttretens hörte aber die Beschäftigung meist fast ganz auf, so daß sich allenthalben Betriebsbeschränkungen und Arbeiterentlassungen nötig machten. Die Abnehmer hatten sich, soweit Nachverkäufe nicht in Frage kam, auf lange Zeit hinaus mit unverkauften Waren versorgt und hatten deshalb nur einen ganz geringen Bedarf. Ob es endgültig gelingen wird, die Steuern auf die Verbraucher abzuwälzen, kann sich erst zeigen, wenn die betreffenden Industriebezweige wieder in einen regelmäßigen Geschäftsgang eingetreten sind.“

Jedenfalls hat aber der Uebergang in die neuen Steuerverhältnisse vielen Gewerbetreibenden und deren Arbeitern schwere und unerträgliche Verluste gebracht.“

Die Verfassungsfrage im Reichsland.

In der Sitzung des elsass-lothringischen Landesauschusses vom 29. Juni, auf deren Tagesordnung die Anträge Haug (Zentrum) und Blumenthal (Demokrat) über die Reform der Verfassungs- und Wahlrechtsreform standen, gab Unterstaatssekretär Dr. Petri folgende Erklärung ab: „Der Antrag Haug und der zweite Teil des Antrages Blumenthal-Labrousse beantragen für den Landesauschuss eine Einwirkung auf die Gestaltung von Gesetzen, die ausschließlich der Reichsregierung vorbehalten sind. Die Regierung erachtet es als unvereinbar mit der gegebenen Rechtslage, sich an ihrer Verortung zu beteiligen. Sollte der auf das Wahlrecht bezügliche Teil des Antrages Blumenthal-Labrousse etwa besonders zum Beschluß erhoben werden, so würde die Regierung dem Herrn Reichskanzler diesen Beschluß in gleicher Weise übermitteln, wie den am 24. Februar gefassten Beschluß über das Wahlrecht mit proportionalem Wahlverfahren.“ — Darauf verließen die Vertreter der Regierung den Saal. Der Landesauschuss hat dann nach längerer Debatte, in der diese Erklärung und das Verschwinden der Regierung allgemein beurteilt wurde, in namentlicher Abstimmung den Antrag Haug, die Regierung möge darauf hinwirken, daß der Verfassungsentwurf erst dem Landesauschusse vorgelegt werde, bevor er an den Reichstag gehe, mit 37 gegen 6 Stimmen und den zweiten Teil des Antrages Blumenthal-Labrousse auf Einführung des allgemeinen, geheimen Wahlrechts mit 33 gegen 4 Stimmen angenommen. Nachdem darauf die Regierungsdirektor den Saal wieder betreten hatten, verließ Unterstaatssekretär Petri die Kaiserliche Hofkapelle, wodurch die Tagung geschlossen wird.

Ein Dementi. Die „Nordb. Allg. Ztg.“ erklärt zu der auch von uns wiedergegebenen Meldung der „Frankfurter Zeitung“, die preussische Regierung hätte eine vom Kronprinzen von Baden beabsichtigte Verwahrung beim Vatikan gegen die Vorkommnisse Englands hintertrieben, die evangelischen Kirchen hätten sich dem Wunsche Breuzens um des lieben Friedens willen gefügt, daß an diesen Behauptungen kein wahres Wort sei.

Om! Es ist bemerkenswert, daß die Nachricht überall Glauben gefunden hat!

Oesterreich-Ungarn.

Die slowenische Obstruktion.

Wien, 30. Juni. Zu Beginn der heutigen Sitzung des Budgetauschusses riefen die Slowenen Dr. Korosec und Gostincar eine längere Debatte über das Protokoll der letzten Sitzung hervor, wobei es zu andauernden erregten Paraphrasen kam. Ein Antrag des sächsischen Agrarier Stanel auf Schluß der Sitzung wurde abgelehnt. Nach Eintritt in die Tagesordnung, auf der die Errichtung einer italienischen Rechtsakademie stand, trat der Unterrichtsminister Graf Stürgkh den gegen die Regierungsvorlage geäußerten Bedenken entgegen.

Der neue Präsident.

Budapest, 30. Juni. Das Abgeordnetenhaus wählte Albert Verzebecky, den Präsidenten der Akademie der Wissenschaften, zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses.

Frankreich.

Briands Sieg.

Paris, 29. Juni. (Eig. Ver.) Die ebenso langwierige, wie im großen und ganzen unbedeutende Debatte über die Regierungserklärung hat mit einer politischen Sensation ersten Ranges geadet: mit dem Selbstmord der radikalsten Demokratie. Die Weiserenschaft Briands in allen parlamentarischen Schachzügen hat sich wiederum bewährt. Die von ihm noch den für die Radikalsocialisten so unglücklichen Wahlen mit größerer Deutlichkeit fortgesetzte Politik der bürgerlichen Konzentration mußte einen Gegenstoß der Combisten hervorrufen. Briand hat ihn schon jetzt provoziert, da die Abneigung gegen eine Sommerreise und die Unklarheit vieler neugewählter Deputierten die Würstchen seines Sieges verstärkten. Die Radikalen ließen sich auf das für sie so ungünstige Kampffeld locken. Am Montag forderte sie Briand mit einer Erklärung heraus, die nur in ihrer Beurteilung der radikalsten Regierungsmethoden unzweideutig war. Am Dienstag verlangte Verzebecky, der sonst sehr geschickte Führer der Radikalsocialisten, Genugthuung, aber Briand verweigerte sie glatt weg. Denn gerade das war die Situation, in die er die radikalsten Radikalen hatte bringen wollen. Die Mehrheit war der Regierung sicher und die Aufrechterhaltung der Opposition mußte die äußerste Linke in die Gefahr bringen, daß die neue Mehrheit ohne ihre Teilnahme formiert wurde. Aber die wenigsten Radikalen sind, nach einem Jahrzehnt des Nachtgemisses, geneigt, wieder das bittere Brot der Opposition zu essen. So waren die Radikalsocialisten auf der Suche nach einem Auswege in eine Sackgasse geraten. Verzebecky sollte den seltsamen Widerspruch vertreten, daß sie der Regierung das Vertrauen bewilligten,

aber die gleichzeitig von ihr verlangte Billigung ihrer Erklärungen verweigern wollten. Briand wurde es unter diesen Umständen nicht schwer, sie zur Waffenstreckung zu zwingen. Damit sie es nicht ganz in Unehren tun müßten, erklärte er, er nehme das Vertrauensvotum mit der Billigung seiner Erklärungen nur von einer Mehrheit der Linken an. Geprügelt wie sie waren, schnappten die Radikalen gierig nach dem Gnadenfloß und heuchelten Zufriedenheit. Den wahren Sinn der gestrigen Abstimmung aber hat der geistreiche Führer der radikalen Progressisten in einer boshaften Erklärung ausgesprochen, worin er ausführte, warum seine Partei für die Regierung stimmen könne, trotzdem diese die Verteilung der weltlichen Schule an die Spitze ihres Programms gesetzt hat und die Einkommensteuer durchzusetzen verspricht. Was sich gestern vollzogen hat, ist, wie auch Jaurès heute in der „Humanité“ hervorhebt, die Konstituierung der großen sozial-konservativen Partei, die die alte radikale Reformideologie verschluckt. Briand aber ist ihr heute von den sozialkapitalistischen Blättern im Chorus verherrlichter „Staatsmann“.

Der Untergang des „Blubiose“.

Paris, 30. Juni. In der Deputiertenkammer richtete Millebois an den Minister eine Anfrage wegen der Katastrophe des „Blubiose“. Millebois forderte den Minister auf, zu erklären, daß die Katastrophe nicht als ein blinder Zufall sei und nicht etwa einem Fehler in der Konstruktion zuzuschreiben sei. Der Marineminister antwortete, wenn die Beschädigung des „Blubiose“ nicht so ungewöhnlich schwer gewesen wäre, so hätte man ihn wieder flott gemacht, den in Calais seien alle notwendigen Einrichtungen dazu vorhanden. Es seien alle Maßregeln getroffen, um fernere Katastrophen zu vermeiden. Freilich könnte man einen Unfall nicht vorausberechnen. Damit war der Zwischenfall erledigt.

Italien.

Gegen die Modernisten.

Rom, 29. Juni. „Osservatore Romano“ veröffentlicht ein Notizprotokoll des Papstes betreffend den Eid, der von denjenigen zu leisten ist, die zu Doktoren der Heiligen Schrift ernannt werden wollen. Die Formel enthält das Versprechen, die Grundlehren und die von dem Apostolischen Stuhle und von der päpstlichen Infallibilität erlassenen oder noch zu erlassenden Dekrete als oberste Richtschnur und Regel für ihre Studien getreulich, vollständig und unerschütterlich zu bewahren und als unantastbar zu achten und diese Grundlehren und Dekrete niemals zu widerlegen, weder im Unterricht, noch auf irgend eine andere Weise in Wort oder Schrift.

England.

Eine Herbstsession.

London, 30. Juni. Der Premierminister erklärte im Unterhause, daß die Regierung beschlossen habe, eine Herbstsession abzuhalten. Er schlage Vertagung von Ende Juli bis November vor. In der Herbstsession sollten dann die letzten Beratungen des Budgets und die Bill über Abänderung der Erklärung bei der Thronbesteigung erledigt werden. Auf eine Anfrage nach dem Ergebnis der Konferenz über die Verfassungsfrage erwiderte Asquith: Ich will mit der Antwort lieber noch etwas warten.

Lloyd George brachte sodann das Budget ein und führte aus: Die Ausgaben sind gegen das Vorjahr beträchtlich gewachsen. Die größte Zunahme haben die Ausgaben für die Marine erfahren, für die annähernd 5/6 Millionen Pfund Sterling mehr gefordert werden. Die Gesamtausgabe für die Marine wird auf vierzig Millionen 500 000 Pfund Sterling geschätzt. Insgesamt sieht das Budget eine Ausgabe von 198 300 000 Pfund Sterling vor. Die Abhebung des Budgets durch das Oberhaus im Jahre 1909 hat die Finanzlage des Vorjahres sowie das gegenwärtige Budget ungünstig beeinflusst. Die größten Schwierigkeiten entstanden durch den Aufschwung, den die Erhebung gewisser Steuern erlitten hat.

Russland.

Vertagung der Reichsduma.

Petersburg, 30. Juni. In der heutigen Sitzung der Reichsduma wurde ein kaiserlicher Erlass verlesen, nach dem die Reichsduma bis zum 28. Oktober vertagt wird. Der Präsident der Reichsduma, Gutschkow, hat das Präsidium niedergelegt, um eine wegen eines Duells mit dem Grafen Uwarow gegen ihn erkannte Strafe zu verbüßen.

Japan.

Die Annexion Koreas.

Tokio, 30. Juni. Gemäß dem kürzlich getroffenen Uebereinkommen zwischen Korea und Japan hat der Kaiser von Korea ein Edikt erlassen, durch das dem Kaiser von Japan die Polizeiverwaltung des Landes übertragen wird. Dies wird als der erste Schritt zur Annexion Koreas betrachtet. Die endgültige Annexion wird zu dem Zeitpunkte erwartet, wo Korea unter dem wirksamen Schutz von Garnisonen steht, die stetig verstärkt werden.

Stadtverordneten-Versammlung.

25. Sitzung vom Donnerstag, den 30. Juni, nachmittags 5 Uhr.

Nach 5 1/2 Uhr eröffnet der Vorsitzende die Sitzung. Zur Beratung steht zunächst der in voriger Sitzung von der Tagesordnung abgelehnte Antrag Galland u. Genossen (A. 2.) betr. Einführung der fakultativen Feuerbestattung in Preußen in Verbindung mit der Verzichtserklärung über die Vorlage betr. den Erwerb von Gelände zur Anlage eines neuen Gemeindefriedhofes bei Buch-Karow. Diese Vorlage ist in der Ausschussberatung im wesentlichen unparterlich einstimmig angenommen worden, so daß jetzt 300 Morgen zurzeit im Besitz der Kanalisationsdeputation befindliches Gelände gegen Zahlung von 50 Pf. pro Quadratmeter auf das Anstatorium für das Bestattungswesen übernommen werden sollen und ein angrenzendes, zur Abrundung erforderliches Gelände von 59 520 Quadratmeter zum gleichen Preise dem Besitzer der Anlage abgekauft werden soll. Der Antrag Arons (Soz.) betreffend Errichtung eines Krematoriums ist im Ausschusse in folgender Form einstimmig zur Annahme empfohlen:

„Die Versammlung ersucht den Magistrat, darauf Bedacht zu nehmen, daß ein Krematorium errichtet wird, sobald die fakultativen Feuerbestattung in Preußen durch Gesetz erlaubt ist.“

Stadtv. Galland: Das große Terrain, das wir bei Friedrichsfelde erwerben wollten, um unsere dortigen Friedhöfe zu erweitern, sollte freibewundlich 3/4 mal mehr kosten als dasjenige, das wir dort vor dreißig Jahren erworben. Dieses Beispiel illustriert schon genügend, welche Bedeutung die Frage der Leichenverbrennung für Berlin haben muß. Es läßt sich nicht gerade sagen, daß in dieser Richtung der Magistrat schon soviel getan hätte, „daß ihm zu tun fast nichts mehr übrig bleibt“. Schon 1878 wurde hier ein Antrag von der Tendenz des meinigen angenommen. Aber bis 1886 war über allen Wipfeln Ruh; auf eine schäuderhafte Anfrage erwiderte der Magistrat, es bedürfe dazu einer Änderung der Gesetzgebung. Daß man in jener Zeit der Hochzeit der Stöckeri und Müllerei nicht daran gehen mochte, ist zu verstehen; wenigstens aber fand damals der Gedanke der Urnenhülle Förderung. 1891 zog sich der Magistrat auf eine Anregung der freireligiösen Gemeinde abermals hinter die „unüberwindlichen Schwierigkeiten“ zurück. Als dann 1892 die Choleraepidemie ausbrach, ließ der Magistrat eine Petition auf Zulassung der Leichenverbrennung an das Ministerium abgehen; er wurde 1893 abschlägig beschieden. Dann hat die Angelegenheit sechzehn Jahre lang geruht; da kam der Antrag Rodler und fand einstimmige Annahme. Es bestanden jetzt vierundzwanzig Krematorien, und es sind im Jahre 1909 4000 Leichen verbrannt worden. Auch die kirchlichen Anstalten, Generalsynode und Oberkirchenrat nehmen der Sache gegenüber nicht mehr die frühere absolut ablehnende Stellung ein; man will das preussische Gesetz abwarten und wird sich dann damit abfinden. Der widerstrebige Zustand, daß man überall in Deutschland, nur nicht in Preußen, eine Leiche einäschern kann, muß aufhören. Daß die Feuerbestattung schon wegen ihrer Billigkeit den Charakter der Freireligiosität abstreifen würde, ist eine ganz hinfällige Behauptung. Verechtigte Forderungen müssen eben immer wieder erhoben werden; der Hohn des Verbots der Feuerbestattung ist, um mit Herrn v. Jellich zu reden, überreif für die Schere.

Stadtv. Dr. Jase (A. 2.) spricht sich für den Antrag aus.

Stadtv. Wianasse (Soz.): Nachdem der Minister v. Döllner zu und gekommen ist, hoffe ich, daß es nicht dabei bleiben wird, daß ein Minister nur antwortet, wenn er gefragt wird, sondern daß auch einmal von ihm eine Anregung gegeben wird. Das vielstellige Einbuddeln und das Verstreuen der übrig gebliebenen Knochen ist doch etwas, wogegen gerade die Theologen sich aufbäumen müßten. Die Juktiz ist bei hunderttausend Fällen von Einäschierungen nicht ein einziges Mal geschädigt worden, ebenso ist die Medizin ohne Bedenken, desgleichen die Philosophie; also ist die Leichenverbrennung vom Standpunkte aller vier Fakultäten zulässig. Es wäre die schönste Gegengabe für die hochberzogene Spende der Stadt Berlin zur Jubiläumssfeier der Universität Berlin, wenn sich die vier Fakultäten bei dieser Feier zu einem Blicke für die Feuerbestattung vereinigen wollten. Wir erobern altes Kulturland mit dem Eintreten für die Feuerbestattung zurück.

Nachdem nach Stadtv. Geheimrat Sanitätsrat Herzberg (A. 2.) sich im Sinne der Ausführungen der Vorredner geäußert, gelangt der Antrag Galland zur einstimmigen Annahme.

Stadtv. Jacobi (A. 2.) referiert namens des Ausschusses über die Vorlage.

Stadtv. Borgmann (Soz.): Wir werden für den Ausschussantrag stimmen, müssen aber darauf hinweisen, daß die Ausschussberatung in einem Punkte nicht gründlich genug gewesen ist, nämlich soweit es die Entferrnung nach dem neuen Friedhof und die Schaffung eines Eisenbahnanschlusses angeht. Mit der Staatsbahnverwaltung ist in solchen Dingen bekanntlich ungemein schwierig zu verhandeln. Das vorhandene Anschlußgleis ist lediglich ein Industriegleis für die wirtschaftliche Zufuhr zur Zentrale Buch; die Anlage eines Personenbahnhofs ist da ohne gründliche Verhandlung nicht zu erwarten. Die hätte mindestens unserer Beschlussfassung vorausgehen müssen. Versäumen wir jetzt den richtigen Zeitpunkt und verlassen wir uns auf die Zukunft, so könnten wir schwere Enttäuschungen erleben.

Stadtv. Rast: Tatsächlich reicht der vorhandene Strang bis an den zukünftigen Friedhof heran. Stadtrat Marggraf verhandelt auch bereits seit längerer Zeit mit der Eisenbahnverwaltung über eine Ausgestaltung der Anlage.

Die Vorlage gelangt nach den Ausschussvorschlägen zur Annahme. Mit allen gegen eine Stimme ist in der Ausschussberatung der Magistratsvorschlag, die städtischen Vororte Alt-Glienide und Bohnsdorf, Schmöndwih, Niederlehmic, Bernsdorf, Neu-Zittau und Gosen an das städtische Gasbrodnetz und die städtische Gasversorgung anzuschließen, angenommen worden. Die betreffenden Verträge werden zur Genehmigung empfohlen; in einer Resolution soll die Genehmigung der Kosten bis zu 500 000 M. für die Anlage des Rohrnetzes aus laufenden Mitteln des Staats ausgesprochen werden.

Referent ist Stadtv. Jacobi.

Stadtv. Julius (A. 2.) befürwortet einen Antrag, wonach in den fraglichen Vororten ebenso wie in Berlin die Kosten der Anschlußleitung vom Hauptstrang von den Hauseigentümern getragen werden sollen. Die unentgeltliche Lieferung wäre eine große Ungerechtigkeit gegen die Berliner Hauseigentümer.

Stadtv. Benschl erlucht um Ablehnung des Antrages.

Nachdem auch Stadtv. Gassel (A. 2.) gegen den Antrag Julius gesprochen, wird dieser abgelehnt und die Vorlage nach den Ausschussanträgen genehmigt.

Die Vorlage wegen Verkaufs einer 89 Quadratmeter großen Fläche der Königs-Kolonnen an die Firma A. Wertheim ist in der Ausschussberatung nach Zerstreung aller Bedenken einstimmig genehmigt worden; außerdem wird noch folgende Beschlussfassung vorgeschlagen:

Die Versammlung erklärt sich ferner mit der Festsetzung der Kaufsumme in der gerätlichen Verlängerung der von der Neuen Friedrichstraße bis zu den Kolonnen bereits bestehenden Kaufsücht bis zur Stadtbahn einverstanden, mit der Maßgabe, daß der Neubau über Terrain um etwa 2 Meter hinter dieser Kaufsücht errichtet wird.

Die Versammlung beschließt ohne Diskussion nach den Ausschussvorschlägen.

Ueber die Zuschrift des Magistrats an die Versammlung aus Anlaß des seinerzeit angenommenen sozialdemokratischen Antrages, der den

Fall Terpetrowski-Mirski

betrifft, ist bereits berichtet worden. Der Magistrat führt aus, daß das Reglement für die städtischen Irrenanstalten von der Aufsichtsbehörde genehmigt sei und von ihm einseitig nicht geändert werden könne, daß er sich aber mit Abänderungsvorschlägen beschäftige. Dann heißt es weiter: „Inzwischen sind die Direktoren der Irrenanstalten angewiesen, regelmäßig in allen Fällen schon vor der Entlassung des Geisteskranken den zur Fürsorge für die Person gerichteten bestellten Pflegern und den Vormündern von der bevorstehenden Entlassung Nachricht zu geben, in besonders gearteten Fällen aber, in denen sie glauben, von dieser Mitteilung Abstand nehmen zu müssen, die Entscheidung der Deputation für die städtische Irrenpflege einzuziehen.“

Die Zuschrift wird ohne Debatte zur Kenntnis genommen. Auf dem städtischen Schlachthof soll der Neubau eines Schlachthauses für Rinder und Kleinvieh erfolgen. Die Kosten sind auf 515 000 M. veranschlagt.

Die Versammlung stimmt zu.

Für das Seerestaurationsgrundstück in Reinickendorf werden 50 000 M. Nachbewilligung gefordert; durch die Ausübung des Vorkaufsrechts sind statt 280 000 M. 310 000 M. an Kosten entstanden.

Stadtv. Hinge (Soz.): Mit dem Vertrage scheint die Stadt doch ein schlechtes Geschäft gemacht zu haben. Für die bewegliche Einrichtung hat sie seinerzeit 50 000 M. gezahlt, sie aber dem jetzigen Käufer Johne für 8000 M. überlassen. Dabei befinden sich u. a. ein Denkmal für Kaiser Friedrich und eine Feiernsäule, an welchen Gegenständen sich der Magistrat doch das Eigentumsrecht auf jeden Fall hätte sichern sollen. Von der

Ueberlassung zu diesem geringen Preise hätte übrigens der Verkauf auch rechtzeitig Kenntnis gegeben werden sollen. Ich beantrage eventuell Ausschussberatung.

Vom Magistratsrat erfolgt eine Antwort nicht. Die Versammlung beschließt nach dem Antrage Hinge.

Die Vorlage betr. den Abschluß eines Vertrages mit den Aluminierern und Aufhebung des mit den Deutschen Feinanzfuhrern abgeschlossenen Vertrages beantragen die Stadtv. Dohse und Lohmann (A. 2.) aus juristischen Bedenken einen Ausschuss zu überweisen.

Stadtv. Warm (Soz.): Höchst wunderbar muß es berühren, daß dieser Vertrag vor sein Vorgänger 1908 erst in letzter Stunde an uns gelangt. Trotz jenes Vertrages war von vielfacher Sicherung der Anwohner des Schlachthofes gegen üble Gerüche nicht die Rede. Gewiß hat inzwischen die Technik Fortschritte gemacht; aber wir müssen die Gewißheit des Schutzes haben und nicht die falsche Methode weiter verfolgen, so lange zu warten, bis Beschwerden der Geschädigten kommen. Die Stadt besitzt jetzt ein Institut, das eine scharfe Kontrolle gestattet, in ihrem Untersuchungsamt. Dem Direktor und den Beamten muß der bedingungslose Zutritt zu den Mutterabfertigungsanlagen eingeräumt werden, damit sie eine ständige Kontrolle wahrnehmen können. Der Vertrag schafft ein Monopol für eine bestimmte Fabrik; die einzige richtige Lösung der Frage wäre das Monopol für die Stadt, denn dann läme es der Gesamtheit zugute, nicht aber einer Privatgesellschaft. Bei der Bedeutung der Sache halten wir Ausschussberatung für unerlässlich.

Stadtv. Labowitz (A. 2.) macht auch Bedenken gegen den monopolistischen Charakter der Vorlage geltend und erklärt sich gegen sofortige Annahme der Vorlage.

Stadtv. Jacobi: Es ist nicht Schuld des Magistrats, daß sich die Vorlage verzögert hat; Schuld daran sind die langwierigen Verhandlungen.

Nach kurzer weiterer Debatte geht die Vorlage an einen Ausschuss.

Zur Errichtung einer Fahrtschule, die nuncmehr von der Pferdeschuppenvereinigung über ganz Deutschland, E. V. am 1. Oktober d. J. ins Leben gerufen werden soll, will der Magistrat einen einmaligen Beitrag von 4000 M. und zu den Kosten der Unterhaltung einen jährlichen Zuschuß von 5000 Mark, zunächst probeweise auf ein Jahr, leisten.

Die Versammlung bewilligt die genannten Beträge.

Von dem durch die Schönhauser Allee, die Ringbahn, die Steintiner Bahn und die Reichsbahn umschlossenen Teile der Abtheilung XI des Bebauungsplans soll jetzt auch die nordwestliche Ecke, begrenzt von der Reichsbahngrenze, der Straße 9b, der Bornholmer Straße und der Straße 3a, „bauulich erschlossen“ werden. Das Gelände gehört dem Kommerzienrat Behr-Stüttgen. Der Magistrat legt den Entwurf zur Festsetzung von Bauaufsichtlinien vor. In der Mitte des Bauquartiers ist ein Platz von 5000 Quadratmeter vorgesehen. Die Vorlage wird auf Antrag Labowitz an einen Ausschuss von 15 Mitgliedern verwiesen.

Eine weitere Vorlage betrifft einen Gelandeaustausch mit der Terrangengesellschaft Berlin-Nordost und Hochlinienbesitzern in dem dieser Gesellschaft gehörigen Gelände.

Stadtv. Hinge (Soz.): Auch diese Vorlage wünschen wir einem Ausschuss überweisen zu sehen; es könnte ja der soeben beschlossene Plan, auch hier handelt es sich um die Ausschließung eines großen Blocks, eines weit größeren als der eben besprochene ist. Hier besitzt die Stadt selbst große Terrains. Die Gesellschaft will auf ihrem Terrain fünf neue Straßen anlegen und 14 800 Quadratmeter mit der Stadt austauschen, um eine bessere Bebauung durchzuführen zu können. Die 5500 Quadratmeter, die für den Bau einer Gemeindefuhrschule zur Verfügung gestellt werden sollen, sind mit 40 M. pro Quadratmeter viel zu teuer bezahlt, und wir brauchen da auch gar kein Terrain, denn unmittelbar gegenüber haben wir eigenes Land.

Stadtv. Lohmann bittet, die Vorlage sofort anzunehmen zu wollen. Der Antrag Hinge wird abgelehnt, die Vorlage unparterlich angenommen.

Hierauf wendet sich die Versammlung zu einem gestern eingebrachten dringlichen Antrag Arons und Genossen,

den Magistrat zu ersuchen, mit dem Polizeipräsidenten in Verhandlungen darüber zu treten, daß die von dem Polizeipräsidenten — auf Widerruf — erteilte Genehmigung des Apothekenbeschlusses während der Nacht wieder aufgehoben wird.

Der von einigen Mitgliedern erhobene Widerspruch reicht nicht aus, die sofortige Verhandlung zu verhindern.

Unter großer andauernder Unruhe der Versammlung und deshalb für die Referententribüne nur sehr schwer verständlich begündet den Antrag

Stadtv. Dr. Jabel (Soz.): Vor einigen Tagen ging durch die

Presse die Nachricht, daß ein ärztliches Rezept zur Nachtzeit nicht angefertigt werden konnte, weil die Apotheke geschlossen war. Der Fall hat erhebliches Aufsehen gemacht, und wenn berichtigte Tatsache richtig ist, muß dazu auch seitens der Behörden Stellung genommen werden. Seit einigen

Wochen steht eine Verfügung, wonach der Schluß der Apotheken Nachtzeit angeordnet werden kann; seit einem Jahre einigung der Apotheken beschlossen, davon Gebrauch für eine Großstadt wie Berlin ist es ein gewaltsamer

einige Gruppe von sechs bis acht Apotheken zur Nachtzeit einzige Apotheke eintreten zu lassen. Jedenfalls ist die Verfügung für Berlin nicht. Auch in der Versammlung

theatervereins ist der Beschluß nur gegen eine sehr kleine Mehrheit und gegen heftige Proteste gefaßt worden.

hat sich da auch ein Gegensatz zwischen den Apothekenbesitzern und den Angestellten herausgebildet. Ich würde natürlich die Stellungnahme der Angestellten, die nach 12-14stündiger Tagesarbeitszeit für Nachtdienst, für den sie nicht entschädigt werden, Sympathie nicht viel übrig haben. Wenn die Apothekenbesitzer die Nachtdienst durchgesetzt haben, so hätten sie auch hierfür Vorsorge treffen müssen, eventuell durch Personalübermehrung. Jedenfalls muß dem jetzigen unerträglichen Zustande möglichst bald ein Ende gemacht werden.

Stadtv. Dr. Kuhlmann (Fr. Fr.): Es handelt sich für Berlin nur um einen Versuch. Die Beendigung geht dahin, daß für einen größeren Kreis abwechselnd eine Apotheke den Nachtdienst wahrnehmen soll. Für kleinere Städte hat sich diese Einrichtung durchaus bewährt. Schon jetzt hat sich aber in Berlin herausgestellt, daß die Apothekenbesitzer, die der Sache widerstreben, Recht hatten. Wenn auch in Berlin die Apotheken nahe beieinander liegen, so ist es doch sehr schwierig, die Neuerung dem Publikum bekannt zu geben, der stark aufgebaute Fall, der sich am Schlesischen Tor ereignet haben soll, hat nicht klargestellt werden können; trotzdem aber halten wir den Antrag für durchaus angebracht. Die Beteiligung der Angestellten an der Nachtzeit kann nicht so durchgeführt werden, wie es Dr. Jabel verlangt.

Stadtv. Gassel: Der Gegenstand muß zu ernster Erwägung heranführung geben. Die Hilfslosigkeit muß so bemessen sein, daß Ausbeutung der Arbeitskraft des einzelnen vermieden wird. Den Antrag selbst empfehle ich zur Annahme.

Auch Stadtv. Dr. Herzberg tritt für den Antrag ein.

Stadtv. Dr. Jabel: Ich habe weder im Interesse der Besitzer, noch in dem der Angestellten gesprochen, sondern im Interesse des Publikums, und habe nebenbei allerdings ausgeführt, daß die Besitzer des Schiffs für Nachtdienst nicht einmal ein bescheidenes Entgelt gewähren.

Die Versammlung nimmt den Antrag mit großer Mehrheit an.

Gegen die Verhandlung des im Laufe der Sitzung eingebrachten dringlichen Antrages der sozialdemokratischen Fraktion über die Öffnung der städtischen Turnhallen für den Turnverein „Fichte“ (siehe Lokales) erhebt Stadtv. Lohmann (A. 2.) Einspruch. Der Antrag kann daher heute nicht verhandelt werden.

Damit schließt die letzte öffentliche Sitzung vor den Ferien um 2 1/2 Uhr.

Gewerkschaftliches.

Ein Dokument zum Baukampf.

Der Verband der Berliner Baugeschäfte hat soeben eine 22 Seiten starke Broschüre herausgegeben, die einmal eine Rechtfertigung der von ihm eingenommenen Sonderstellung im verflochtenen Kampfe und zum anderen eine getreue Darlegung der Ursachen des Kampfes darstellen soll. Diese Schrift hat aber nicht nur ein Interesse für die Beteiligten, sondern sie ist ein klassisches Zeugnis dafür, wie der Einfluß einer gewissenlosen Scharfmacherliche imstande ist, Hunderttausende von fleißigen Arbeitern ohne jeden vernünftigen Grund auf die Straße zu setzen. Und das, was wir schon von Anfang an behauptet haben, wird in dieser Schrift von der kompetentesten gegnerischen Seite fast wörtlich bestätigt.

Indem in der Broschüre einleitend die Entwicklung der Tarifverträge im deutschen Baugewerbe geschildert und dabei konstatiert wird, daß „auf beiden Seiten damit überraschende und gute Erfahrungen“ gemacht worden sind, werden des ferneren die „Gründe“, die zu der vom Baume gebrochenen Aussperrung führten, in objektiver Weise dargelegt.

An der Hand der Sitzungsberichte und der Protokolle früherer Versammlungen wird dargelegt, daß einzig und allein „die sogenannte nordwestdeutsche Interessengemeinschaft“ es war, in deren Köpfen der Plan einer Niederwerfung und Vernichtung der Arbeiterorganisationen reifte. Diese Gemeinschaft bildete sich bald zu einer „Nebenregierung“ innerhalb des Bundes und „zu einem vorbereitenden Organ“ für Hezereien, die durch den Verband vorgekommen werden sollten, aus. Schon lange vor der Aussperrung ist auf einer Versammlung von dem Führer der genannten Hezergemeinschaft das Wort geprägt worden:

„Der Dreizehnerkommission (der Arbeitgeber) ist aufzugeben, dafür zu sorgen, daß der Vertrag nur nach den Wünschen der Interessengemeinschaft geändert wird. Er muß so lauten, daß ihn die Arbeiterführer nicht annehmen dürfen und deshalb zum Streit gezwungen werden.“

Wer also jetzt noch irgendwie Zweifel hegte, der hat es jetzt in dieser Broschüre auf Seite 51 von dem bisherigen zweiten Vorsitzenden des Arbeitgeberbundes für das deutsche Baugewerbe dokumentarisch festgelegt. Ferner: „Kein schwächliches Nachgeben, es werden nur Verträge angenommen, die unsere Bedingungen enthalten, sonst wird ausgesperrt“. Man habe in letzter Zeit gelernt, „vor allen Dingen die Gefühlsduselei abzulegen“. Um die Gewissenhaftigkeit jener Gemeinschaft, die ihren Sitz in Essen hat, voll zu verstehen, erzählt man auch, daß „es weniger die Organisation als die Person, die die Interessengemeinschaft verlor, war, die die Schuld trägt“. Die „innigste Fühlung mit der Großindustrie“ seitens dieser Person war es, die zum Kampf drängte, nicht die Interessen des deutschen Baugewerbes. — Und um das Maß der von hier aus betriebenen Gehässigkeit voll zu machen, wird konstatiert, daß jenes anonyme schmutzige Flugblatt, das unter den Berliner Arbeitern verteilt wurde, laut Gutachten des vereidigten Gerichtsschreibers Dr. Jeserich in den Büros der nordwestdeutschen Interessengemeinschaft (lies: Hezergemeinschaft) hergestellt wurde. Feine Charaktere!

Ohne diese Machinationen wäre „es niemandem in den Sinn gekommen, dieser Dinge (die nachher gestellten Forderungen) wegen auszusperrn“. Die Berliner Unternehmer hatten von Anfang an auf „die sehr kluge Taktik“ der Arbeiterführer aufmerksam gemacht, aber alles half nichts; ihres friedlichen Charakters wegen wurden sie auf Betreiben der Hezergemeinschaft bald völlig desabonniert. Herr Feuer, der bekanntlich in Dresden die Stelle des zweiten Vorsitzenden niederlegte, hatte bereits — und das ist eine neue interessante Tatsache — im Januar seinen Posten niedergelegt, „weil die sozialpolitischen Ansichten der Essener, die eine außerhalb des Bundes stehende Vereinigung sei“, „die Tätigkeit des Bundes völlig zuwider laufe“. Nun drängt aber Herr Felisch, der erste Vorsitzende, ebenfalls seinen Posten niederzulegen; nur unter der Bedingung, daß der Rücktritt Feuers „zur Dresdener Generalversammlung heim gehalten werde, blieb Herr Felisch. Er weiß, was sonst passiert wäre? Auf der Dresdener Versammlung aber war „von einer kühneren Erwägung der tatsächlichen Verhältnisse keine Spur“. Man glaubte die „Fremdherren“ abschütteln zu müssen! Es wird dann des weiteren dargelegt, daß einzelne „dittierte“ Forderungen der Arbeitgeber bei den Arbeitern mehr „Heiterkeit als Opposition“ erregen mußten, daß von Anfang an „Verwirrung und Unklarheit“ herrschte, daß die Auspielung des Kampfes, als gegen die Sozialdemokratie gerichtet, eine „unzutreffende Entscheidung“ sei und daß die Deffinitivität „über die tatsächlichen Ursachen der Aussperrung nur sehr mangelhaft unterrichtet“ war. Interessant ist die Forderung nach Einheitslöhnen. Im ganzen Lande war man mit dem jetzigen Zustand zufrieden, nur in Posen bestand man auf Einführung der Staffellöhne. Nach langem Hin und Her wurde mit einer Stimme Majorität der Antrag der Posener mit in das Vertragsmuster aufgenommen.

Zum Schluß heißt es: „Anderer wie sonst haben also Forderungen der Arbeitgeber den Kampf herausbeschoren. Forderungen der Arbeiter, welche das Scheitern der Verhandlungen mit sich bringen konnten, lagen nicht vor.“ (1)

Und was sagt nun die Deffinitivität zu dieser von dem bisherigen zweiten Vorsitzenden des Bundes niedergeschriebenen Darstellung? Außer dem „Berliner Tageblatt“ und der „Volkzeitung“ hat bis jetzt noch kein Blatt diese Tatsachen erwähnt, obwohl ihnen die Broschüre bereits mehrere Tage vorliegt!

Daß jene Rechtfertigung erst jetzt erscheint, wird damit begründet, daß man während des Kampfes, „der kein Ruhmesblatt“ bildet, den Kollegen auswärts nicht Schwierigkeiten machen wollte. Man ahnt aber innerhalb des Berliner Verbandes bereits, daß diese Veröffentlichung den Bruch mit dem Gesamtbunde zur Folge haben wird. Die Arbeitererschaft aber kann aus dieser Darstellung ersehen, wie heute die Dinge bei uns liegen. Denn wahrlich, wir haben weit gebracht, wenn auf das Drängen einer einzelnen Person annähernd 200 000 Arbeiter auf die Straße geworfen werden können.

Berlin und Umgegend.

Der Streit in der Salomon-Wähle ist aufgehoben. Das rüch-sichtslose Vorgehen der Firma sowie das Eingreifen der Polizei veranlaßte. Redakt.: Richard Brith, Berlin. Inzeratenteil verantw.:

sehen einen Erfolg nicht erhoffen. Der Verband der Mühlen-industriellen hat eine schwarze Liste der Streikenden an seine Mitglieder verschickt. Die Liste enthält 68 Namen, 10 der auf die Liste gefahren sind als Agitatoren mit einem Stern, 4 als besonders gefährlich mit zwei Sternen gekennzeichnet. Was würde die Firma wohl sagen, wenn man ihr, wie sie den Arbeitern die Erwerbs-möglichkeit, aus Anlaß des Konfliktes die Abzählmöglichkeit ab-schneidet?

Achtung, Dachdecker Berlins und der Umgegend! Wegen vor-handener Differenzen haben die Kollegen in der Firma Robert Strauß, Nizdorf, Wildenbruchstr. 20, die Arbeit eingestellt. Diese Werkstelle ist bis auf weiteres zu meiden.

Der Vorstand des Zentralverbandes der Dachdecker, Verwaltungsstelle Berlin.

Deutsches Reich.

An die organisierten Arbeiter Deutschlands!

Nachdem die Aussperrung im Baugewerbe aufgehoben worden ist, schließen wir hiermit im Einverständnis mit den Vorständen der Bauarbeiterorganisationen die Sammlung für die ausgesperrten Arbeiter des Baugewerbes und erlauben die Organisationen und Gewerkschaftskartelle, die noch eingehenden Gelder gemäß den Bestimmungen der Resolution des Kölner Gewerkschaftskongresses betreffend Streikunterstützung an den Kassierer der Generalkommission H. Kube, Berlin SO. 16, Engelauer 14/15, IV einzulenden.

Berlin, den 30. Juni 1910.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Die Leipziger Zimmerer und Bauhilfsarbeiter nehmen die Arbeit auf. Mittwoch abend haben abermals Versammlungen mit sehr lebhaften Debatten stattgefunden. Die Zimmerer beschloßen mit 414 gegen 331 Stimmen, den Streik aufzuheben. Die Bauhilfs-arbeiter erklärten sich ohne besondere Abstimmung durch einfache Zustimmung für die Ausnahme der Arbeit. Die Maurer da-gegen beschloßen, den Streik weiter zu führen.

Der Arbeitsnachweis des „Arbeitgebervereins“ für Lüdenscheid und Umgegend ist perfekt.

Die Fabrikanten dieser Stadt und Umgegend haben nun „eine Arbeitsnachweisstelle“ errichtet, die am 1. Juli in Funktion treten soll. Der Verein veröffentlicht jetzt die zwölf Paragraphen enthaltende „Geschäftsordnung“ für diesen Nachweis. Bezeichnend ist die Begründung des einseitigen Vorgehens auf dem Gebiete. Sie verdient der Nachwelt erhalten zu werden:

Es muß daraus jedem ruhig, vorurteilsfrei und gerecht Denkenden klar werden, daß

1. von Zwang gar nicht die Rede sein kann, die Arbeiter viel-mehr sich nach wie vor jederzeit auch ohne vorhergegangene Kündigung direkt Stellung suchen können, und wie sie wollen, die Benutzung der Arbeitsnachweisstelle aber vollständig in das Belieben jedes Einzelnen gestellt ist;
2. an schwarze Listen, Kennzeichnung der Entlassungs- bzw. Nachweisscheine usw. gar nicht gedacht wird, nicht allein, weil beides direkt gesetzwidrig ist, sondern weil es auch von sämtlichen Mitgliedern des Vereins für moralisch verwerflich gehalten wird;
3. durch die Arbeitsnachweisstelle nur Kontraktbrüche getroffen werden sollen, während der kosten- und zwanglose Nachweis sich für alle anderen Arbeiter sehr bald als eine Erleichterung und Bequemlichkeit erweisen wird.

Lüdenscheid, den 24. Juni 1910.

Der Arbeitgeberverein für Lüdenscheid und Umgegend.

Also „nur Kontraktbrüche“ sollen getroffen werden. Darum kann aber auch von einem „zwanglosen“ Nachweis nicht gut die Rede sein. Denn über das, was als Kontraktbruch angesehen werden soll, entscheidet hier einzig und allein der Unternehmerverein respektive sein Angestellter im Arbeitsnachweis, der durch möglichst viele „Fälle“ sich seine Lebensstellung zu erhalten sucht und den sozialistenfeindlichen Fabrikbesitzern und Direktoren auf diese Weise schon gefallen wird — aber muß. Ist doch die Liebedienerei in Lüdenscheid nur allzubekannt und bis auf den jüngsten und un-erfahrensten Werkführer herab verkehrt man sich meisterhaft auf „vorteilhaftes“ Arbeiten, auf „Vohrregulierung“ und „Afford-festherabsetzungen“. Desto mehr werden Ueberstunden gearbeitet. Bis 10 und 11 Uhr nachts werden solche geleistet! So wird gleichzeitig die durch die Gewerbeordnungsbestimmung für das weibliche Personal an Sonnabenden um ein geringes Maß ein-geschränkte Arbeitszeit durch „die notwendigen Kommissionen“ doppelt und dreifach wieder ausgeglichen. Da kann schon die ein-fache Ueberstundenverweigerung als Kontraktbruch betrachtet werden. In fast sämtlichen Fabriken besteht ein scharfes Kontrollsystem und beim Zutritt kommen von nur einigen Minuten gibt es Abzüge. Wer häufig zu spät zur Arbeit erscheint, wird in Zu-kunft ganz beiseite gelassen werden. Oder auch sonstige Schurigelei, die sich ein Arbeiter oder eine Arbeiterin nicht gefallen lassen will, kann von den Unternehmern sehr leicht als Kontraktbruch ausgelegt werden. Man will eben verhindern, daß Arbeitslose oder Arbeitsuchende aus irgend welcher Art den Betrieben oder Kontoren zu nahe kommen, vielmehr will man, so fürchten die Betroffenen, erst unter sich prüfen, wer eingestellt werden soll und darf und wer nicht, deshalb vor allen Dingen der Nachweis, den die Arbeiter zu benutzen haben, anders dürfen Mitglieder des Vereins Arbeiter nicht einstellen! Ein Nachweisschein soll vier Wochen Gültigkeit haben. Inzwischen kann die „zur Zeitung gewählte Vertrauenskommission“ ihres Amtes sorgfältig ge-waltet haben. Diese Kommission kann auch Unternehmer in Geld-strafe bis zu 50 M. nehmen, welche nicht wünschgemäß verfahren. Es ist und bleibt also doch ein Zwangsarbeitsnachweis. Die Er-bitterung gegen dieses System ist groß unter der Arbeitererschaft. Sonst wird den Gewerkschaftsführern und „Heßblättern“ immer der Vorwurf gemacht, sie bestyten die Arbeiter auf und beunruhigten die Industrie. Seit Jahresfrist haben hier die Unternehmer die Rolle des Beunruhigers gespielt — erst mit ihren Kontrollhäusern, nun mit dem Arbeitsnachweis — zum großen Nutzen für die Gewerkschaften.

Ausland.

Streikbruch und Staatsgewalt.

Man schreibt uns aus London: Die eigenartigen Begleit-umstände des Newporter Hafenarbeiterstreiks, über den wir vor kurzem berichteten, gaben zu einer langen und be-merkenswerteren Debatte im Unterhause Veranlassung. Die tatsäch-lichen Ereignisse, die der Angelegenheit zugrunde liegen, seien im folgenden kurz zusammengefaßt. Eine große Reederei des ge-nannten südwestlichen Hafens beschloß plötzlich, die bei ihr be-schäftigten Schiffsloader nicht mehr nach Stücklohn, sondern nach Tagelohn zu bezahlen. Die Arbeiter widersetzten sich dieser Neu-erung, in der sie den Versuch einer verschleierten Lohnkürzung er-blickten und traten in den Streik. Zwischen den vom Reederver-bande vermittelten Streikbrechern und den Streikenden kam es bald zu ernstlichen Zusammenstößen, aber schließlich gelang es den Gewerkschaftsführern, die Streikbrecher zur Arbeit zu bewegen. Ungeachtet der großen Erregung, in der sich die ganze Bevölkerung von Newport bereits befand, machte die Reederei unbekümmert Anstalten, neue Streikbrecher zu importieren. Eine vom Regie-rungsvertreter und dem Bürgermeister einberufene Konferenz der Vertreter der Arbeiter und der Unternehmer kam inzwischen zu dem Beschlusse, die Streitfrage einem Schiedsgericht zur Entscheidung vorzulegen. Zur allgemeinen Entrüstung erklärte die Reederei, sich um diesen Beschluß nicht kümmern zu wollen, und ging daran, die neuen Streikbrecher einzustellen. Hierauf erklärte der Bürger-meister, daß er nicht nur die Streikbrecher nicht vor-

Gewalttätigkeiten beschützen, sondern auch die Einstellung der Streikbrecher mit Waffengewalt verhindern werde, und fügte hinzu, daß er darin im vollen Einverständnis mit der Regierung handle. In dieser Zwangslage bequeme sich die Reederei schließlich zur Teilnahme an den Einigungsverhandlungen, die übrigens zu ihren Gunsten ausfielen.

Dieser Tage wurde die Regierung von Vertretern kapitalistischer Interessen im Unterhause zur Verantwortung gezogen wegen dieses „unerhörten“ Vorgehens. Der Parlamentsvertreter der City von London erklärte, wenn diese Politik weiter betrieben würde, dann werden die Unternehmer nach amerikanischem Muster selber be-waffnete Vandalen zum Schutze ihrer eigenen Interessen organisieren. Der Vertreter der Oxford Universität, also der Blüte englischer Kultur, der Lord Hugh Cecil, erklärte in dem Vorfall einen sehr gefährlichen Präzedenzfall und meinte ganz offen, daß es besser gewesen wäre, es auch zum Blut-bergießen kommen zu lassen, als dem Volke die Lehre einzupflanzen, daß die Arbeiter durch Ordnungshilfen und Ge-walttätigkeit ihre Ziele erreichen können.

Von größtem Interesse waren jedoch die Antworten der Minister. Der Minister des Innern, Winston Churchill, gab sich die größte Mühe, sich von dem Verdachte, für die Arbeiter Partei ergriffen zu haben, zu reinigen. Er habe von Anfang an den isolierten Behörden strengstens aufgetragen, mit allen Mitteln für die Aufrechterhaltung der Ordnung und die körperliche Sicherheit der Streikbrecher zu sorgen. Erst als das provokatorische Verhalten des Unternehmers die unmittelbare Gefahr von Unruhen und Blutvergießen herausbeschwor, verfolge die Regierung ihr den Schutze der Waffengewalt. In dem Kreuzverhör, dem die unter-nehmerfreundlichen Abgeordneten den Minister unterworfen, redete sich dieser aber schließlich dahin aus, daß er die Einstellung der Streikbrecher zu verhindern suchte, nicht einfach aus dem Grunde, weil er Blutvergießen wollte, sondern weil die am Orte befindliche Waffengewalt ungenügend schien, um die befürchteten Unruhen zu unterdrücken — was natürlich etwas himmelweit Ver-schiedenes und auch vom Unternehmerstandpunkt unanfechtbares Vorgehen ist.

Verständigerweise verteidigte der ebenfalls beteiligte Kriegs-minister Haldane die Haltung der Regierung mit viel größerem Mut und prinzipieller Schärfe als Churchill. Er gab zu, daß es die erste Pflicht der Regierung sei, Gesetz und Ordnung zu wahren, und die Bürger in der Ausübung gesetzlicher Rechte, also auch des Streikrechts, zu schützen. Aber unter gewissen Umständen kann ein sonst gesetzliches Vorgehen ungeschicklich werden. Wer in der Nähe eines Pulverfasses ein Hündchen anzubel, begeht eine Ungeschicklichkeit. So etwas habe der betreffende Unternehmer getan. Unter gewöhnlichen Umständen habe ein Unternehmer un-zweifelhaft das Recht, Streikbrecher zu beschäftigen; wo aber die Dinge so liegen, daß die Beschäftigung von Streikbrechern voraus-sichtlich zu Unruhen und Blutvergießen führen würde, da sei die Beschäftigung von Streikbrechern eine ungeschickliche Handlung. Aus diesem Grunde sei die Regierung gegen die Reederei aufgetreten.

Die Scharfmacher sind ob solcher „revolutionären“ Theorien natürlich ganz erbost. Es muß immerhin anerkannt werden, daß Churchill, dessen Beförderung zum Minister des Innern seine Popularität begraben sollte, diese erste Prüfung unertwertet gut bestanden hat.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Arbeiterisiko.

Köln, 30. Juni. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Ein schwerer Baunfall ereignete sich hier heute nachmittags. In-folge Zerreißen eines Gerüststrahls stürzten mehrere Maurer von der zweiten Etage eines Neubaus in die Tiefe. Zwei Arbeiter wurden tödlich verletzt und mußten in ein Hospital gebracht werden. Zwei andere Arbeiter erlitten leichtere Ver-letzungen.

Die Wahlreform.

Paris, 30. Juni. Ministerpräsident Briand hat im Ministerr-at mitgeteilt, daß er der Kammer heute die Gesetzesentwürfe be-treffend das Beamtenstatut und betreffend die Wahl-reform unterbreiten werde.

Das Budget im englischen Unterhause.

London, 30. Juni. (B. T. W.) Bei der Einbringung des Budgets im Unterhause führte Lloyd George weiter aus: Die Lage und die Aussichten des Handels bildeten das wichtigste Element bei der Schätzung der Einkünfte für das laufende Jahr. Auf gute Grundlage gestützt, bin ich überzeugt, daß die Aussichten für den Handel außerordentlich glänzend sind und daß die Getreideernten in der Welt geradezu übermäßig reich sein werden. Die Handelswelt ist überall hoffnungsfreudiger geworden. Alle bestehenden Steuern sind beibehalten worden. Nachdem Lloyd George die schätzungsweise Zunahmen unter den verschiedenen Kapiteln ein-schließlich der Zunahme von 2 500 000 Pfund Sterling aus der Erbschaftsteuer spezifiziert hatte, erklärte er, das Gesamtein-kommen aus allen Quellen werde 169 745 000 Pfund Sterling betragen. Diese Summe vermehrt um die 30 048 000 Pfund Ster-ling Rückstände vom vorigen Jahre werde eine Gesamtsumme von 199 791 000 Pfund Sterling oder einen Ueberschuß von 861 000 Pfund Sterling ergeben. Wir wußten im vergangenen Jahre, daß sich die Ausgaben für die Marine in diesem Jahre sehr steigern würden und wahrscheinlich auch noch im nächsten Jahre, aber ich hoffe, daß wir im darauffolgenden Jahre, wenn das deutsche Flottenprogramm auf 50 Proz. gesunken sein wird, alle zu vor-malen und, wenn ich so sagen darf, zu vernünftigeren Zuständen zurückkehren werden. Wenn unsere Ausgaben für die Flotte im folgenden Jahre wieder auf eine normale Höhe herabgegangen sein werden, dann wird der Zeitpunkt gekommen sein, wo wir das große nationale Werk einer Arbeitslosen- und Invaliditätsversicherung in Angriff nehmen können, einer Versicherung auf Grund von Bei-tragsleistungen und mit doppelt so liberalen Grundätzen für die Gewährung von Unterhaltungen wie die Grundätze, welche Deutsch-land für denselben Zweck aufgestellt hat. Wir haben aus laufenden Einnahmen unsere großen Ausgaben gedeckt, während die anderen Nationen zu Anleihen ihre Zukunft nehmen müssen. Das ist ein glänzender Triumph für unser Finanzsystem. Redmond wiederholte darauf die Gründe, aus denen die Iren für das Budget stimmen würden.

Zum Friedberger Bankraub.

Brüssel, 30. Juni. Wie das Abendblatt „Dernière Heure“ meldet, ist der der Mithsal auf dem Friedberger Verbrechen Ver-dächtige Karl Werner heute in Lüttich verhaftet worden, wo er sich unter dem Namen Schmidt aufgehalten hat.

Die Opfer der Ueberschwemmungskatastrophe.

Budapest, 30. Juni. (B. T. W.) Wie amtlich festgestellt ist, haben bei der Ueberschwemmungskatastrophe im Komitat Krassó Szorny 193 Personen das Leben eingebüßt, 22 Personen werden noch vermißt. Die Bevölkerung der vernichteten Ortschaften wird auf höher gelegenen Punkten angeordnet.

Der Aufstand in Nicaragua.

Bluefields, 30. Juni. (B. T. W.) Die Aufständischen haben das Bollwerk von Laguna de las Perlas eingenommen. Bei dem Gescheh wurden fünfzig Mann getötet.

Aus der Justizkommission.

Sitzung vom Donnerstag, den 30. Juni. Die Beratung über die §§ 244 und 245 wurde fortgesetzt. Die Debatten drehten sich vor allem um den Antrag, ob auch auf polizeilichen Vernehmungsprotokollen den Zeugen oder Angeklagten Vorhaltungen gemacht werden dürfen.

Zum § 247 beantragten Gröber und unsere Genossen, daß schriftliche Erklärungen eines Arztes, sofern sie sich nicht auf den Geisteszustand einer Person beziehen, nur unter Zustimmung der Prozehbeteiligten in der Hauptverhandlung vorlesen werden dürfen.

Nach §§ 250 und 251 ist die Verhandlung vor dem Reichsgericht, Schwurgericht und Landgericht auszusetzen, wenn sich ergibt, daß die Tat eine schwerere ist, als die Anklageformel erkennen ließ.

Es kam dann zu einer für politische Prozesse ungemein wichtigen Auseinandersetzung zwischen unseren Genossen und dem Abg. Gröber auf der einen Seite und den Regierungskommissaren auf der anderen Seite.

Wird in einem Strafverfahren wegen Verleumdung, welches auf Grund des von einem Beamten oder von dessen Vorgesetzten gestellten Antrages auf Strafverfolgung eingeleitet ist, die Ermittlung des Sachverhalts durch Verletzung der Genehmigung zur Ablegung des Zeugnisses des Beamten (§ 46) gehindert, so ist, falls das Gericht nicht zu einem freisprechenden Urteil gelangt, die Einstellung des Verfahrens auszusprechen.

In der Diskussion wurde insbesondere auf die Vorlesung in dem Reinkursen-Prozess und dem Siegerner Landratsprozess hingewiesen. Unsere Redner forderten aufs nachdrücklichste die Annahme des Antrages Gröber, da er einen Fortschritt gegenüber dem bestehenden Zustand bedeutet.

In der ablehnenden Haltung fanden die Regierungsbereiter vollen Beistand bei den Nationalliberalen und — beim Abgeordneten Kopsch. Der Antrag Gröber wurde mit 16 Stimmen angenommen; doch wurde ihm auf Antrag Wagner der Zusatz gegeben, daß die gleiche Bestimmung auch für andere Verleumdungsprozesse gilt, in denen der Verletzte oder der Antragsteller das Zeugnis verweigert.

Nach dem § 258 wurde die Sitzung bis Freitag vertagt.

5. Verbandstag der freien Gast- und Schankwirte.

Hannover-Linden, 29. Juni 1910. Der dritte Verhandlungstag wird fast vollkommen ausgefüllt von den Verhandlungen über die Statutenänderungen. Es handelt sich vor allem um eine Änderung des § 2 des Statuts, der bisher lautet:

Kleines feuilleton.

Das HeineDenkmal und die „Alldeutschen“. Heinrich Heine soll endlich ein Denkmal in Hamburg erhalten. Sogar der Hamburger Senat hat seine Zustimmung erteilt. Man versteht es, daß manche von Heines Verehrern es als Ehrensache ansehen, in dem Kampfe um das Denkmal nicht locker zu lassen, obgleich er am wenigsten darum verlegen ist.

Die alldeutschen Jünglinge, die sich da als Vertreter des deutschen Volkes aufspielen, machen sich heillos lächerlich, wenn sie sich zu dieser Mode reaktionärer Politikanten und Geschäftsleute hergeben.

Europas Analphabeten. Eine schwedische Statistik hat kürzlich die Prozentzahl der Analphabeten in den einzelnen Ländern Europas zusammengestellt. Deutschland hat verhältnismäßig die wenigsten, nämlich nicht mehr als 0,05 Proz., hierauf kommen die Schweiz und Schweden mit je 0,1 Proz.

sich mit den Grundsätzen der sozialdemokratischen Partei einverstanden erklärt und politisch organisiert ist.

Von einer großen Zahl der Delegierten wird die Streichung des letzten Satzes mit der Bedingung der Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei verlangt. Das Referat über diesen Punkt hat von der Heyden-Köln: Wenn wir in unserem Verbandsortwärts kommen wollen, dann müssen wir unbedingt die Bestimmungen aus unserem Programm ausmerzen, die uns hindern, eine große Mitgliederzahl zu erreichen.

Matthes-Berlin hat das Korreferat: Unser Verband hat bisher eine zufriedenstellende Entwicklung genommen. Der § 2 hat dem also durchaus nicht im Wege gestanden. Von der Heyden hat die Abschaffung dieser Bestimmung in der Hauptsache nur mit Gründen verteidigt, die den Erfahrungen des Weltkrieges entnommen sind.

Die Kommission hat dann einen Vortrag gemacht, der den sozialdemokratischen Charakter des Verbandes vollständig ausmerzen wollte. Da hat sich dann die Majorität der Berliner Kollegen für die Beibehaltung des bisherigen Wortlautes ausgesprochen.

Einige Verbesserungen bringt der Entwurf, die auch die Gastwirte interessieren, so eine mildere Bestrafung der Redresser, der man aus Menschlichkeitsrücksichten zustimmen muß.

Genosse Dr. Karl Liebknecht, der Verbandsyndikus, spricht über den Entwurf zum Strafgesetz und die Gastwirte.

Einige Verbesserungen bringt der Entwurf, die auch die Gastwirte interessieren, so eine mildere Bestrafung der Redresser, der man aus Menschlichkeitsrücksichten zustimmen muß. Eine schwache Besserung wird auch an den Bestimmungen über die Vorstrafen vorgenommen.

100 Leute 75 Analphabeten kommen. Im Gegensatz zu dieser Feststellung berechnet die gleiche Statistik für ganz Europa 465 418 Schulen mit 1 050 634 Lehrern und 41 281 691 Schülern.

Musik.

Der Komponist Georg Yarno hatte sich hier vor wenigen Jahren durch seinen „Herdbröhen-Krug“ günstig eingeführt. Er wollte eine ehtere Vollständigkeit erreichen, u. a. durch eine Verbesserung der Form des Couplets.

Der Operettengattung gehört das Stück freilich weniger an, als der Gattung des Singespiels. Wieder die Herrschaft des besseren Couplets; kein Ehrgeiz, einen stetigen dramatischen Faden zu spinnen! Dazu kommt nun eine so geschickte, ja musikalische Behandlung von Tänzen, daß namentlich der zweite Akt mit seiner blickenden Volkstümlichkeit ganz hoch stehen würde.

Humor und Satire.

„Der Wochenstamm.“ Papiere, die wir bei uns tragen, Leiden dadurch eminent, Daß der Zeiten Zähne nagen An so einem Dokument; Dieses ist auch arrievieren Freyle's Militärpapieren.

spiels angebroht. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß sogar das Bagabundengesetz gegen Redakteure angewandt wird. Die Bestrafung ist deshalb durchaus begründet, daß diese entwürdigenden Strafen auch zur politischen Unterdrückung der Gastwirte benutzt werden.

Genosse Dr. Liebknecht spricht dann über die Rechtsprechung der deutschen Gerichte und die Gastwirte.

In der Rechtsprechung zeigt sich, wie gerade dem Gastwirt gegenüber die Gesetze nach politischen Grundätzen gehandhabt werden. Schon bei der Konzeptionierung der Wirtschaften zeigt sich eine niederrichtige, beleidigende Judikatur, die nur aus politischer Voreingenommenheit zu erklären ist.

Frau von Schönebeck vor den Geschworenen.

In der gestrigen Verhandlung fehlte die Angeklagte. Wir haben bereits gestern mitgeteilt, daß sie am Mittwoch von schweren Anfällen heimgesucht war. Die Sachverständigen legten gestern dar, daß die Angeklagte am Mittwochmittag einen Anfall gehabt hatte und sich seitdem bis zum Abend fast ununterbrochen in schwerem Krankheitszustand befand.

Es soll trotzdem der Versuch gemacht werden, heute Freitag um 10 1/2 Uhr die Verhandlung fortzusetzen. Von den Plädoyers wäre noch das Gutachten der wissenschaftlichen Deputation für Medizinalwesen zu verlesen.

Daß die Angeklagte sich in einem an Geisteskrankheit mindestens streifenden Zustand befindet, ist durch die Tortur, der sie durch die Verhandlung ausgesetzt war, insbesondere aber dadurch festgestellt, daß Gutachter in ihrer Gegenwart darlegten, sie müßte entmündigt und in eine geschlossene Anstalt gebracht werden.

Das Gutachten der wissenschaftlichen Deputation, dessen Verlesung noch ansteht, läßt sich ausführlich auf Grund der früheren Gutachten und einer kurzen Beobachtung in der Charité dahin aus, daß die Symptome der hysterischen psychopathischen Konstitution, welche bei der Angeklagten vorgelegen hat, noch, gefinnungslos, versumpft, Als Umhüllung — wie insam — Gar den „Wahren Jakob“ nahm.

Hierauf: Kriegsgerichtsentscheidung: Dreißig Tage stramm Arrest: Er entehrt des Königs Kleidung Und gehört zur „roten West“ ... So ist er ins Loch gekommen: Verurteilung ward nicht angenommen.

Notizen. Die Witwe Hebbels — Christine Hebbel — ist Mittwoch nachmittag im Alter von 83 Jahren in Wien gestorben.

Die Witwe Hebbels — Christine Hebbel — ist Mittwoch nachmittag im Alter von 83 Jahren in Wien gestorben. Lange, lange Jahre hat sie Hebbel, den sie 1848 in Wien heiratete, überlebt.

Die Witwe Hebbels — Christine Hebbel — ist Mittwoch nachmittag im Alter von 83 Jahren in Wien gestorben. Lange, lange Jahre hat sie Hebbel, den sie 1848 in Wien heiratete, überlebt.

Die Witwe Hebbels — Christine Hebbel — ist Mittwoch nachmittag im Alter von 83 Jahren in Wien gestorben. Lange, lange Jahre hat sie Hebbel, den sie 1848 in Wien heiratete, überlebt.

Die Witwe Hebbels — Christine Hebbel — ist Mittwoch nachmittag im Alter von 83 Jahren in Wien gestorben. Lange, lange Jahre hat sie Hebbel, den sie 1848 in Wien heiratete, überlebt.

Die Witwe Hebbels — Christine Hebbel — ist Mittwoch nachmittag im Alter von 83 Jahren in Wien gestorben. Lange, lange Jahre hat sie Hebbel, den sie 1848 in Wien heiratete, überlebt.

Die Witwe Hebbels — Christine Hebbel — ist Mittwoch nachmittag im Alter von 83 Jahren in Wien gestorben. Lange, lange Jahre hat sie Hebbel, den sie 1848 in Wien heiratete, überlebt.

imo vortragt, auch bei den Strafhandlungen mitgewirkt haben, daß aber eine krankhafte Störung der Geistestätigkeit im Sinne des § 51 des Strafgesetzbuchs ebensowenig wie ein Zustand der Bewußtlosigkeit vorliegen habe. Ob das Gutachten auf Grund der Ergebnisse der dreiwöchentlichen Verhandlung ebenso lauten würde, erscheint recht zweifelhaft. Aus dem Gutachten interessiert die Darlegung über den Grad der Intelligenz der Angeklagten. Danach hat die Intelligenzprüfung ein ziemlich dürftiges positives Wissen der Angeklagten ergeben. Friedrich der Große soll nach ihren Angaben ungefähr um 1900 gelebt haben. Den Unterschied von Reichstag und Landtag konnte sie nicht. Ihre Kenntnisse im Rechnen waren recht dürftig. Ueber die militärischen Verhältnisse war sie aber, wie das Gutachten sagt, ausreichend informiert.

Nach einer weiteren, und telegraphisch zugegangenen Meldung sind die Sachverständigen einstimmig der Überzeugung, daß am heutigen Freitag an eine Fortsetzung der Verhandlung gar nicht zu denken ist. Das Gericht wird voraussichtlich noch einmal am Sonnabendvormittag und vielleicht sogar auch noch am Spätmittag als letzten Termin zusammenzutreten, da man die vierwöchentliche Arbeit nicht umsonst geleistet haben will. Aber es kann sich nach dem Gesundheitszustand der angeklagten Frau Weber dabei lediglich nur um eine Formsache handeln, und an eine Durchführung des Prozesses bis zum Urteil ist nicht zu denken.

Aus der Partei.

Politikalisches, Gerichtliches usw.

Die Terroristmordfälle von Freiburg.

Am der Hand einer Erklärung des Genossen Dielekt-Freiberg haben wir in der Dienstagsnummer die Terroristmordfälle gekennzeichnet, die unter der Stichmarke „Von den Genossen in den Tod getrieben“ durch die bürgerliche Presse geht. Darin wird u. a. behauptet, der Beamte Grässer, der Selbstmord beging, sei der einzige Beamte der Freiburger Ortskrankenkasse gewesen, der sich nicht zur Sozialdemokratie bekannte. Deshalb sei er „zum Selbstmord getrieben worden“. Der „Freiburger Volkszeitung“ ging nun von den anderen Beamten der Ortskrankenkasse eine Verichtigung zu, die wohl ein für allemal die Verleumdungen zum Schweigen bringen möchte. Es wird darin von vier Innenbeamten dargelegt, daß sie der Sozialdemokratie angehören. Sie wiesen diese „Verächtigung“ zurück; ferner protestierten sie dagegen, daß Grässer mit Arbeitern überfordert gewesen sei. Die Beamten bekundeten weiter, daß entgegen der Befundung bürgerlicher Blätter kein Beamter vor seiner Anstellung nach seiner politischen Gesinnung gefragt worden sei. Außerdem wird noch bekannt, daß Grässer Mitglied des auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Verbandes der Krankenkassenangehörigen war.

Der Rückzug des Pfarrers.

Vor der Strafkammer in Brandenburg, als Berufungsinstanz, kam am Dienstag eine Privatklage zur Verhandlung, die unser Parteigenosse Uhrmacher Hoffmann aus Pövelsin gegen den in demselben Orte amtierenden Pfarrer von Bruch angebracht hatte. Zwischen dem Genossen H. und dem Pfarrer besteht seit längerer Zeit ein gespanntes Verhältnis, dessen Ursprung darin zu suchen ist, daß bei einer persönlichen Auseinandersetzung H. dem Pfarrer gegenüber sich als Sozialdemokrat bekannte. Bald danach erschien die Tochter des Pfarrers bei H. und übergab ihm im Auftrage ihres Vaters eine Nummer der „Täglichen Rundschau“, in der behauptet war, in der Stadtverwaltung von Pövelsin wäre ein eingelegte Korruption ausgebrochen und der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Semmel wäre als Betrüger entlarvt worden. Für die Zusendung revanchierte sich H. dadurch, daß er dem Pfarrer eine Nummer der „Berliner Volkszeitung“ zusandte, in der er einen Artikel über die Pövelsiner Kindermissionen mit der Randbemerkung „Christliche Pövelsiner“ versah. Der Pfarrer schickte das Blatt mit einigen beleidigenden Bemerkungen zurück. Zwei Monate später nahm der Pfarrer eine Gelegenheit wahr, den Genossen H. öffentlich gröblich zu beschimpfen, indem er ihm H. als „Lügner“ und „Gemeinheiter“ vorwarf. Dabei sprach er den Wunsch aus, daß H. ihn verklagen möge. Vor Gericht würde er die Flegelchen Hoffmanns aufdecken. Diesem Wunsche kam H. nach. Das Brandenburgische Schöffengericht, bei dem der Beklagte Widerklage erhoben hatte, sprach den Pfarrer frei, verurteilte aber den Genossen Hoffmann zu 40 Mark Geldstrafe und außerdem zur Tragung sämtlicher Kosten. Nach der Urteilsbegründung wollte der Pfarrer H. nur freundschaftlich belehren, H. dagegen habe den Pfarrer schwer beleidigt. — In der Berufungsverhandlung rief der Vorsitzende nach der Vernehmung des Pfarrers diesen zu einem Vergleich, denn das Urteil des Schöffengerichts sei nicht haltbar. Es entspräche nicht seinem Rechtsempfinden. — Nach längerer Verhandlung kam ein Vergleich zustande, in dem Pastor von Bruch erklärte, er bedauere die Worte, die er zu dem Privatkläger gesprochen habe. Hoffmann gab die Erklärung ab, daß er nicht seine Absicht gewesen sei, den Pastor von Bruch durch die Zusendung der Volkszeitung zu beleidigen. Die Kosten des Verfahrens übernahm der Pastor.

Der Ausgang des interessanten Streites wird dem Herrn Pfarrer von Bruch wohl darüber belehrt haben, daß es manchmal unangenehm werden kann, wenn man Sozialdemokraten mit Reichsverbandsblättern trifft.

Der Polizeispiegel.

Im November fand in Magdeburg eine öffentliche Agitationsversammlung der Schmiebe statt. Da die Versammlung sich nicht mit politischen Dingen beschäftigen sollte, wurde natürlich auch von einer polizeilichen Anmeldung abgesehen. Es fand sich aber zu der Versammlung ein Polizeispiegel ein, der der Polizei einen Bericht über die Rede des Referenten, Genossen Kaufsch, Gauleiter der Schmiebe, lieferte. Nach diesem Bericht hatte Kaufsch eine hochpolitische Rede gehalten, weswegen er und der Versammlungsleiter von der Polizei mit Strafmandaten bedacht wurden. Sie erhoben dagegen Einspruch und bestritten die Richtigkeit des Protokolls des Polizeispiegels. Das Schöffengericht Magdeburg vertagte infolgedessen die Verhandlung, um vom Polizeipräsidenten die Genehmigung einzuholen, daß der als Zeuge vernommene Kriminalkommissar Schneider den Namen des polizeilichen Vertrauensmannes nennen dürfe. Am Mittwoch fand die erneute Verhandlung vor dem Schöffengericht statt. Das Polizeipräsidentium hatte die Genehmigung nicht erteilt und so erkannte das Gericht gegen beide Angeklagte auf Freisprechung.

Soziales.

Zum Begriff „Betriebsunfall“.

Das Bestehen der Berufsvereinigungen, den Begriff „Betriebsunfall“ noch mehr einzulegen, illustriert folgendes Beispiel: Der Schmiebe J. erlitt am 1. März 1909 dadurch einen Unfall, daß er sich beim Händereinigen mit Sand, um die von Öl und Fett beschmutzten Hände zureinigen, sich an einem im Sande befindlichen Glassplitter ritzte. Dieser Vorgang ereignete sich, als J. des Mittags nach Hause gehen wollte. Die Hand schwellte an und es mußte sogar operativ eingegriffen werden.

J. erhob nunmehr bei der Schmiebe-Berufsvereingung Anspruch auf Entschädigung. Die Genossenschaft wies indes den Anspruch zurück. Zur Begründung führte sie aus: „Sie hatten zur Zeit Ihres Unfalls die Betriebsunfallversicherung beendet und bereiteten sich auf den Weg zur Wohnung vor. Die unfallbringende Tätigkeit muß daher als rein persönliche Angelegenheit angesehen werden.“ Gegen diesen Bescheid wurde Berufung beim Saebdengericht für Arbeiterversicherung für den Reg.-Bez. Potsdam eingelegt und

gestellt gemacht, daß der Unfall im Betriebe geschehen sei und zwar mit Material, das seitens der Firma geliefert wurde. J. somit den Gefahrenkreis des Betriebes noch nicht verlassen hatte. Außerdem war das Händereinigen mit Sand bedingt durch die Betriebsunfallversicherung, da es billigerweise dem Arbeiter nicht zugemutet werden kann, mit den von Öl, Fett und Schmirzleer starrten Händen zu Tisch zu gehen.

Das Saebdengericht erkannte an, daß ein Betriebsunfall vorliegt; für dessen Folgen die Genossenschaft einzutreten hatte. — Mit dieser Entscheidung gab sich die Genossenschaft zufrieden und zahlte dem J. die ihm zugesprochene 20prozentige Rente.

Bergarbeiterelend.

Sinkender Lohn bei steigenden Profitten — so charakterisiert sich am besten die gegenwärtige Lage im Bergbau. Die wirtschaftliche Lage des deutschen Bergbaus verzeichnet eine allgemeine, nicht unerhebliche Besserung gegenüber dem Vorjahre, die Kurse der Bergwerksgesellschaften steigen — aber die Löhne der Bergarbeiter sinken. Eine im „Reichsarbeitsblatt“ vom 22. Juni 1910 veröffentlichte Statistik vergleicht die Arbeiterlöhne des 1. Quartals 1910 mit denen des 4. Quartals 1909 und verzeichnet eine allgemeine Lohnsenkung, für die Schicht schwankend zwischen 1 bis 5 Pf. Auch die Zahl der Schichten hat sich gegenüber 1909 verringert, so daß die Gesamtlohnsumme beider Quartale im Vergleich eine bedeutende Verschlechterung des Arbeiterelends nachweist. So betrug z. B. die Gesamtlohnsumme pro Arbeiter im Quartal:

	4. Quartal 1909	1. Quartal 1910
Steinkohlenförderung:		
Ober-schlesien	246,00 M.	228,00 M.
Dortmunder Revier	346,00	324,00
Saarrevier	290,00	274,00
Braunkohlen:		
Saale	273,00	256,00
Lintrheinischer Bezirk	284,00	275,00
Erzbergbau:		
Ransfeld (Kupferschiefer)	264,00	261,00
Oberharz	231,00	221,00
Siegen	268,00	261,00

Die angegebenen Summen bezeichnen die „reinen“ Löhne, d. h. nach Abzug aller Knappschafts- und sonstigen Versicherungsbeiträge. Grubenbeamte, Aufseher, überhaupt alle Festbeschäftigten sind von der Statistik ausgeschlossen.

Wemerkenswert ist der geringe Lohn im Steinkohlenbergbau Oberschlesiens und im Erzbergbau des Oberharzes. Auch die staatlichen Gruben im Saarrevier stehen noch weit hinter den Dortmunder Steinkohlenwerken zurück. Das Sinken der Löhne wird naturgemäß verschärft durch die infolge der Steigerung der Lebensmittelpreise verursachte Verringerung der Kaufkraft des Geldes.

Die Arbeitszeit pro Schicht schwankt zwischen 6—12½ Stunden. In den schlesischen Steinkohlenrevieren sind zwölfstündige Schichten allgemein, 12½ Stunden verzeichnet die Braunkohlenförderung in Sachsen-Altenburg.

In der Beschäftigung weiblicher Arbeitskräfte stehen die ober-schlesischen Gruben nach wie vor oben, sowohl hinsichtlich der Zahl der Beschäftigten — 5 Proz. der Belegschaft sind Frauen —, als mit der schlechten Bezahlung. Dort wird der geringste Lohn für weibliche Arbeitskräfte bezahlt, nämlich 1,25 M. pro Schicht. Die Löhne jugendlicher Arbeiter unter 16 Jahren schwanken zwischen 2,57 bis 1,20 M. pro Schicht.

Die Gesundheit der Bergarbeiter geht unter diesen Umständen bedenklich zurück. Unterernährung und harte Arbeit bei langer Arbeitszeit drücken das Durchschnittsalter der Bergleute auf 44 Jahre herab. Der Bochumer Knappschaftsverein gab ein Sinken der Lebensaltergrenze von 49 auf 41 Jahre für den Zeitraum von 1891 bis 1906 an. Die Zahl der Unfälle, besonders der schwereren, die tödlich verlaufen, mehren sich von Jahr zu Jahr. So verunglückten tödlich: 1906: 1211; 1907: 1743; 1908: 1669. Im ganzen haben seit 1886 an 25 000 Bergarbeiter in den Gruben ihr Leben gelassen.

Die preussische Regierung hat für die Klagen der Bergleute kein Verständnis. Das beweist das Verhalten des Handelsministers Delbrück bei der Besprechung der Rabbob-Katastrophe. Unter seinen Umständen wollen die Herren sich die Kunst der Gruben-gewaltigen verschärfen. Die Kontrolle der Gruben durch unabhängige Vertrauensleute der Arbeiter, der wichtigste und zunächst notwendige Schritt zur Verringerung der furchtbaren Gefahren der Grubenarbeit, lehnt die Regierung ab, weil dadurch der soziale Frieden gefährdet würde, d. h. weil eine solche Kontrolle den Grubenherren unangenehm wäre. Wo die gebildeten Bergarbeiter zur Selbsthilfe gegen ihre Ausbeuter schreiten, da stellt die Regierung ihnen Nachsichtsgewehre gegenüber.

Aber das Elend wächst und mit ihm die Erkenntnis der Erz- und Kohle fördernden Arbeiter, daß sie im Klassenkotte leben, der ihrer Arbeit nicht bedarf, der ohne sie stille stehen könnte, der aber für Arbeiterlohn und Arbeiterwohl im Interesse des Kapitals kein Verständnis hat. Der Weg, den die Arbeiter zu gehen haben, ist der Weg des Klassenkampfes. Das zeigt ihnen ihre wachsende Einsicht in die Lage der Dinge.

Aus Industrie und Handel.

Die Kontingentierung des Kalisalzes.

Der Bundesrat hat beschlossen, die Gesamtmenge des auf die Kalisalzwerke für die Zeit vom 1. Mai bis zum 31. Dezember 1910 entfallenden Absatzes von Kalisalzen wie folgt festzusetzen:

	Inland	Ausland
Carnallit mit mindestens 9% und weniger als 12% K₂O	80 500	1 100
Rohsalz mit 12 bis 15% K₂O	1 265 200	796 000
Düngesalz mit 20 bis 22% K₂O	5 800	110 800
Düngesalz mit 22 bis 32% K₂O	8 200	90 200
Düngesalz mit 40 bis 42% K₂O, einschließlich Kalidünger mit 38% K₂O	875 400	147 600
Chloralium	352 500	557 800
Schwefelkalk mit über 42% K₂O	10 200	222 000
Schwefelkalkmagnesia	1 000	46 400
	2 043 800	1 981 400
	4 025 200	

Die Zollserhöhungen auf Schamwein und Spirituosen.

Der Handelsvertragsverein schreibt uns: Die Ankündigung des Inkrafttretens der Zollserhöhungen auf Schamwein und Spirituosen mit dem 1. Juli d. J. ist bedauerlicherweise erst in letzter Stunde, 14 Tage vor dem Ablauf der Frist, durch verbindliche offizielle Pressemeldungen erfolgt und der deutschen Geschäftswelt ganz überraschend gekommen, umso mehr als irgend welche Verhandlungen mit den in erster Linie zuständigen Interessentvertretern über die Zweckmäßigkeit dieser vielleicht folgenreicheren Maßnahme überhaupt nicht stattgefunden haben. Weder der Deutsche Handelsvertrag, noch der Deutsch-französische Wirtschaftsverein, noch der Handelsvertragsverein, noch der Zentralverband deutscher Industrieller haben sich bisher mit diesen Zollserhöhungen einverstanden erklärt oder gar die deutsche Regierung dazu aufgefordert. Abgesehen vom Bund der Industriellen dürfte einzig das Bortum des Wirtschaftlichen Ausschusses in diesem Sinne ausgefallen sein, doch kann diese Körperschaft wirklich nicht als legitimierte Vertretung von Handel und Industrie angesehen werden. Es muß von neuem berechnete Mithimmung in Handel und Industrie hervorgerufen, wenn in einer so wichtigen Frage die zuständigen Interessentvertretern

büßig übergegangen werden, ein Verfahren, das unserer Wirtschaftspolitik nicht zum Segen gereichen kann.

Begründet wird diese „zeitweise Aufhebung einer besonderen Vergünstigung“ mit den ungünstigen finanziellen Ergebnissen der Reichsfinanzreform, die es nicht zulasse, daß das Reich auf irgend welche Einnahmen aus den damals festgelegten Zollserhöhungen länger verzichtet. Wir halten es jedoch nicht für ausgeschlossen, daß sich der Reichstag hier vielleicht ebenso wie bei anderen Teilen der Reichsfinanzreform etwas verrechnet hat. Die Zollserhöhungen sind durchweg so erheblich, daß man mit einem erheblichen Einfuhrrückgang in Spirituosen und Schamwein rechnen muß, dessen Folge leicht sein könnte, die erhoffte erhebliche Mehreinnahme in eine Mindereinnahme zu verwandeln. In diesem Falle darf man wohl erwarten, daß der Bundesrat alsbald von seinem Beschlusse Gebrauch macht und die Zölle wieder auf ihren früheren Stand ermäßigt. Wir erinnern zum Beispiel daran, daß, als am 1. Juli 1900 der Zoll auf ausländischen Wein erhebt erhört wurde, der Verbrauch davon, der in den Jahren 1893/94—1898/1900 durchschnittlich 86 950 Hektoliter betragen hatte, so stark zurückging, daß er 1907/08 erst wieder 29 200 Hektoliter erreichte, trotzdem inzwischen die Bevölkerung eine Zunahme von acht Millionen Menschen erfahren hatte. Der Zollbetrag, der 1892/93 noch 7,18 Millionen Mark betragen hatte, erreichte 1906/07 und 1907/08 erst wieder 6,72 und 6,68 Millionen Mark. Die Zollserhöhung hatte also das Zolltragnis schwer geschädigt.

Sollte aber die gefasste Mehreinnahme wirklich eintreten, so wäre doch reiflich zu erwägen, ob nicht möglicherweise der Schaden, der uns aus dieser Maßnahme erwächst, den bestenfalls recht geringfügigen finanziellen Vorteil erheblich überwiegt. Gewiß ist es eine ganz verkehrte Auffassung, wenn man in Frankreich diese Zollserhöhungen als eine Antwort auf die französische Tarifreform hinstellt und gegen diese „deutsche Repressalie“ auf das lebhafteste protestieren zu müssen glaubt; besonders bedauerlich ist es, daß dieser Anlaß von chauvinistischer Seite benutzt wird, um mit allen Mitteln zum Zollkrieg gegen Deutschland zu schüren. Wenn man auch von der Einsicht der maßgebenden Stellen in Frankreich erwarten darf, daß sie den chauvinistischen Bestrebungen nicht nachgeben und etwa Repressalien gegen Deutschland ergreifen, die zu ernstlichen handelspolitischen Verwicklungen führen könnten, so sind doch handelspolitische Bestimmungen zu befürchten, die sich zunächst in einer weiteren Verschärfung der vielfach beklagten französischen Zollschikanen äußern könnten, worauf dann wieder eine deutsche Antwort nicht ausbleiben würde.

Am besten wäre es zweifellos, wenn eine feste Abmachung auf mehrere Jahre zwischen der deutschen und französischen Regierung zustande käme. Der Export von Wein, Sekt, Cognac und Likören nach Deutschland ist für Frankreich wichtig genug, daß sich die französische Regierung für seine Erleichterung und Sicherung zu gewissen Gegenleistungen entschließen könnte. Und Klagen deutscher Exporteure nach Frankreich, deren Remedur man dagegen austauschen könnte, gibt es ja genug — von den Zollfragen des neuen französischen Tarifs ganz abgesehen. Es sei nur an die Handhabung des Importvermerks, an die Unzulänglichkeiten des gegenwärtigen Deklarations- und Exportverfahrens und dergleichen mehr erinnert.

Wasserkräfte und Stickstoffindustrie.

Zu dem Thema: „Die Wasserkräfte Norwegens im Dienste der Stickstoffindustrie“, machte Herr Prof. Holz-Nachen in der Jahresversammlung des Vereins deutscher Ingenieure in Danzig folgende Ausführungen:

Norwegen ist reich an bedeutenden Wasserkräftemöglichkeiten, die den Ausbau der Wasserkraft mit sehr niedrigem Anlagencapital gestatten. Der planmäßige Ausbau der Wasserkräfte benötigte die Schaffung und Ausgestaltung von Industrien, die die Kraft verwenden sollten. Unter den in Frage kommenden Industrien steht gegenwärtig die Stickstoffindustrie im Vordergrund. Der Bedarf an Stickstoff ist sehr groß, vor allem in der Landwirtschaft. Der Stickstoff wird heute wesentlich in der natürlichen Form des Chilisalpeters beschafft. Deutschland hat 1906 für 120 Millionen Chilisalpeter eingeführt, und zwar etwa 600 000 Tonnen zu 200 M. Von den 600 000 Tonnen verwendete die Landwirtschaft 450 000 Tonnen. Nach einer Berechnung benötigt die Landwirtschaft der Erde im ganzen etwas mehr als 8 Millionen Tonnen Salpeter. Chile liefert heute etwa 2 Millionen Tonnen jährlich für 850 Millionen Mark. Der Bedarf und der Export Chiles wächst stetig. Wichtig ist dabei, daß der natürlich vorkommende Chilisalpeter den Bedarf nur für absehbare Zeit decken kann, man hat 25—30 Jahre berechnet. Der Wert des Chilisalpeters wird durch seinen Gehalt an Stickstoff dargestellt. Dieser macht etwa 13,5—20 Proz. des Salpeters aus. Es haben sich industrielle Verfahren ausgebildet, um künstlich den Stickstoff der Luft in greifbare Form zu bringen und ihn so für die Benutzung bereitzustellen. Unter diesem Verfahren stehen zwei im Vordergrund: das deutsche Verfahren nach Frank-Caro und das norwegische nach Winkler-Edde. Das deutsche Verfahren besteht aus zwei Stufen: in der ersten Stufe wird in üblicher Weise Karbid hergestellt, in der zweiten Gruppe wird das Karbid zu dem Enderzeugnis Cyanamid veredelt; das Endergebnis hat den Marknamen Kalisalz. Das norwegische Verfahren stellt in einer Arbeitsstufe unmittelbar den Kalis- oder Korgesalpeter her. Der Stickstoffgehalt dieser Kammerezeugnisse ist ähnlich dem des Chilisalpeters. Seit einer Reihe von Jahren ist neben dem norwegischen Verfahren ein gleichfalls einstufiges Verfahren verwandter Art in den Vordergrund getreten, nämlich das der Badischen Anilin- und Sodafabrik, das namentlich mit dem Namen Schönderr in Verbindung steht. Sämtliche genannten Verfahren haben die norwegischen Wasserkräfte in der jüngeren Zeit in hohem Maße genutzt. Bei einem Unternehmen nach Frank-Caro sind die beiden Stufen örtlich getrennt, an beiden Stellen werden Wasserkräfte verwendet. Die eigentlichen norwegischen Unternehmungen nach Winkler-Edde betätigen sich vor allem im Gebiet des Stensflusses, es sind aber auch bedeutende Wasserkräftemöglichkeiten in anderen Gegenden Norwegens angegeschlossen. Die Unternehmungen nach diesem Verfahren haben 1905 zur Bildung einer norwegisch-französischen Gesellschaft geführt, die den geäußerten Namen Korsk-Hydro hat. Diese hat die Kraftanlage Svalgsfos mit 47 Meter Gefälle und 40 000 PS Leistung gebaut und 5 Kilometer talabwärts in Retebden eine Salpeterfabrik, die jene 40 000 PS nach elektrischer Übertragung zur Herstellung von Korgesalpeter benutzt.

Der Korgesalpeter stellt sich dar als großartige Masse, bestehend aus Kalis, an dem mittels elektrotechnischen Verfahrens der Stickstoff der Luft gebunden ist. Der in Retebden seit 1907 erzeugte Korgesalpeter ist heute in Deutschland wohl bekannt. Die norwegische Unternehmung wandte sich dann dem Gedanken zu, für die Stickstoffindustrie die ungewöhnlich große Wasserkraft auszubauen, die im Gebiet des Stensflusses weiter oberhalb bei dem Wasserfall Kjukanfos bereit stand. Zur Durchführung dieses größeren Unternehmens schloß sich noch 1907 die Gesellschaft Korsk-Hydro mit dem durch die Badische vertretenen deutschen chemischen Konzern zusammen. Dieser Zusammenschluß erhielt greifbare Formen durch Bildung zweier Teilvereinigungen: der Gesellschaft Korsk Kraft mit 16 Millionen Kronen und der Gesellschaft Korsk Salpeter mit 18 Millionen Kronen. Die „Korsk Kraft“ führt die Wasserkraftanlage Kjukanfos aus, die „Korsk Salpeter“ die nahe gelegene zugehörige Salpeterfabrik. Beide Anlagen sollen im Laufe dieses Jahres fertig werden. Die norwegische Unternehmung beabsichtigt bis zum Jahre 1920 im Gebiet des Stensflusses im ganzen etwa 600 000 PS für die Stickstoffindustrie auszubauen. Diese 600 000 PS würden 800 000 Tonnen Salpeter jährlich erzeugen, das ist die Hälfte des heutigen Bedarfs in Deutschland. Ganz Norwegen würde etwa 4 Millionen PS be-

Theater und Vergnügungen

Freitag, den 1. Juli.
Anfang 7 Uhr.
Neues Königl. Opern-Theater.
Die Weibsfinger von Nürnberg.
Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Die Laune des Verliebten. Judith und Holofernes.
Kamerispiele. Liebeswälder.
Festung. Katernenluft.
Komische Oper. Der Regimentspapa.
Neues Schauspielhaus. Der Heger.
Kleines. Nur ein Traum. (Anfang 7 1/2 Uhr.)
Berliner. Taifun.
Neues Operetten-Theater. Der Graf von Zugenburg.
Thalia. Charles Lante.
Gebbel. Wenn gehört Helene? Kaffeehaus. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Schiller O. (Schiller-Theater.) Die Förster-Christi.
Schiller. Charlottenburg. Der Bibliothekar.
Griechisch. Wilhelmshäufisches. Scharif Holmes.
Note. Der Gesundheits.
Zaisen. Der Graf von Monte-Christo.
Süßpielhaus. Das Leutnantsmündel.
Metropol. Hallo!!! — Die große Revue.
Soltes Caprice. Pariser Ehen. Das Veröhnungsfest. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Apollo. Spezialitäten.
Vokale. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Walhalla. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Karl Haberland. Spezialitäten.
Prater. Im Reiche des Mars.
Urania. Tausendfüßler 48/49.
Abends 8 Uhr: Von der Zugspitze zum Watzmann.
Sternwarte. Zwölfst. 57—62.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstr. 48/49.
Heute Freitag 8 Uhr:
Von der Zugspitze zum Watzmann.



La Tortajada
in ihrer neuesten Schöpfung:
„Abenteuer eines Toreros“.
Amann
Mimiker und Charakteristiker.
De Dio
Phantasie-Tänzerin
sowie
die sensationellen Attraktionen
des Juli-Programms!

Passage-Theater.
Heute Premiere!
Senor Ordone
der spanische Caruso
und seine Gesellschaft.
Toni Thoms.
Pierot als Klavierhumorist
und das große Juli-Programm.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Schiller-Theater.)
Gottschald-Oper.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Förster-Christi.
Operette in 3 Akten von Bernhard Süßbinder. Musik von Georg Jarro.
Ende 10 1/2 Uhr.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Troubadour.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
bei ermäßigten Preisen:
Der Freischütz.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Förster-Christi.
Schiller-Theater (Charlottenburg).
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Bibliothekar.
Schwank in 4 Akten v. Gustav Moser.
Ende 10 1/2 Uhr.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die von Hochsattel.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die von Hochsattel.

Brauerei Friedrichshain
Am Königstor.
Täglich: **Große Militär-Konzerte.**
Jeden Dienstag nachmittags 3—6 Uhr:
Frei-Vorstellung
der beliebten
Apollo-Sänger.

Achtung! Diez' nur Achtung!
Seeterrasse Lichtenberg
Röderstraße 11/13. Zwischen Landsberger Allee und Röderplatz.
Größtes und schönstes Lokal Berlins.
Bei ungünstiger Witterung Schutz für 8000 Personen. — Täglich:
Ob schön! ob Regen: **Gr. Konzert.** Aufstehen der besten Turmfeilkünstler der Welt The Liepoltz sowie der neuesten und größten Sensationen der Gegenwart: Die Reise um die Erde in **Saltomortale v. 10 Meter Höhe** mit dem Fahrrad in den See.
3 Coss, die phänomenalen Exotrio-Casadors? Die fünf Sinne? Borzüglicher automatischer Scherz. — Warga Parlesky, brillanter Musikal-Transformationsakt. — M. Marins, hervorragende Burlesque-Pantomime-Duett. **Krill.** — **Leopold Rosser,** Original-Humorist mit ihren wunderbaren aktuellen politisch-satirischen Schlagern und das neue beste Programm Berlins.
Jeden Sonntag:
Riesen-Land- und Wasser-Feuerwerk.
Anfang 3 Uhr. Wochentags 4 Uhr. Gesamteintritt 20 Pf. Kinder frei.

„Pharus-Sommer-Theater“
Besitzer: Max Ludwig. Art. Leitung: Max Reinhart
Berlin N., Müllerstr. 142.
Täglich: Im herrlichen Naturgarten Bei Regen im Theatersaal!
Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung
20 Künstler-Attraktionen. Stets wechselndes Familien-Programm.
Außerdem jeden Freitag: **Die beliebten Apollo-Sänger.**
Anfang Sonntags 4 Uhr. Wochentags 6 Uhr.

Sung-Park
TERRASSEN
HALENSEE
Größter Vergnügungspark
des Kontinents.
Originelle Attraktionen. Die gr. Sehenswürdigkeit Berlins.
Sonnabend, den 2. Juli:
Elite-Tag! Großes Monster-Konzert!
ausgeführt von 3 Militärkapellen u. d. Translatour-Orchester.

Folies Caprice
Anfang 8 1/2 Uhr.
Pariser Ehen.
Der Athlet.
Die keusche Coinette.
Das Veröhnungsfest.

Vereins-Brauerei
Rixdorf, Hermannstr. 214/219.
Oekonom: Max Wendt.
Täglich:
Gr. Militär-Konzert.
Anfang wochentags 7 Uhr.
Sonntags 4 Uhr.

Bellevue Woltersdorfer Schleuse,
empfiehlt sich zu Dampferpartien. 24656*
Großer Parkettsaal. Garten direkt am See.
Restaurant „Waldidyll“ Schmöckwitz.
Angenehmer Aufenthalt. Am „Lange See“ und unmittelbar am Walde gelegen. — Seeterrassen; herrliche Fernsicht. — Seebadeanstalt für Herren und Damen. — Tanzsaal. — Verleihung von Ruder- u. Segelbooten. — Gute Verbindung: Eisenbahnstation Eichwalde, sowie stündlicher Motorbootverkehr (20 Min.) mit Oranien (Hägerheim).
Ausflüglern, Vereinen, Gesellschaften und Familien hält sich bestens empfohlen.
Ww. Marie Lorens Nachf. **Ernst Noack.**
(Telephon: Reuthen 31.)

Neue Freie Volksbühne
Extra-Vorstellung im Neuen Operetten-Theater
Sonntag, den 3. Juli, nachmittags 3 Uhr:
Die Dollarprinzessin
Operette in drei Akten von Leo Fall.
Karten a 1,50 M. inkl. Zettel und Garderobe sind für Mitglieder und Gäste in allen Zahlstellen und in der Geschäftsstelle, Köpenicker Straße 68, zu haben. 150/2*
Der Vorstand.
S. U. : J. West.

Gr. Berliner Kunstausstellung 1910
30. April bis 2. Oktober.
Im Park täglich Doppel-Konzert.
Eintritt: 10—6 Uhr 1 M., v. 6 Uhr ab 50 Pf., Sonntags 50 Pf. Dauerl. 6 M.
Ausstellungshallen-Kino am Zoo
Nachm. 6 Uhr: Mit Sven Hedlin durch Zentral-Asien. 0,20, 0,30, 0,50, 1 M.
Abends 8 Uhr: Mit Sven Hedlin durch Zentral-Asien.
Samurun. 0,50, 1.—, 2.—, 3M.
Für Abends: Vorverkauf bei Wertheim, Leipzigerstraße und sämtlichen Vorverkaufsstellen.

Große Ausstellung für Bauindustrie u. Feinkeramik
Baumschulenweg bei Berlin.
Stadtbahnstation, 25 Minuten vom Bahnhof Friedrichstraße.
Täglich von 10—8 Uhr geöffnet.
Eintritt 1 M., Sonntags 50 Pf.
Der Clou der Ausstellung: **Römische Villa mit Kaiserpalast.**

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich:
Großes Militär-Doppel-Konzert
Eintritt 1 Mark.
von abends 6 Uhr ab 50 Pf. Kinder unter zehn Jahren die Hälfte.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/49.
Täglich:
Konzert, Theater, Spezialitäten.

CIRCUS
Cyrril Haté
Das Monstrum aller europäisch. Zeit-Circusse
Nur kurze Zeit!
Rixdorf-Berlin, Pflügerstr.
Telephon: Rixdorf 806.
Freitag, den 1. Juli, abends 8 1/2 Uhr:
Elite-Abend
mit dem vom Publikum und Presse als absolut erstklassig und bisher unerreicht anerkannten Weltstadt-Programm!

Schweizer Garten
Am Königstor — Am Friedrichshain.
Täglich:
Theater- u. Spez.-Vorstellung.
U. a.: Filzners Wanderzirkus. Jeden Abend **Prinz Pinne.** 7/10 Uhr:
Gr. Ausstattung-Oper. m. Ballett. Jeden Mittwoch: Kinderfest. Volksbelustigungen. Tanz.
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.

Walhalla-Variete-Theater
Weinbergsweg 19-20, Rosenthaler. Abends 8 Uhr:
Das großartige Variete-Programm

Puhlmanns Theater
Schönh. A. 148 — Kastanien-A. 97/99.
Großer Programmwechsel!
Vollständig neue Spezialitäten!
G. Gibson, humoristisch. Balancanz.
Marg. Gilton, Tauben-Dressurakt.
Atlantio-Trio, Voltigeure.
Max Alexander, Baudeubner.
Mara Bianco, Transformationsakt.
Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 20—30 Pf.
Sonnab. u. Feiertagen gütlich.
Sonnabend: Die oberen Zehn-Tausend.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Zum Schluss:
Künstler d. Landstraße.
Hr. Burleske von Moysal.
Anfang wochentags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Max Klems Sommertheater
und Festsäle.
Inh.: Rudolf Krüger.
Hasenholde 13, 15, vis-à-vis v. Turnpl.
Täglich:
Große Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Artist. Leitung: Walter Gräventz, Kapellmeister: Max Wolffheim.
Jeden Donnerstag: **Elite-Tag!**
Anfang: Wochent. 6 Uhr, Sonnt. 7 1/2 Uhr.

Berliner Prater-Theater
Kastanienallee 7—9.
Täglich:
Im Reiche des Mars
Spezialitäten, Konzert u. Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

BBB
Brunnenstraße 10.
Das neue Riesen-Programm.
Lehrreich
Unterhaltend
Amüsant.
Gr. Orchester. Saal u. Garten.
Eintritt 30 Pf.

Victoria-Brauerei, Lützowstr. 111/112
Im Garten oder Saal: Täglich
Gr. humorist. Soiree.
(Gesangsvorträge, Theater und Variete-Vorstellungen.)
Sonntags, Dienstags, Donnerst. und Sonnabends: Tanzkränzchen.
Anf.: Wochentags 8, Sonntags 7 Uhr. — Alle Dons gütlich.
Im Restaur.: Mittagsisch 75 Pf.
Gr. u. K. Säle zu Grillplätzen aller Art.
Max Saeger.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Lessing-Theater.
Täglich 8 Uhr:
Kasernenluft.

Berliner Theater.
Heute 8 Uhr: **Taifun.**
Morgen: **Taifun.**

Neues Operetten-Theater.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Graf von Zugenburg.
Sonntag nachmittags 3 Uhr zu ermäßigten Preisen: **Die Dollarprinzessin.**

Lustspielhaus.
Abends 9 Uhr:
Das Leutnantsmündel

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Der Gesundheits
Schwank in 3 Akten von H. D. Heber.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 1/2 Uhr.
Auf der Gartendüne: Neues Programm. Theater-Vorstellung. Spezialitäten. Großes Konzert. Anfang 4 1/2 Uhr.

Metropol-Theater
Hallo!!!
Die große Revue!
In 8 Bildern von Jul. Freund.
Musik v. Paul Lincke. In Szene gesetzt von Dir. Rich. Schultz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Apollo Theater
Anfang 8 Uhr.
Das vollständig neue Programm!
9 1/2 Uhr: 9 1/2 Uhr:
5 Korinnas 5
9 1/2 Uhr: 9 1/2 Uhr:
Sensationell!!! Sensationell!!!
Schimpanse — Grang-Kiang als Tandemfahrer.
10 Uhr: 10 Uhr:
Holland im Orient.
Variete-Operette — ohne Männer — dargestellt von
18 Holländerinnen
U.S.W. U.S.W. U.S.W.

Königstadt-Kasino.
Solmanstr. 27, Ecke Alexanderstr. (Inhaber: Max Schindelhauer.)
Im herrlichen Naturgarten täglich:
U. a.: Elise Wulfonia, Soubrette.
Paul Mattiacci, Baudeubner.
Emmy und August Clever, das kleinste Duettchenpaar der Welt.
Anf. Wochent. 7 1/2, Sonnt. 5 Uhr.

Sommer-Theater Café Bellevue
am See und
Bahnhof Stralau-Rummelsburg.
Täglich:
Spezialitäten
Theater, Konzert.

Hermann Ramlovs „Kastanienwäldchen“
Schönholz
Endhaltestelle der Straßenbahnlinien 36, 37, 38 u. 8 sowie 3 Minuten vom Bahnhof Schönholz. 5785L*
Jeden Sonntag **Künstlerkonzert** bei freiem von 3 Uhr ab: Eintritt.
Im Parkett-Spiegelsaal: **Großer Ball** bei stark besetztem Orchester.
Empfehle den geehrten Vereinen und Gesellschaften meine Lokalitäten, Saal m. Theaterbühne zur gef. Benutzung.

Bellevue Woltersdorfer Schleuse,
empfiehlt sich zu Dampferpartien. 24656*
Großer Parkettsaal. Garten direkt am See.
Restaurant „Waldidyll“ Schmöckwitz.
Angenehmer Aufenthalt. Am „Lange See“ und unmittelbar am Walde gelegen. — Seeterrassen; herrliche Fernsicht. — Seebadeanstalt für Herren und Damen. — Tanzsaal. — Verleihung von Ruder- u. Segelbooten. — Gute Verbindung: Eisenbahnstation Eichwalde, sowie stündlicher Motorbootverkehr (20 Min.) mit Oranien (Hägerheim).
Ausflüglern, Vereinen, Gesellschaften und Familien hält sich bestens empfohlen.
Ww. Marie Lorens Nachf. **Ernst Noack.**
(Telephon: Reuthen 31.)

Arbeiter-Bekleidung — Berufskleidung.
Größtes Spezialgeschäft.
Kohnen & Jöring, Haupt Alexanderstr. 12.
Landsberger Allee 148. Rixdorf: Bergstr. 66.

Partei-Angelegenheiten.

4. Wahlkreis. Am Sonntag, den 3. Juli, findet in den Lokalen Seeterrasse, Lichtenberg, Bellevue, Kummelsburg am See, Ludwigs Viktoriagarten, Trepptom, und Alte Tavernen, Stralau, das Sommerfest statt.

Charlottenburg. Am Dienstag, den 5. Juli, findet im großen Saale des Volkshauses, Rosinenstraße 3, eine öffentliche Protestversammlung gegen die geplante Reichsversicherungsordnung statt.

Heute Freitag abend findet hierzu von den bekannten Stellen aus eine Flugblattverbreitung statt. Es ist daher dringend notwendig, daß jeder für die Verbreitung seine Schuldigkeit tut.

Der Vorstand des Wahlvereins: A. Will.

Der Obmann der Gewerkschaftskommission: W. Richter.

Rixdorf. Heute abend 8 1/2 Uhr findet in Hoppes Festsaal, Hermannstr. 49 (kleiner Saal), für die Teilnehmer des verlossenen naturwissenschaftlichen Kurses des Genossen Engelbert Graf eine Besprechung statt über einen event. Ausflug nach den Hübbersdorfer Ralkbergen mit anschließender Exkursion.

Der Bildungsausschuß.

Schlendorf (Wannesebahn). Die geplante öffentliche Versammlung am kommenden Sonntag, den 3. Juli, kann umständehalber nicht stattfinden. Näheres geht den Parteigenossen noch zu.

Der Vorstand.

Baumshulenberg. Das am Sonntag, den 26. Juni, verregnete Waldfest wird Sonntag, den 3. Juli, fortgesetzt. Abmarsch vom Lokal Ernst- und Marienthaler Straße-Ecke um 8 Uhr. Säuber und Lohse behalten Gültigkeit.

Marienthal. Am nächsten Dienstag findet bei Preuß, Aurfürststraße, eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Landtagsabgeordneter Genosse Hoffmann über „die Kirche im Zwangsstaat“ sprechen wird. Hierzu findet am Sonntag früh 8 Uhr von den bekannten Bezirkslokale aus eine Flugblattverbreitung statt.

Der Vorstand.

Spandau. Am Sonntag, den 3. Juli, morgens 7 1/2 Uhr, findet von den Bezirkslokale aus eine wichtige Flugblattverbreitung statt.

Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Die Stadtverordneten

hatten gestern in ihrer letzten Sitzung vor den Ferien eine lange Reihe von „Resten“ aufzuarbeiten. Darunter war noch manche wichtige Sache, die zu anderer Zeit vielleicht mit mehr Bedacht erledigt worden wäre. Es ist überhaupt Brauch im Magistrat, kurz vor den Sommerferien noch schnell aus allen Winkeln alles zusammenzufischen, was der Friedigung harret, und es den Stadtverordneten für ihre letzten Sitzungen zu servieren.

Hierzu gehört die Vorlage über die Schaffung eines neuen Gemeindefriedhofes, die nicht mal einer Ausschussberatung gewürdigt worden wäre, wenn nicht die sozialdemokratische Fraktion darauf gedrungen hätte. Gestern führte Genosse Borgmann aus, daß auch im Ausschuss die Beratung nicht so sorgfältig gewesen ist, wie die Rücksicht auf die Bevölkerung es erfordert hätte. Der Magistrat gab durch Stadtrat Raft eine nichtsagende Antwort, und dann wurde, wie der Ausschuss es empfahl, die Vorlage angenommen.

Vorher wurde der von Freisinnigen eingebrachte Antrag über die Einföhrung der Feuerbestattung verhandelt, der als Frucht einer kürzlich von unseren Genossen gegebenen Anregung zu betrachten ist. Der Antrag fand nur Befürworter; er ersucht den Magistrat, bei der Staatsregierung vorstellig zu werden und eine entsprechende Aenderung des Gesetzes zu fordern. Für die sozialdemokratische Fraktion unterzog Genosse Manasse sich der kaum noch nötigen Aufgabe, den Nachweis zu führen, daß alle die üblichen Einwendungen gegen die Feuerbestattung hinfällig sind. Der Antrag wurde — scheinend einstimmig — angenommen.

Zu den wichtigen Angelegenheiten, die leider erst kurz vor Loreßschluß an die Stadtverordnetenversammlung gelangt sind, gehört auch die Vorlage über den Vertrag mit den Abminimierten, die dem Viehhof angegliedert sind. Genosse Burem legte dar, daß in dem Vertrag, wie der Magistrat ihn vorschlägt, die Interessen der Stadt keineswegs hinreichend gewahrt sind. Man müsse daher fordern, daß die Sache zunächst einem Ausschuss überwiesen werde, der dann natürlich erst nach den Ferien an seine Arbeit gehen könnte. Wurm hob auch hervor, daß alle Verdrießlichkeiten und Schwierigkeiten, die von solchen Betrieben ausgehen, am leichtesten beseitigt werden könnten, wenn die Stadt selber sie übernehme. Aber das ist eine Forderung, die natürlich dem Stadtfreisinn nicht in seinen Kram paßt. Die Ausschussberatung wurde beschlossen.

Der letzte Teil der Sitzung brachte die Beratung eines von der sozialdemokratischen Fraktion gestellten Antrages, der sich gegen den nächtlichen Apothekenzustand aussprach. Genosse Jadel beleuchtete den unhaltbaren Zustand, der durch diese vom Polizeipräsidium verdruckweise bewilligte „Reform“ geschaffen worden ist. Er kam zu dem Schluß, daß vielleicht die Stadt für die Arzneibeschaffung bei Nacht werden sorgen müssen, wie sie schon an der Sorge für Beschaffung ärztlicher Hilfe bei Nacht sich beteiligt. Viel Freunde fand der Apothekenschluß auf keiner Seite. Selbst Stadtverordneter Kuhlmann, der den Apothekern nahe steht, hatte nicht den Mut, den dadurch geschaffenen Zustand allzu sehr zu beschönigen. Der Antrag wurde angenommen; sein an den Magistrat gerichtetes Ersuchen, entsprechende Schritte zu tun, wird hoffentlich baldigt befolgt werden.

Den Schluß der Sitzung sollte ein noch im letzten Augenblick eingebrachter dringlicher Antrag der sozialdemokratischen Fraktion machen, der von dem Magistrat die schleunige Aufhebung der über den Arbeiter-Turnverein „Fichte“ verhängten Turnhallensperre fordert, nachdem nunmehr durch Entscheidung des Reichsgerichts der letzte Vorwand für diese blamable Maßregel genommen worden ist. Ein Freisinniger erhob Widerspruch gegen sofortige Veratung, und so mußte die Beratung geschäftsordnungsmäßig der nächsten Sitzung zugewiesen, d. h. bis nach den Ferien verschoben werden. Das war kein rühmlicher Abschiedsgruß der Mehrheit der in die Ferien gebenden Stadtverordnetenversammlung.

Turnverein „Fichte“ und die städtischen Turnhallen.

Die sozialdemokratische Fraktion der Stadtverordnetenversammlung hat folgenden Antrag eingebracht:

In Erwägung, daß durch Reichsgerichtsurteil vom 28. Juni 1910 der Erlaß des Kultusministers als ungesetzlich erklärt worden ist, nach welchem die Erteilung von Turnunterricht in Turnvereinen an nicht mehr schulpflichtige Personen von einem Erlaubnischein abhängig gemacht wurde, ersucht die Versammlung den Magistrat, dem Turnverein „Fichte“ die städtischen Turnhallen wieder zur Verfügung zu stellen.

Der Antrag wird erst nach den Ferien verhandelt werden.

Abreise von Ferienkolonisten. 1003 Berliner Ferienkolonisten wurden gestern vormittag vom Stettiner Bahnhof ab nach Mecklenburg, Pommern und der Insel Rügen befördert. Mit den Kindern waren zahlreiche Angehörige erschienen, die auf dem Bahnhofe den kleinen schon ungebüß auf Abfahrt wartenden Lieblingen noch manche Verhaltungsmaßregel und kleine Lederbissen mit auf die Reise gaben. Der erste Zug nach Rostock verließ pünktlich um 8 51 Uhr die Halle; er entführte 620 Kinder. Der zweite mit 682 Kolonisten dampfte um 9 31 Uhr nach Stralsund ab. Vorher mit fahrplanmäßigen Zügen waren schon 100 Mädchen nach Demmin und anderen Orten in Pommern gefahren und 80 Knaben nach Gielow und Riebigberg am Rügen. Heute morgen früh 7 50 Uhr werden 150 Knaben nach Stolberg expediert und am 4. Juli 1180 Kinder von verschiedenen Bahnhöfen nach Schlesien, Sachsen, Thüringen, dem Harz usw., denen dann am 6. und 11. Juli weitere 400 Kinder folgen. Dazu die große Menge der übrigen Reisenden, die zu Tausenden in die Sommerfrische eilen oder nach Berlin kommen.

Die Deputation für die städtischen Fach- und Fortbildungsschulen beschloß in ihrer gestrigen Sitzung, den Unterricht in den Pflichtfortbildungsschulen bei großer Hitze zu beschränken. Es sollen bei sechsstündigem Nachmittagsunterricht, falls die Temperatur nachmittags um 4 Uhr noch 25 Grad Celsius im Schatten beträgt, die beiden letzten Stunden ausfallen, und außerdem sollen familiäre Unterrichtsstunden verkürzt und die Erholungsstunden verlängert werden.

Jiu-Jitsu und die Berliner Polizei.

Im Konferenzsaale der Kriminalpolizei wurde gestern in Anwesenheit von zahlreichen Polizeikommissaren und Vorgesetzten von Meistern des Jiu-Jitsu Kampfes eine Vorlesung gegeben. Die Kampfmethode ist in erster Linie nicht auf Verletzung oder Tötung des Gegners gerichtet, sondern soll in erster Linie nur den Gegner unschädlich machen. Jede Bewegung wurde zuerst schnell ausgeführt und dann langsam wiederholt. Alle nur denkbaren Situationen, in die ein Beamter bei Sitzungen oder tätlichen Angriffen geraten kann, wurden von den Ringern berücksichtigt. Halsangriffe, Abwehr von Fußstößen, Umklammerung zweier Gegner, Ueberfall von der Rückseite und Angriffe mit Stöcken, Revolvern und Messern wurden ausgeführt, wobei sich die Ueberlegenheit der japanischen Kampfmethode scharf markierte. Präsident v. Jagow sprach am Schluß seine Befriedigung aus und erkundigte sich, welche Zeit ein Ausbildungskursus in Anspruch nähme und wieviel Personen gleichzeitig daran teilnehmen könnten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß zunächst eine kleinere Anzahl von Polizeibeamten einen Kursus durchmachen wird, um dann die jüngeren Beamten im Jiu-Jitsu zu unterrichten.

Es ist also Aussicht vorhanden, daß nächstens die japanische Kampfmethode von Berliner Polizeibeamten angewendet wird. Japan wird also für uns noch verbindlich werden.

Der Armenarzt Dr. Weinstock (Stralsunder Str. 30) teilt uns mit, daß er sich verlegt fühlte durch unseren in Nr. 135 (12. Juni) veröffentlichten Artikel „Ein Armenarzt — ein Arzt für Arme“. Er legt uns eine lange Erklärung vor, die er veröffentlicht zu sehen wünscht. Herr Dr. Weinstock ist empfindlicher als er nötig hat. Von „schwerer Ehrenkränkung“, „schweren Vorwürfen“ gegen seine Armenarztstätigkeit kann keine Rede sein. Aber wenn ihm ein Gefallen damit erwiesen wird, so wollen wir aus seiner Erklärung mitteilen, daß er sich vollkommen bewußt ist, in seiner bald 15jährigen Tätigkeit als Armenarzt nicht nur stets seine Pflicht erfüllt, sondern auch seiner armen Kranken sich stets in humaner Weise angenommen zu haben.

Zur Sache behauptet er, daß „die in dem Artikel behaupteten Tatsachen zum größten Teil unwahr“ seien. Demgegenüber haben wir die Pflicht, festzustellen, daß die Frau K., auf deren Angaben jener Artikel sich stützte, erklärt hat, sie habe nichts zurückzunehmen und halte an der von uns wiedergegebenen Darstellung fest. Dr. W. sagt, es sei nicht unmöglich (obwohl er sich dessen nicht entsinnen könne), daß er am 8. Juni Frau K. gefragt haben mag, ob ihr Mann Arbeit habe! Eine solche Frage stehe, meint er, mit den Anweisungen für die Armenärzte nicht in Widerspruch. Wir verweisen auf die Anweisungen, die wir in Nr. 135 mitgeteilt haben; sie passen schlecht zu einem Recht des Armenarztes, den Hilfesuchenden noch einmal über seine Bedürftigkeit auszufragen. Dr. W. nennt es unwahr, daß er auch schon im Winter Frau K. danach gefragt habe, daß er damals die weitere Frage: „Warum hat denn Ihr Mann keine Arbeit?“ an sie gerichtet habe, daß er zu ihrer Antwort die Bemerkung: „Ja, die Herren Bauarbeiter!“ gemacht habe. Hier verläßt Dr. W. sich auf sein Gedächtnis, das in dem neueren Fall (vom 8. Juni) ihm selber nicht ganz sicher erscheint. Als unwahr bezeichnet er auch, daß Frau K., nachdem sie für ihr Kind ihn in Anspruch genommen hatte, doch auch einen Privatarzt habe herbeirufen müssen. Mit Verlaud, Herr Doktor! Was Frau K. tun zu müssen glaubte, kann nur sie wissen, nicht Sie!

Für unwahr erklärt er schließlich noch, daß er den Zustand des Kindes falsch beurteilt habe. Das ist auch an keiner Stelle des Artikels gesagt worden. Gesagt wurde lediglich, daß Dr. W. eine Halsentzündung und der Privatarzt eine Diphtheritis angenommen habe. Wenn im Lagersanktenhaus, dem das Kind auf Anordnung des Privatarztes zugeführt wurde, nur eine siederhafte Halsentzündung angenommen worden ist, so wollen wir uns in den Streit der Ärzte nicht hineinmischen. Wir legen wirklich kein Gewicht auf solche Differenzen. Wir wissen, daß auch Ärzte Menschen sind und irren können, und bei einer Meinungsverschiedenheit können wir es auch sich berufen lassen, wer da irrt. Dr. W. legt uns ein Atekt vor, in dem das Lagersanktenhaus ihm bescheinigt, daß neben der Halsentzündung zwei Tage nach der Aufnahme ein Scharlachgerantem eingetreten, aber der Verlauf der Erkrankung leicht gewesen sei und Fieber nur am 1. Tage bestanden habe. Ist alles sehr nebenächlich, da wir nicht Herrn Dr. W.s ärztliche Tätigkeit kritisieren haben, sondern nur die Diphtherie, die von Frau K. als überflüssige Zutat empfunden worden war und von uns als nicht zu den Pflichten eines Armenarztes gehörend bezeichnet wurde. Wir schließen hiermit die Diskussion.

Ein wandernder Uhrmacher tritt seit einiger Zeit als Schwindler und Dieb auf. Er besucht Gastwirtschaften und auch Privatwohnungen und gibt an Uhren auf der Stelle zu reparieren. Erhält er aber wertvollere Stücke, so schwindelt er den Leuten vor, daß er sie, um die Arbeit ordentlich machen zu können, nach Hause mitnehmen müsse. Jetzt läßt er sich natürlich nicht wieder sehen. In einer Pfandleihe benutzte er einen solchen Besuch, einen Beilanztrag zu stellen. Der Schwindler legt sich verschiedene Namen bei. Zuletzt nannte er sich Bruno Runge aus der Stuttgarter Str. 40 in Rixdorf. Er ist etwa 50 Jahre alt und mittelgroß, hat spärliches, graues Haar mit sehr großer Glanz, einen grauen Schnurrbart, ein volles Gesicht und gerade Haltung und trug zuletzt einen grauen Ueberzieher und einen grünen, runden Hut.

Zwei Heiratschwindler wurden gestern von der Kriminalpolizei unschädlich gemacht. Ein 32 Jahre alter Russe Max Witte, der sich ohne Wohnung in Berlin aufhielt, machte sich auf der Straße an ein 20 Jahre altes Mädchen aus Charlottenburg heran und erreichte auch seine Absicht, mit ihm zunächst in ein Gespräch zu kommen. Der ersten Bekanntschaft folgte ein Wiedersehen und nun dauerte es nicht mehr lange, bis Witte das unerfahrene Mädchen durch ein Eheversprechen ganz für sich gewann. Er stellte der Betörten vor, daß es zweckmäßig sei, bald Hochzeit zu feiern und lockte ihr nach und nach die Ersparnisse von 800 M. ab unter der Vorpiegelung, daß er die notwendige Einrichtung für das eigene Heim kaufen wolle. Auch zwei Stund Betten, die das Mädchen besaß, vertraute es dem Geliebten an. Dieser hatte nichts Eiligeres zu tun, als sie einem Gastwirt, dem er noch Miete und Kost schuldig ist, zu verpfänden. Als das Mädchen nichts mehr hatte, ließ sich der Schwindler nicht mehr sehen. Auf Geld und Schmuckstücke hatte es der zweite Schwindler abgesehen, ein ebenfalls 32 Jahre alter Koch Hans Rodig, der auch keine Wohnung hatte. Rodig machte im Tiergarten die Bekanntschaft eines 24 Jahre alten Mädchens, nahm ihm erst 100 Mark bares Geld, ab, um sie auf die Sparkasse zu bringen, und dann noch Uhr und Kette und andere Schmuckstücke, um ein Monogramm eingraben zu lassen. Beide Schwindler wurden gestern dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Unfälle.

Durch einen Krampfanfall tödlich verunglückt ist gestern morgen die 44 Jahre alte Schankwirtsfrau Agnes Mertens aus der Worschaner Straße 25. Als sie die Kellerstufe im Schankraum öffnete, bekam sie Krämpfe, stürzte die Treppe hinab in den Keller und zog sich einen Schädelbruch zu. Als ein Arzt kam, war die Verunglückte schon tot. — Durch einen Sturz von der Treppe ist gestern abend auch die Frau Wilhelmine Nibelberger geb. Kausch vom Falkplatz 2 um das Leben gekommen. Sie besuchte ihre verheiratete Tochter in der Kastanienallee 1, wollte dort Wäsche auf den Boden bringen, kam auf der Bodentreppe zu Fall und erlitt eine Gehirnerschütterung, an der sie in der vergangenen Nacht starb.

Streifenbahnunfälle. In der Schloßstraße in Sieglitz verunglückte gestern nachmittag der 34jährige Rutscher Hermann Lorenz aus Rowawes vor einem herannahenden Straßenbahnwagen der Linie D über das Gleis zu gehen, wurde umgestoßen und geriet unter den Vorderperren. Er erlitt eine schwere Quetschung des linken Armes, eine blutende Kopfwunde sowie erhebliche Hautabschürfungen am ganzen Körper und mußte, nachdem ihm auf der Unfallstation Notverbände angelegt worden waren, nach dem Oberlin-Kreiskrankenhaus übergeführt werden.

Gegen 9 Uhr abends wollte in der Raabenstraße der 15jährige Sohn Fritz des in der Birkenstr. 14 wohnhaften Tischlers Bechenlin einen Straßenbahnwagen der Linie 8 während der Fahrt besteigen, stürzte jedoch ab und geriet unter das seitliche Trittbrett des Anhängewagens. Er trug eine schwere Quetschung der linken Hüfte und des linken Oberschenkels davon und mußte nach dem Krankenhaus am Urban eingeliefert werden.

Melanoszierte ist der Tote, der gestern im Zegeler Schloßpark erschossen aufgefunden wurde. Es handelt sich um den 41 jährigen Wildbauer Franke aus Berlin, der wahrscheinlich einer unheilbaren Krankheit wegen Selbstmord verübt hat.

Mit schweren äußeren Verletzungen wurde gestern früh gegen 7 Uhr vor dem Hause Rognit. 9 ein etwa achtjähriger Knabe bedauernswert aufgefunden. Der Portier des Hauses brachte das bewußtlose Kind, das nur noch schwache Lebenszeichen von sich gab, nach der Unfallstation in der Worschaner Straße, wo festgestellt wurde, daß der Kleine einen komplizierten Schädelbruch und schwere innere Verletzungen erlitten hatte. Eine halbe Stunde nach der Einlieferung verstarb der Knabe unter den Händen des Arztes, ohne die Besinnung wieder erlangt zu haben. Die Personalien des Kindes konnten bisher nicht ermittelt werden. Die Leiche wurde nach dem Charlottenburger Schauhause übergeführt.

Zeugengefuch! Personen, welche am Montag, den 20. Juni, vormittag 1/2 10 Uhr, gesehen haben, wie an der Weidenbäumstraße ein Kradfahrer von einem Autoomnibus der Linie 4a angefahren und infolgedessen das Rad überfahren wurde, insbesondere die Fahrgäste des Autos und der Handwagenfahrer, gegen welchen der betreffende Kradfahrer flog, werden gebeten, ihre Adresse an Karl Heilmann, N. 88, Gerichtstr. 74, v. IV, gelangen zu lassen.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Die Stadtverordnetenversammlung verhandelte in ihrer letzten Sitzung vor den Ferien, am Mittwoch, zunächst in nicht öffentlicher Sitzung über Grundstücksanläufe. Erst nach 1 1/2 Stunden, um 1/8 Uhr, wurde in die öffentliche Sitzung eingetreten, in der zuerst eine Reihe kleinerer Vorlagen debattiert resp. nach unwesentlicher Debatte angenommen wurden. Wir erwähnen davon nur die Vorlage, den Milchhandlung in dem Milchhäuschen auf dem Stuttgarter Platz dem gemeinnützigen Verein für Milchhandlung in Berlin zu übertragen, da der Verein für Rassestufen und Erfrischungskarten, dem die Bewirtschaftung dieses sowie der Milchhäuschen auf dem Wittenbergplatz und am Friedrich-Karl-Platz früher übertragen war, sich zu Anfang des Jahres aufgelöst und den Betrieb der Häuschen am 31. Januar eingestellt hat. In den Häuschen, welche der Berliner Verein bisher gebaut hat und bewirtschaftet, erfolgt der Verkauf der Milch nicht durch das Fenster nach außen, sondern die Milch kann in kleinen Räumen im Innern der Häuschen genossen werden. Von der Bewirtschaftung des Häuschens auf dem Friedrich-Karl-Platz wird Abstand genommen, weil der Milchverkauf in jener Gegend zu gering war, das Häuschen ist der Säuglingsfürsorge VI zur Verabreichung von Säuglingsnahrung zur Verfügung gestellt worden, und das Häuschen auf dem Wittenbergplatz wird wegen der bevorstehenden Bauten für die neue Untergrundbahnlinie abgebrochen werden. Infolge einer Anregung aus der Stadtverordnetenversammlung soll es bis dahin als Unterkunftsraum für die Straßen- und Parkarbeiter bei schlechtem Wetter dienen.

Erheblicheres Interesse erregte der Bericht des Ausschusses über die Vorlage betreffend Einrichtung eines Wohnungsamtes, über die hier schon eingehende Mitteilung erfolgt ist. Der Ausschuss empfahl die Annahme der nur unwesentlich geänderten Vorlage. Der Stadtv. Dr. Lippmann (natl.) bekämpfte die Vorlage mit den reaktionären Argumenten wie bei der ersten Lesung, u. a. bezeichnete er die wirklich bestehende Vorlage als eine „unwählende soziale Neuerung“, zu der eine einzelne Stadt gar kein Recht habe, die sie vielmehr der Landes- oder Reichsregierung überlassen müsse. Von liberaler Seite sprang ihm der Stadtv. Jacobi bei, doch folgte diesem die Mehrheit seiner Freunde nicht. Die Zustimmung unserer Fraktion zu der Vorlage erklärte Genosse Lehmann, der zugleich darauf hinwies, wie unzureichend die Funktionen des Wohnungsamtes seien, dessen Aussicht nur die Ein- und Zweizimmerwohnungen unterstellt werden; nicht die Zahl der Zimmer, sondern die Größe der Bodenfläche und des Luftraumes hätte man zum Kriterium in dieser Richtung nehmen sollen.

Die Vorlage wurde mit großer Mehrheit angenommen. Eine außerordentlich lange Debatte rief der Bericht des Ausschusses über die neue 40 Millionen-Kleihe hervor. Der Ausschuss hat 720 000 M. zur Unterführung der Kaiser-Friedrich-Straße unter dem Charlottenburger Bahnhof abgesetzt, da mit dem dringend notwendigen Umbau des Bahnhofes seitens des Eisenbahnministeriums in absehbarer Zeit nicht gerechnet wird. Einige Liberale und unsere Freunde beantragten, diesen Betrag wieder einzustellen, doch

wurde dieser Antrag abgelehnt. Die Anleihe ist jedoch um diesen Betrag nicht vermindert, sondern einige andere Posten sind entsprechend erhöht worden.

Außerdem hat der Ausschuss von 2 Millionen für die Errichtung einer Wabeanstalt eingelegt und die zum Ausbau der Wasserwerke erforderlichen zwei Millionen um 1/2 Million erhöht, so daß es sich nach den Zuschußanträgen um eine Anleihe von 4 1/2 Mill. handelt, die schließlich auch bewilligt wurden. Die Erhöhung der für die Wasserwerke erforderlichen Summe machte sich nach den Erfahrungen bei der letzten großen Höhe notwendig, wo der Maximalwasserbedarf bis auf 210 Liter pro Kopf der Bevölkerung stieg, während man bei der Aufstellung des Anleihebedarfs mit einem Höchstverbrauch von 185 Liter gerechnet hatte.

Die lange und zum Teil erregte Debatte wurde durch einen von Liberalen Seite gestellten Antrag hervorgerufen, 4 Millionen 130 000 M., die zum Bau einer Untergrundbahn zwischen Wilhelm- und Gustav-Adolfplatz vorgesehen waren, von der Anleihe abzusetzen. Seit Jahren haben unsere Genossen Maßnahmen gefordert, um dem nächsten Stadttell jenseits der Spree bessere Verkehrs-einrichtungen und überhaupt modernere kommunale Einrichtungen zu schaffen. Die Liberalen versicherten auch stets bei solcher Gelegenheit ihre Liebe für diesen vernachlässigten Stadttell, doch hatten sie außer der Liebe nichts für ihn übrig. Auch jetzt wieder erklärte Stadtd. Böllmer (lib.), daß bessere Verbindungen für diesen Stadttell notwendig seien, aber — die Frage der Untergrundbahnen sei noch nicht reif, und deshalb könne man die vier Millionen in die Anleihe nicht einstellen. Unsere Genossen Wiff und Dr. Wozzard sowie der Oberbürgermeister und der Kammerer wiesen darauf hin, daß mit der Streichung dieser vier Millionen die Frage des Schnellbahnverkehrs für diesen ort vernachlässigten Stadttell für die nächsten drei Jahre erledigt sei; interessant war dabei das Eingeständnis des Oberbürgermeisters, daß der Stadttell schon zu lange vernachlässigt sei und daß jetzt endlich etwas zu seiner Ausschließung geschehen müsse. Früher hat er unseren Genossen gegenüber stets bestritten, daß die Stadtwirtschaft sich einer Vernachlässigung jener Gegend schuldig mache. Stadtd. Otto (lib.) wandte sich gegen die Mehrheit seiner Freunde und bemerkte ausdrücklich, daß die sozialdemokratische Kritik für jenen Stadttell habe man nur schöne Worte, weiter nichts, durchaus berechtigt erscheine, wenn diese 4 Millionen und damit die Schnellbahn gestrichen werden.

Faßt die Hälfte der Liberalen stimmte mit unseren Genossen, so daß der Antrag auf Streichung der 4 Millionen abgelehnt wurde.

Als Kuriosum sei noch erwähnt, daß der nationalliberale Stadtvorordnete Dr. Liepmann, der ständig zur Sparsamkeit mahnt, besonders sozialen Aufgaben gegenüber, auch die Anleihe begrüßte, weil dadurch die Schulden der Stadt wachsen; für die unumgänglich notwendigen Ausgaben soll nach diesem Finanzgenie die Stadt keine Anleihe, sondern eine schwebende Schuld aufnehmen. Auf die Frage, ob durch eine schwebende Schuld die Schulden der Stadt nicht wachsen und ob er die schwebende Schuld, die sich von der Anleihe durch den kurzen Zahlungssternunterscheidet, an diesem Termin mit Hilfe einer Anleihe tilgen wolle, blieb der kluge Finanzmann die Antwort schuldig.

Nachdem noch die Sommerferien wie gewöhnlich auf den Juli und August festgesetzt waren, erreichte die Sitzung wenige Minuten vor Mitternacht ihr Ende.

Schöneberg.

Die Eltern, die bis jetzt ihre Kinder zu den Ausflügen der Ferienkolonie nach dem Granowald angemeldet haben, werden gebeten, heute, Freitag abend 8 1/2 Uhr, im Tunnel von C. Großer, Weiningerstr. 8, zu einer notwendigen Rücksprache zu erscheinen.

Friedrichshagen.

In der letzten Sitzung der Gewerkschaftskommission hielt zunächst Genosse Schenk einen Vortrag über das Unfallversicherungs-gesetz. Sodann gab Genosse Hertel bekannt, daß am Mittwoch, den 6. Juli, eine Flugblattverbreitung und am Donnerstag, den 7. Juli, bei Großer eine öffentliche Versammlung stattfindet, in welcher die Arbeiterchaft zu der Reichsversicherungsreform Stellung nehmen soll. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter werden aufgefordert, sich rege an der Flugblattverbreitung zu beteiligen.

Vom Vertreter der Handlungsgehilfen wurde nochmals auf die Bekämpfung der kaufmännischen Angelegten, die Sonntagstraße zur Durchsichtigung zu bringen, hingewiesen; er konnte bekanntgeben, daß die Aktionist doch schon etwas geschrumpft hätte, indem eine Anzahl Geschäftsinhaber die Zustimmung gegeben haben, ihre Geschäfte schließen zu wollen.

Da der Obmann der Kommission, Genosse Gentel, sich in einer Zeitungsartikelfest befindet, sind alle Anfragen und Schriftstücke, an den Genossen Kossau, Weininger Str. 8, zu richten.

Friedrichshagen.

Der Leichenfund in der Oberspree bei Hirschgarten, über den wir bereits berichteten, ist noch immer in ein mysteriöses Dunkel gehüllt. Obwohl man zuerst lediglich mit einem Selbstmorde rechnete, neigt man jetzt auf Grund der bisherigen polizeilichen Nachforschungen zu der Annahme, daß die 49jährige Köchin Anna Weidmann aus der Monumentenstraße in Schöneberg, um die es sich hier handelt, das Opfer eines Verbrechens geworden ist. Diese Vermutung wird nun auch bestätigt durch die Tatsache, daß die W. ein Barvermögen von mehreren Tausend Mark besessen hatte, das jetzt nicht mehr vorhanden ist. Als sich die Köchin am Mittwoch voriger Woche aus der Wohnung ihrer Dienstherrschaft entfernte, trug sie, wie festgestellt worden ist, über 60 M. in ihrem Portemonnaie bei sich. Dieses Geld ist aber bei der Leiche nicht mehr gefunden worden. Der in einer Diebstahls in der Nähe der Hundshöhe entdeckte Beutel mit der Aufschrift „Am Ende des Waggel-sees mit selbst das Leben genommen. Anna Schütz, Liebigstr. 30“ ist nicht von der Weidmann geschrieben und hatte offenbar nur den Zweck, die Nachforschungen nach dem Täter zu erschweren. Die vorgeführten stattgefundenen Obduktion der Leiche hat aber die Todes-ursache nicht mit Bestimmtheit ergeben.

Lichtenberg-Friedrichsfelde.

Jugendbildung und die Bedeutung der Jugendheime lautete das Thema über das Genosse D. Schulz in der Mitgliederversammlung der Vereinigung Jugendheim im „Schwarzen Adler“ referierte. Die klaren und inhaltsreichen Ausführungen des Referenten wurden mit vielem Beifall aufgenommen. In der Diskussion gab Genosse Nitzsche dem Wunsch Ausdruck, daß sich mehr junge Mädchen an den Bestrebungen der Jugend beteiligen möchten, um dadurch unserem Erziehungsideal näher zu kommen; überhaupt sei eine größere Propagierung der Erwachsenen ihren Kindern gegenüber notwendig. Klarem Inhalt an die Worte des Referenten an und forderte eine regere Mitwirkung speziell auch bei der Ausbreitung der Bestrebungen unserer Vereinigung auf immer größere Kreise. Hieran gab Hartzke einen kurzen Kostenbericht, aus welchem hervorging, wie viel noch zu tun sei, um in nicht allzu ferner Zeit ein Jugendheim zu errichten. Schwenk berichtete sodann über die Bekämpfung der Jugendheime in Berlin und Altdorf, Redner schloß mit der Aufforderung, um des guten Zweckes willen mit größtem Eifer für die Sache tätig zu sein, damit der lebhafteste Wunsch aller, im Herbst auch für unseren Ort ein Jugendheim eröffnen zu können, erfüllt werden könne. Zum Schluß teilte Klum noch das Winterprogramm des Jugend-Ausschusses mit.

Zeget.

Selbstmord eines hiesigen Gemeindebeamten. In Wangerin im Sommer hat sich vorgelesen der 83jährige Gemeindefeldwart Ernst Köhl, der Vorsteher der Baubildung der Gemeindeverwaltung, mit seinem Jagdgewehr erschossen. Ueber das Motiv des Selbstmordes bestehen nur Vermutungen.

Kinderspiele werden während der Ferienzeit unter Leitung von Genossinnen vom 6. d. M. ab jeden Dienstag und Freitag von

3-6 Uhr veranstaltet. Sammelstelle am Marktplatz in der August-Wälderstraße um 2 1/2 Uhr. In Anbetracht des guten Zweckes, der damit verfolgt wird, und die Kinder unter Aufsicht sind, werden die Eltern gebeten, ihre Kinder an den Veranstaltungen teilnehmen zu lassen. Spielgeräte stellen den Kindern zur Verfügung.

Pantow.

Das Projekt der Erbauung eines Elektrizitätswerkes, dem vor einiger Zeit im Gemeinderat im Prinzip zugestimmt wurde, soll nunmehr zur Ausführung gelangen. Die Gemeindevorstellung der Baukosten in Höhe von 175 000 M. durch die Gemeindevorstellung ist bereits erfolgt, es dürfte daher mit den Vorarbeiten in nächster Zeit begonnen werden. Beabsichtigt wird, Strom von 220 Volt Spannung für Licht und Kraft zu erzeugen, der zunächst nur für die Bedürfnisse der Gemeindeverwaltung Verwendung finden soll, und zwar für das Rathaus, die Schulen, das Krankenhaus usw., ferner vorerst für die Beleuchtung der Dorfstraße und des im Zentrum des Ortes gelegenen Teiles der Dorfstraße. Späterhin soll dann durch geeigneten Ausbau des Werkes auch Stromabgabe an Privatabnehmer erfolgen.

Aus der Gemeindevorstellung. Die Erledigung einer Reihe unwesentlicher Gegenstände der umfangreichen Tagesordnung erfolgte ohne nennenswerte Debatten. In einer lebhafteren Debatte kam es bei der Festsetzung einer Lohnskala für einige Krankenhaushelfer. Bei der im Jahre 1908 erfolgten Regelung der Lohnverhältnisse der Krankenhaushelfer durch eine Lohnskala waren drei derselben, weil sie damals noch keinen eigenen Hausstand besaßen, nicht mit einbezogen worden. Das hat sich nun infolge Verheiratung derselben geändert; ihre Lohnverhältnisse sollen in derselben Weise wie die aller übrigen Angehörigen geregelt werden. Die von der Finanzkommission vorgeschlagene Lohnskala steht ein Anfangsgehalt von 1000 M. steigend alle zwei Jahre um 100 M. bis zum Höchstgehalt von 1500 M. vor. Die Erhebung eines bürgerlichen Beirates, bei dieser Gelegenheit gleichzeitig das Gehalt für den Maschinenmeister am Krankenhaus, der bei der vorjährigen allgemeinen Gehaltsaufbesserung der Beamten, Angestellten und Lehrer der Gemeinde übergegangen wurde, aufzubessern, wurde für unzulässig erachtet, dagegen soll sich die Finanzkommission mit der Sache befassen und dem Plenum einen geeigneten Vorschlag baldigst unterbreiten. Der von der Finanzkommission vorgeschlagene Lohnskala wurde zugestimmt. — Ferner wurde beschlossen, analog dem Verfahren der Stadt Berlin und einer Anzahl von Vororten, für das Lager von Baumaterialien auf den Bürgersteigen und Strahendämmen vor Neubauten eine Gebühr zu erheben. Diese Gebühr soll 3 M. für den laufenden Meter betragen. — Zugestimmt wurde weiter der Errichtung einer neuen Stelle für eine technische Lehrerin an der IV. Gemeindefschule zum 1. Oktober d. J. — Von den Arbeitnehmer des hiesigen Gewerbebezirks war an die Gemeindevorstellung ein Gesuch um Bewilligung von Mitteln für die Bekämpfung der im September dieses Jahres zu Köln am Rhein stattfindenden Tagung des Verbandes deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte gerichtet worden. Der stellvertretende Gemeindevorsteher Stadtrat a. D. Stawitz beauftragte dies Gesuch sehr warm mit dem Hinweis auf die wirtschaftliche und soziale Bedeutung der auf jener Tagung zur Verhandlung stehenden Beratungsgegenstände. Auch von bürgerlichen Vertretern wurde in der Debatte der Sache Verständnis entgegengebracht. Es wurden 200 M. bewilligt mit der Mahngabe, daß ein Arbeitgeber und ein Arbeitnehmer des hiesigen Gewerbebezirks hierfür delegiert werden sollen. In der Zeit vom 3. bis 10. Juli findet im Schloss Scharholz das 25. Mitteldeutsche Bundes- und Jubiläumstreffen statt. Bei diesem Anlaß soll Pantow der Ehre des Durchmarsches des Schützenzuges teilhaftig werden und sich durch entsprechende Schmälerung der im Frage kommenden Straßen dieser Ehre würdig erweisen. Ein bürgerlicher Vertreter regte deshalb an, auch für eine würdige Dekoration des Rathauses Mittel zu bewilligen. Mit dieser Anregung stieß er, wie nicht anders zu erwarten war, nur bei unseren Genossen auf Widerstand. Die bürgerlichen Vertreter waren einmütig der Ansicht, daß hier die Gemeinde eine „Grenznähe“ zu erfüllen habe; sie bewilligten nach einigem Heilsich — es waren anfänglich 100 M. für diesen Zweck zu verpulvern in Vorschlag gebracht — gegen die Stimmen unserer Vertreter die Summe von 100 M.

Nieder-Schönhausen.

Die letzte Gemeindevorstellung hatte Beschluß zu fassen über die Zahlung der Kosten für Hand- und Spanndienste bei der Herstellung der Zentralheizungsanlage in der Kirche. Es wurden unter der Bedingung 327,60 M. bewilligt, daß in Zukunft vorher bereits Mittelteilung gemacht werde. Von der Verteilung wurde die Frage erwogen, ob die Gemeinde überhaupt verpflichtet sei, die Kosten zu tragen. Bürgermeister Abraham bemerkte hierzu, daß nach dem Provinzialgesetz die Gemeinde bezahlen müsse. Hierauf erfolgte die Bildung einer Kommission zwecks Vorbereitung der in Aussicht genommenen Gehaltsregulierung für die Angehörigen der Gemeinde, der auch Genosse Dreitzmann angehört. Von Interesse für die hiesigen Steuerzahler dürfte die Änderung des Wohnvermögens bei Eingehung von Steuerfesten sein. Von circa 6000 Steuerzahlern mußten jedes Vierteljahr 2400 bis 2600 fällige Zahler gemacht werden. Die Aufstellung der Wohnvermögens durch die Post, jetzt soll für das dritte Quartal 1910 veranschlagt die Aufstellung der Wohnvermögens durch die Vollziehungs-beamten geschehen. Für diese Aufstellung haben die fälligen Zahler 40 Pfennig zu bezahlen. Ob diese Reueinrichtung im Interesse einer wirksamen Eingehung von Steuerfesten bei der Bevölkerung Anklang finden wird, ist wohl kaum anzunehmen. Die Errichtung einer Steuerannahmestelle im Wilhelmstrüher Ortsteil konnte aus formellen Gründen in dieser Sitzung nicht beschlossen werden. Dem Hauswart des Rathauses wurde eine monatliche Beihilfe von 30 M. gewährt. Beschlossen wurde ein Nachtrag zur Hausordnung für das Armenhaus. Dieser Nachtrag ist dadurch notwendig, daß verschiedene Inassen des Armenhauses sich weigerten, für die anderen Mitbewohner Handreichungen zu machen. Die Inassen sollen nun, ihren Kräften angemessen, zu Votengängen, Handreichungen und zur Hofreinigung herangezogen werden. Hierauf folgte eine nichtöffentliche Sitzung.

Der aufgeschickte Generalsversammlung des Wahlvereins lag diesmal der Geschäfts- und Kassendbericht gedruckt vor. Es haben stattgefunden 27 Sitzungen der Bezirksleitung, 12 Mitglieder und 5 öffentliche Versammlungen. Bei 16 Flugblattverteilungen wurden 65 300 Exemplare verteilt. Der Mitgliedsbestand hat sich um 28 erhöht und beträgt zurzeit 306, darunter 45 Frauen. Die Zahl der „Vorwärts“-Leser stieg um 87 auf 377. Für die bis jetzt aus 217 Bänden bestehende Bibliothek wurden noch 80 Bände zur Neuanschaffung bewilligt. Der Kassendbericht weist bei einer Einnahme von 780,88 M. und einer Ausgabe von 711,02 M. einen Ueberschuß von 78,86 M. auf. In die Bezirksleitung wurden folgende Genossen gewählt: erster Bezirksleiter: Ernst Hellrich; zweite: Schelle; erster Kassierer: Dlage, zweiter: Schaper; Schriftführer: Reinhardt; Revisor: Frau Weik; Revisoren: Eick, Wehmann und Geyer; Agitationskommission für das Landgebiet: Käselhagen, Thiele und Urdemig; Lokalkommission: Kirch und Ernst Wadst; Zeitungs-kommission: Meyer; Delegierte zur Kreisgeneralsversammlung: Schelle und Weik; Ergänzungen: Weik; Jugendauschuss: Reiktoritz. — Hieran berichtete Genosse Hellrich von der letzten Kreiskonferenz. — Ein Antrag des Genossen Käselhagen, alljährlich ein Sommerfest Mitte Juli und ein Winterfest Mitte Februar zu veranstalten, wurde angenommen.

Potsdam.

Zu dem Raubmord, bei dem, wie wir berichteten, am 4. d. M. die Zigarrenhändlerin Helebrich in der Kirchstraße erschlagen und beraubt werden sollte, wird berichtet, daß die als Täter Ermittelten, Wädtergeselle Fritz Sauer und Schlosser Emil Hoffmann, gestern bei einem Einbruch in Magdeburg verhaftet worden sind. Sauer und Hoffmann werden nach Potsdam ins Untersuchungsgefängnis übergeführt.

Waidmannslust.

Bei dem Sängerkonzert am Sonntag, den 26. Juni, auf dem hiesigen „Vergißlosh“ ist ein gutes Vincenzes gefunden worden. Dasselbe ist abgeholt bei Emil Bernice, Waidmannslust, Nimrodstr. 94 L.

Vermischtes.

Immer die Reihenfolge wahren!

Väter, die mit acht Söhnen gesegnet sind, bemühen sich manchmal, Wilhelm II. als Lauspaten zu wählen, aber nicht jeder der Wittsteller gelangt in den Besitz der mit der Patenschaft verbundenen Ehrentitel, denn die beschränkten Mittel Wilhelm II. gestatten nicht, Patenstellen in allzu reichlichem Maße anzunehmen. Im Jahre 1865 wurde in einem Regierungsranderslah die Ansicht ausgesprochen, daß die mit und neben einem Sohne — als Zwillingsschwester — erfolgte Geburt einer Tochter als eine die Reihenfolge von sieben bzw. acht Knabengeburt unterbrechende Dazwischenkunft eines Mädchens nicht zu erachten sei. Das ist jetzt anders geworden. Nach einer Mitteilung des Geheimen Zivilkabinetts ist die Witte, Wilhelm II. möchte bei einem mit acht Söhnen gesegneten Vater eine Patenstelle übernehmen, mit der Begründung abgelehnt worden, daß die Reihenfolge der Knaben durch die Geburt eines Mädchens, der Zwillingsschwester des vierten Knaben, unterbrochen worden sei.

Hoffentlich wird der Kaiser sich nunmehr nach den getroffenen Anordnungen richten!

Ein Riesenbrand.

Durch ein schnell um sich greifendes Feuer wurden am Mittwoch in Marakesh in Marokko die fünf Handelsquartiere der Stadt zerstört. Die Zahl der bei dem Brande umgekommenen und verletzten Personen ist noch unbekannt, jedoch sind viele Menschenleben vernichtet worden. Unter den Trümmern einer Wirtskasernen, die so schnell einstürzte, daß die Bewohner sich nicht rechtzeitig retten konnten, liegen 34 Menschen erschlagen und verbrannt. In einem anderen Hause ist eine alte Frau mit ihrer Enkelin, im Nachbarhause sind zwei Familien umgekommen.

Gemütsvolle Geisliche.

Vor der Strafkammer in Waldsruh (Waben) hatte sich gestern der Kaplan Franz Josef Palmert wegen mehrfachen Verbrechen wider die Sittlichkeit, begangen an 22 Knaben und zwei Mädchen in über dreihundert Einzelakten, zu verantworten. Der saubere Patron wurde zu einer Zuchthausstrafe von neun Jahren verurteilt. Straferleichternd wirkte, daß der Angeklagte trotz wiederholter Verwarnung durch seine geistlichen Vorgesetzten von seinem strafbaren Tun nicht abgelassen hatte.

Die Vorgesetzten des verurteilten Kinderhändlers scheinen ja sehr eigenartige sittliche Anschauungen zu besitzen, da sie von dem schweineischen Treiben des ihnen unterstellten Kollegen Kenntnis hatten und trotzdem nicht für seine sofortige Beseitigung gewirkt haben.

Eine Hochburg des Zentrums.

Der Paderborner Korrespondent der katholischen „Westfälischen Rundschau“, also ein Mann, der seine Leute kennen wird, schreibt über Paderborn:

„Industrie und Verkehr hierher zu bringen, ist nach Lage der Verhältnisse sozusagen unmöglich. Schon aus religiösen, konfessionellen und auch politischen Gründen wird hier von einflussreichen Seiten modernes Verkehrsleben gewaltig unterdrückt. Da wendet sich der Geist mit Grausen und so wird Paderborn die kleine Mittelstadt bleiben.“

Paderborn ist bekanntlich die Stadt des heiligen Viktor, alter Bischofssitz und unerschütterliche Hochburg des Zentrums. Wodurch erfüllt die Gassen der Stadt, die abseits von der Welt liegt, frische Luft, Verkehr und modernes Leben hat der Ultramontanismus, wie der Teufel das Weihwasser.

Kleine Notizen.

Die Abmontierung des verunglückten Zeppelekreuzers „Deutschland“ wurde im Laufe des letzten Tages beendet; die Überreste des Aluminiumgerüsts werden zum Umschmelzen in die Fabrik gefahren. Bei der Landung des österreichischen Militärbalons „Hungaria“ in Jablonitz in Ungarn ist der Ballon explodiert, ein Leutnant und 15 Handarbeiter, die bei der Landung Hilfe leisten wollten, wurden durch Brandwunden verletzt.

Durch herabstürzende Erdmassen wurden beim Spielen in einer Sandgrube in Breusitz-Friedland drei Kinder getötet.

Eine Unglücksfahrt. Auf der Hamburger Chaussee zwischen Bessin und Friesack fanden fünf Leute am Donnerstag das stark beschädigte Automobil des Berliner Generalkonsuls Dr. v. Schwabach, an dessen Steuer der Chauffeur als Leiche mit einer Wunde an der Stirn lag. Der Verstoß hat ergeben, daß der Chauffeur in der Finsternis gegen einen Chausseebaum gefahren ist und so seinen Tod herbeiführte.

Weitere Gefangene. Im Gefängnis der russischen Stadt Cherson sehten acht zu Zwangsarbeit verurteilte Sträflinge einen Kuffcher und entflohen. Bei ihrer Verfolgung wurden ein Kuffcher und sieben der Sträflinge getötet.

Ein Gemütskrank. In Trenton (V. St. A.) sollte ein Verbrecher mittels Elektrizität hingerichtet werden. Er hatte bereits den Hinrichtungsstuhl bestiegen, als plötzlich sein Verteidiger in das Zimmer stürzte und mitteilte, daß die Strafe des Verurteilten gemildert sei. Ungehalten antwortete der Begnadigte: „Warum diesen Unsinn, warum haben Sie die Strafe aufgehoben? Es ist ja doch für mich entschieden, daß ich später dieselbe Geschichte durchmache. Jetzt wäre alles ganz schnell gegangen!“

Explosion. Das Gebäude der staatlichen Pulverfabrik in Sedran im Departement Seine et Oise ist am Mittwoch mit 2000 Kilogramm Pulver in die Luft geflogen. Der einzige Arbeiter, der im Augenblick der Explosion anwesend war, wurde schwer verletzt.

Ein Ostermörder. In Grendersich lebte ein junger Mann des Morgens vom Kirch zurück, trat an das Bett seiner schlafenden Eltern, tötete seine Mutter durch einen Revolverstoß und verletzte durch einen zweiten Schuß seinen Vater schwer. Der Täter ist verhaftet.

Witterungsbericht vom 30. Juni 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer (nach mm)	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C.	Stationen	Barometer (nach mm)	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C.
Emmenda	753	SW	4 heiter	16	Dabrunna	749	D	4 wollig	17		
Damburg	752	SW	6 wollig	15	Veresburg	750	S	1 bedeckt	15		
Berlin	754	SW	1 wollig	17	Seibitz	756	SW	6 halb bb.	13		
Rwanitz	754	SW	5 wollig	16	Herbesen	746	SW	3 halb bb.	11		
München	757	SW	4 bedeckt	17	Oris	754	SW	3 bedeckt	13		
Wien	756	SW	1 Regen	16							

Wetterprognose für Freitag, den 1. Juli 1910.

Etwas kühler, zeitweise heiter, aber veränderlich mit leichten Regenfällen und ziemlich häufigen westlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 40. Heft des 28. Jahrgangs erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Der Gang der Geschichte. — Zur Parteilage in Italien. Von Oda Liberg (Rom). — Die Konsumvereine und die Einheit der Arbeiterbewegung. Von Ernst Reus. — Das neue Kaiserreich. Von E. Emmel. — Technische Wirtschaftliche Rundschau. Von Richard Boldt. — Literarische Rundschau: Hedwig Lemmerling. Der Fernkondensator in den fabrikmässigen Betrieben der Textil- und Bekleidungsindustrie. Von J. Karski. P. J. J. J. Kommunale Arbeitslosenfürsorge. Von Alexander v. Veg. England und der Kontinent. Von Karl Nabel. — Notizen: Die amerikanischen Gewerkschaften. Von H. Hubner. — Zeitschriftenchau.
Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämter und Kolportage zum Preise von 3.25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Correspondenz findet Einrückung Nr. 60, vorn hier Treppen — Fahrstuhl —, wochentäglich von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr abends, Sonntags von 6 bis 7^{1/2} Uhr nachmittags statt. Jeder Antrage ist ein Bauschein und eine Zahl als Bauschein beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Gütige Fragen frage man in der Correspondenz vor.
R. N. 100. Hängt ganz von dem Inhalt der Worte ab; wer dabei angelesen wird, ist nebensächlich. — G. N. 51. Ja, bei längerer Krankheitsdauer können Sie über Ermüdung beunruhigt sein. — Vette 1001. 1. Klümmerte für das Kind muß der Betreuer, Ihre Pflegerkosten müssen Sie einlagern. 2. Nicht verfehlt. 3. Die Armenverwaltung hatiel Ihnen nicht. — H. G. 5555. 1. In der Mann seit länger als Jahresfrist unanständig, Wären Sie auf Scheidung liegen. 2. Armenzeugnis erhalten Sie hier. 3. Geben Sie den Antrag beim Amtsgericht Müggelsee Friedrichstraße, zu Protokoll. — Gb. Matthäi 13 Verö 12. 1. Die Behandlung verpöcht Erfolg. 2. Mittel braucht nicht zurückgegeben zu werden.
3. Recherche zulässig, aber unwohlfeinlich. — G. P. 100. 1. Lohn über 125 M. kann gepfändet werden. 2. Ihre Sachen holen nicht. — H. G. 120. Die Kündigung ist verspätet. — W. 222. Sie können von dort abgehoben werden; Weiterzahlung der Unterstützung muß nicht erfolgen. — G. G. 00. Reiz. — J. W. Spandan. 1. Umziehung der Rente ist nicht ausgeschlossen. 2. Eine bestimmte Grenze gibt es nicht. — H. K. 15. 1. Ja. 2. Zwei Jahre. 3. Reiz. 4. Von der Auflösung.

Wirtschaftlicher Marktbericht der städtischen Marktstellen-Direktion über den Großhandel in den Central-Markthallen. Marktlage: Fleisch: Zutufte stark, Geschäft schleppend, Preise zum Teil nachgebend. **Wilde:** Zutufte nicht genügend, Geschäft rege, Preise gut. **Getreide:** Zutufte genügend, Geschäft lebhaft, Preise wenig verändert. **Fische:** Zutufte mäßig, Geschäft etwas rege, Preise wenig verändert. **Butter und Käse:** Geschäft ruhig, Preise unverändert. **Butter** in steigend. **Wasmale, Obst und Südfrüchte:** Zutufte reichlich, besonders in neuen Sorten, Geschäft schleppend, Preise gedrückt.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Nachruf.
Am 8. Juni verstarb unter Mit-
glieds, des **Herrmann Wäldchen**
in Groß-Osternhausen bei Giesebau,
wo er Erholung suchte.
Ehre seinem Andenken!
1907/4 **Der Vorstand.**

**Verband der Brauerei- u. Mühlen-
Arbeiter und verwandter Berufs.**
Ortsverwaltung Berlin.
Am 28. Juni er. verstarb unter
Kollege, der **Ernst Serno**
(Schloßbrauerei Schöneberg),
nach längerer schwerer Krankheit.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 1. Juli, nachmittags
1/2 Uhr, von der Leichenhalle
des neuen Schöneberger Ge-
meinde-Friedhofes an der Mauer
Gasse aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht!
1907/17 **Die Ortsverwaltung.**

**Berliner Arbeiter-
Radfahrer-Verein**
Mitglied des Arbeiter-
Radfahrer-Bundes
„Solidarität“.
Touren
zum Sonntag, den 3. Juli.
1. Abt.: 6 Uhr: Kremmen 1 Uhr:
Schuldenberg. Start: Köpenickerstr. 18.
2. Abt.: Am 2. abends 7 Uhr,
Abteiler Bahnhof: Spreewaldfahrt.
Am 3. früh 5 Uhr: Buzsio (Schweizer-
haus). 1 Uhr: Friedrichshagen. Start:
Fontane-Bromstraße 18.
3. Abt.: 1 Uhr nachts: Wörlitz-
Erntedankfest, Bahnhofsstr. 525 vom An-
halter Bahnhof bis Wittenberg. 9 Uhr
vormittags: Woltersdorf (Verkehrs-
lokal). Start: Mariannenplatz.
4. Abt.: 5 Uhr: Teupitz (Kornrod
Jagd). 1 Uhr: Juchten (Alteichs-
hof). Start: Köpenicker Platz.
5. Abt.: 7 Uhr: Freibad Müggelsee,
Kavensleben-Röhle. 1 Uhr: Friedrichs-
hagen. Start: Giesebau.
6. Abt.: 5^{1/2} Uhr: Grünheide.
12 Uhr: Radnisdorfer Röhle (Klemm).
Start: Oberberger Straße 28.
8. Abt.: 6^{1/2} Uhr: Nauen (Kumte).
12^{1/2} Uhr: Hinfenlung (Postmeister).
Start: Baldui 8.
10. Abt.: 7 Uhr: Golen (Büchler).
1 Uhr: Müggelsee (Große Krämpfe).
Start: Weberstr. 6. 11/12
Nichtenberg. 2. 7. 11^{1/2} Uhr: Nacht-
tour, Kloster Lehnin. 3. 7. 1 Uhr:
Wannsee (Fürstentum). Start: Marx-
straße 71.

**Deutscher
Metallarbeiter-Verband**
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Der Kollege zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der **Herrmann Woltmann**
am 7. Juni an Lungenerleiden
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 1. Juli, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Spandauer Kirchhofes,
in den Alleen, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
118/3 **Die Ortsverwaltung**

Daufragung.
Für die beim Einscheiden meiner
lieben Frau bewiesene Teilnahme
lage allen Freunden, Verwandten
und Bekannten meinen aufrichtigen
und Belannten meinen aufrichtigen
Dank.
1907/12 **August Sauerbaum**
nebst Kindern.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz,
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 3-4



JOSETTI VERA
Cigaretten
sind deshalb die populärsten
Cigaretten der Gegenwart,
weil sie stets die gleich-
mäßigen, unübertrefflich
guten Eigenschaften auf-
weisen, die ihre Raucher
als größten Vorzug schätzen.

Joseetti-Vera-Cigaretten
m. u. o. M.
10 St. 30 Pfg.

Max Ziegenhals, BERLIN NO. 48, 70 Neue Königstraße 70
Telephon: Amt VII. 3047.
Billigste, bestsortierte Einkaufsquelle für Händler.
Zigaretten, Zigarren und Tabake.
Größte Niederlage von:
G.A. Hanewacker, Nordhausen.
nur echt, wenn mit Zettel **G.A. Hanewacker.**
Vor Nachahmungen wird gewarnt.

Frack-Verleih-Institut:
Friedrichstr. 115/1, a. Crand.
Lor. Weg. Frack, Gehrock
1.50, Hute 1.00, Wehe 50 Pf.
Glumen- und Kranzbinderei
von Robert Meyer,
nur Mariannen-Straße 2.
Würzburger Hühneraugenmittel
von Dr. H. Unger. — Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Anwendung frei.
Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 3 Min.
fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen
Quarzextrakt.) **Dr. H. Unger in Würzburg.**
In Berlin (20 Pf.): Salomon-Apothek. Charlottenstraße 54. Groß-
Apothek. Barndstraße 23. — München: Schützen-Apothek. — Stutt-
gart: Hirsch-Apothek. — Breslau: Victoria-Apothek. 113/8

Schuh-Sport!

Eröffnung
Morgen Sonntag, d. 2. Juli, nachm. 4 Uhr
Marke „Propago“
Einheitspreis
für
Damen- u. Herrenstiefel

6 75

Wir bringen in dieser Preislage etwas Ueberraschendes.

48 Andreasstraße 48

Beachten Sie bitte unsere Schaufenster.



HERMANN TIETZ

Leipzigerstrasse
Alexanderplatz Frankfurter Allee

**Montag
4.
JULI**

Beginn des Verkaufs der
**Sommer-
Restbestände**
in allen Abteilungen
**enorm billige
Preise**

Deutscher Holzarbeiter - Verband

Heute Freitag, abds. 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelufer 14/15, Saal 4 (Nebelstollenaal):

Sitzung der Ortsverwaltung.

Freitag, den 8. Juli, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Saal 4:

Generalversammlung.

Die Zahlstelle 73 befindet sich von Sonnabend, den 16. Juli 1910 bei Franz Neumann, Frankfurter Chaussee 141. 65/15

Zentralverband der Dachdecker

Verwaltungsstelle Berlin.

Tel.: Amt Altborsf, 824.

Nach den Bestimmungen des Tarifvertrages hat für den Geltungsbezirk vom 1. Juli cr. eine Lohn-erhöhung von 2 1/2 Pf. auf 85 Pf. pro Stunde zu erfolgen. Sollte nun die Lohnerhöhung in einer Werk-stelle nicht eintreten, so werden die Kollegen ersucht, dem Vorstand hiervon sofort Mitteilung zu machen, damit gegen diese Unternehmer vorgegangen werden kann. 64/1 Der Vorstand.

Neu eröffnet!

= Bad Silesia =

Schlesische Str. 23
Alle Arten medicin. Bäder :::: Wannebäder
Modern eingerichtet!



Enormen Beifall

hat die am 1. Juni d. J. für unsere Kunden stattgehabte Auslobung gefunden, und sehen wir uns, vielseitigen Wünschen zufolge, veranlaßt, unserer verehrten Kundschaft nochmals etwas derartig Sensationelles zu bieten. Werfen Sie daher unsere Annoncen als fort und werden Sie unser Kunde!

Kaufhaus auf Kredit „Für alle Welt“
Schöneberg, Hauptstr. 19
Ecke a. Kal. - Wdh. - Pl., d. alten Rathhaus gegenüber
Auf allerhöchster Teilzahlung
Herren-, Damen-, Kinder - Garderobe
Manufakturwaren, Wäsche,
Möbel- und Polsterwaren
Reichhaltige Auswahl
Billigste Preise.

Kleine Anzeigen

Jedes Wort 10 Pfennig.

Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pf. Stellensuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

ANZEIGEN

Für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Wahnsäge, 32,00 bis 85,00. Fertige Herrenanzüge 8,50. Anzuga-tische Gelegenheitskauf. Verkauf an Private. Vormwärts-leter 5 Proz. Zuschlageshalt Rottbuserdamm 16/17, Dönhofstr. 9708

Wandteppichhand Krebber, Köfner-Platz 7, Spottbilliger Bettencverkauf, Gardinenverkauf, Wäscheverkauf, Warenverkauf, Deckenverkauf, Schmuck-sachen, Goldschmuck, Silberwaren, ver-schiedene Mäntel. 24928

Teppiche! (sehr billige) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brünn, Dörfelcher Markt 4, Dönhofstr. 9708. (Viele der „Vormwärts“ erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Stoffe-Wunderkauf Spottbillig wegen Aufgabe der Verkaufsräume Köf-ner-Platz 7

Anzugstoffe, jede Preislage, Meier 3, 4, 5 Markt.

Paletots billig, enorm billig, Meier 5, 6, 7 Markt.

Kostümstoffe, Meier 1, 2, 3 Markt.

Tamenduche, Meier 2, 2,50 Markt. Hoch u. Seeland, Köfnerstr. 2, 9618

Hermannplatz 6. Überbilligste Wandteppiche, Sommerpaletots, Nachmittags, Hochzeitsanzüge, Herren-solen, Extrabilliger Bettencverkauf, Verzierter Bettencarbeiten, Aus-schmückungen, Wäscheverkauf, Gar-dinenverkauf! Teppichverkauf! Billigste Teppiche, Teppicharbeiten, Wand-teppiche, Teppicharbeiten, Goldschmuck, Großberliner allerbilligster Waren-verkauf im Wandteppichhaus Hermann-platz 6. Auch Sonntags geöffnet.

Kinderswagen, Klappstuhlwagen, herrschaftlich, neu, Spottbillig, Exzerier-strasse 19a, Vorderhaus II, In-genieur. 798

Wassers- Röhrenmaschinen ohne An-schaltung, gebrauchte Spottbillig, Ela-sterstrasse 99, Warschauerstrasse 67.

Vormwärts-leter erhalten ausnahms-weise diese Woche 10 Prozent Extra-rabatt selbst bei Gelegenheitskäufen. Leipzig-Thomas, Dramenstrasse 160, Oranienplatz. 8948

Stingerichtet sind alle Augen feht auf unter Terrain Bach, Quadratrute 7 Markt an, nicht bei dem großen, neu bewilligten Berliner Zentral-friedhof bei Buch. Enorm verkauft in kurzer Zeit. Sellin u. Brunnhofer, Berlin, Ringstrasse 16, oder Restau-rant Albrecht, Dönhofstr. 9708

Taschenbuch für Gartenfreunde. Ein Ratgeber für die Pflege und sachgemäße Bewirtschaftung des häus-lichen Gartens, Gemüses- und Ob-stgartens von Max Hebbeler. Zweite vermehrte Auflage. Mit 137 Text-abbildungen. Preis 3,50 Markt. Expe-dition Vormwärts, Lindenstr. 69.

Monatssätze und Sommer-paletots von 5 Markt sowie Hosen von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für vorzuleitende billigen Preisen, aus Wandteppich-verläßliche Sachen lauft man am billigsten bei Koh, Rulackstrasse 14.

Teppiche (Gartenstühle), Strep-peden, Gardinen, Tischdecken, Tisch-beddecken, Uebergardinen, Sofa-stoffe, Spottbillig, Fabriklager Mauerhoff, Große Frankfurterstrasse 9, Nureingang, Vormwärts-leter (schö-neste) Sonntags geöffnet. 24888

Klappfahrstuhl 6,75, Klef-strasse 15. 9528

Verbreiten und Prostitution als soziale Krankeitserscheinungen von Carl Dirsch. Preis 2.- Markt, geb. 2,50 Markt. Expedition Vormwärts, Lindenstrasse 69.

Jackentanzung, Rodanzung, Frack-anzug, Paletots, Beinleiber, Smoking-anzug, wenig getragen, billig. Schneidermeister, Wilmerdorfer-strasse 112, hochpartierre links, Portal II. 7573

Gandplatten-Wagen lauft Vripl. Rheinwerstrasse 4. Preisangabe. 792

Gaslocherhand! Offene Zweifellocherlöcher! 5,00. Vierlocherlöcher! 9,00. Gasbügelpapparat! Gas-plättchen! Gasbrennventil! Gas-zuglampen! Gefäßständer! Spott-billig! Bohlaue, Ballnertheater-strasse 32. 10028

Geschäftsverkäufe. Günstige Gelegenheit! Gang-dares Schankgeschäft zum Inventar-Preis zu verkaufen. Rixdorf, Stein-mehlstrasse 98. 2785

Restoration. Parteilokal, im Zentrum Berlins, circa 15 Vereine, umständehalber sofort von Brauerei für Inventarpreis zu übernehmen, billige Miete, volle Konzession. Offerten unter „M. 638“ an Geschäfts-Annoncenbureau, Alexander-platz. 251/13

Zeifengeschäft ist wegen Verengens nach außerordentlich billig zu verkaufen. Döhl, Schöneleinstrasse 31, vorn I.

Möbel. Wichtig für Sommerwohnungen, Balkone, Brautleute und Pensionate. Möbel, gebraucht, neue und ver-lieben gewesen, Kleiderständer 18,00, Bettstelle mit Federmatratze 15,00, Kommode 12,00, Rarmortellette 20,00, Garderobenspind 33,00, Ruhebett mit Decke 17,00, Ausziehtisch 16,00, Büchergarnitur 65,00, Küchenspind 15,00, Stühle 2,00, Ausziehtisch 14,00, Herrenschreibtisch 28,00, Ledertische 8,00, Büchereispind, Speisezimmer, Herrenzimmer. Elegantes Schlaf-zimmer komplett 250,00. Federbetten, Gardinen, Bilder, harte Klagen, Teppiche. Gehe auch Möbel auf Teilzahlung. Stargard, Vothbeinger-strasse 69. 251/14

Fahrräder. Arbeiter-Radsfahrer erhalten zehn Prozent Rabatt im Fahrradgroßhaus Charlottenburg, St. Marksstrasse 62.

Ferrenfahrrad. Damenfahrrad einmal benutzt 35,00. Hoch-Damen-fahrrad 36. 16838

Wäbnerzeileitung. Vahner, Hies-inger, Fahrradkaufe 25,00, neue Spott-billig, alte nehme Zahlung, Motor-zweiräder Spottbillig. Große Frank-furterstrasse 14, Rämmerell. 72/18

Musik.

Violinunterricht (neue, doppelt fördernde Methode bis zur Vollendung) gibt erfahrener Künstler wöchentlich, auf Wunsch auch nur eine Lektion a 1,25 M., bei zwei Schülern je 75 Pf. Offerten unter D. 2 Expedition des „Vormwärts“.

Verschiedenes.

Kunsthoferei nach Frau Kolobitz Schlichter, Rixstrasse 8, III. **Parastrawant** Engel, Göttinger-strasse 9a.

Englischen Unterricht für Anfänger und Fortgeschrittene, Einzelstunden und im Zirkel erteilt G. Sanius, Schöneberg, Sedanstrasse 57, III.

Kupfer, Messing, Platinabfälle, Silberabfälle. Goldschmelze Nieper, Rixdorerstrasse 20a (gegenüber Man-telstrasse). 2008

Vermietungen.

Wohnungen. **Stube und Küche,** 18-28 Markt, Oranienstrasse 2a. 7110

Vollwohnungen, 2 Stuben, Küche 28, 1 Stube, Küche 25. 1. Juli. Kleine Markstrasse 3. 27355

Wainzerstrasse 17, am Frankfurter Allee, helle freundliche Holzwohnungen, renoviert, sofort vermietbar. 27685

Hofwohnungen, zwei Zimmer mit Zubehör, Rixdorerstrasse 10. * **Schöne Wohnungen,** sauber und trocken, von 18 bis 22 Markt, sofort und 1. 10. zu vermieten Suttman-strasse 15 beim Bick. 9788

Wohnungen Soldinerstr. 32. **Billige Holzwohnungen:** Wühlstr. 35. Hochbahnstr. 10038

Ein- und Zweizimmer-Wohnung, Klotz, Speisekammer, Oberer, Sanderstrasse 19, Rottbuserdamm.

Zimmer.

Freundliches Zimmer, Herren, vermietet Frau Bant, Rixdorerstr. 13.

Freundliche, leere Stube, sofort vermietbar, Komat 10,00, Kilmann, Rixdorerstrasse 31 IV. 702

Wohliertes Zimmer zu ver-mieten, Baumhäuserweg, Kroxan-strasse 6 II, gegenüber der Aus-stellung. 26755

Wohliertes Zimmer, inklusive 13 M. Daryned, Hochstrasse 46.

Schlafstellen.

Schlafstelle, Herren, vermietet Andres, Rixdorerstrasse 13. 712

Saubere möblierte Schlafstelle bei Frau Schmitt, Holzmarktstrasse 13. *

Wohlierte Schlafstelle vermietet Frau Schreiber, Wilmersdorferstr. 20, Hofpartierre. 26176

Wohlierte Schlafstelle vermietet Wagner, Wolgasterstrasse 8, vorn III, Ecke Bernauerstrasse. 702

Wohlierte Schlafstelle für Mädchen bei Hardig, Vollstrasse 4. 702

Wohlierte Schlafstelle, 10 Markt, Reichdorerstrasse 13, Hieser. 7120

Wohlierte Schlafstelle, Kastanien-allee 74, Seitenflügel II. 27815

Schlafstelle, Herren, zehn Markt, Ritterstrasse 124, Hof IV, Lokal. 7117

Wohlierte Schlafstelle Dresdener-strasse 111, vorn I, Langgraj. 7117

Schlafstelle, Herren, Bringen-strasse 94, vorn II, Romath. 7117

Separate Schlafstelle, Herren, Breuer, Eisenbahnstrasse 31, vorn IV.

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote. **Rebenberdienst** für jedermann. Auskunft kostenlos. Boll, Suidan (Sachsen), Rixdorerstr. 30. 2008

Sortierer für Eisen- u. Stahl-waren verlangt. Eisenbad u. Deibel-bauer, Reanderstrasse 36. 27655

50 Arbeiterinnen, Knabenpaletots, Pjels, im und auherm Hause. Steinberg, Grünbergweg 27. 7

Zeitungsfrauen sofort gesucht. Schützenstrasse 24/25 und König-strasse 66/67. 7420

Zeitungsfrauen sofort verlangt. Rixdorerstrasse 7. 7415

Polier

für Betonröhrenfabrikation. Hervorragende Subalterner Bau-Unternehmung sucht zum Eintritt per 15. Juli einen tüchtigen, in der Betonröhrenfabrikation

erfahrenen Polier zu einer in der Provinz auszuführenden großen Kanalisierung. Fachleute ersten Ranges wollen ihre mit Zeugnis-abschriften und Gehaltsanprüchen versehenen Offerte unter Chiffre Beton-röhrenfabrikation 3861 an Gausstein u. Vogler (Kaulus u. Co.), Budapest, senden. 21312

Achtung! Holzarbeiter.

Wegen Streik infolge Lohn-unterschneidung sind folgende Betriebe gesperrt:

Gosow, Tischlerei, Teltowerstr. 68.

Lutz, Möbelfabrik, Diefendachstr. 33.

Die Ortsverwaltung.